

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

29–30/2009 · 13. Juli 2009



Ungarn

Sebastian Garthoff

Szenen aus Budapest

Jürgen Dieringer

Ungarn in der Nachbeitrittskrise

Attila Ágh

Ungarn in der Europäischen Union

András Inotai

Die globale Krise und Ungarn

Krisztián Ungváry

Belastete Orte der Erinnerung

Melani Barlai · Florian Hartleb

Die Roma in Ungarn

Zsolt K. Lengyel

Ungarn und seine Nachbarn

Editorial

Im Sommer 1989 öffnete Ungarn die Grenze zu Österreich und ermöglichte tausenden fluchtwilligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern den Weg nach Westen. Diese mutige Entscheidung beschleunigte die Erosion der DDR. Am 23. Oktober 1989 – dem Jahrestag des blutig niedergeschlagenen Volksaufstandes von 1956 – wurde die Republik Ungarn ausgerufen.

Lange Zeit galt das Land als Musterschüler der mittelosteuropäischen Transformationsländer. Die Ablösung des alten Regimes war friedlich verlaufen, die Europäisierung schritt rasch und scheinbar ohne große soziale Verwerfungen voran. 1999 erfolgte der NATO-Beitritt, und 2004 wurde Ungarn Mitglied der Europäischen Union. Im Jahr 2011 wird Ungarn erstmalig die EU-Ratspräsidentschaft inne haben. Doch die globale Wirtschaftskrise hat das Land schwer getroffen. Die Regierung hatte bereits an Legitimität verloren, als Ungarn vom Sog des weltweiten Finanzdebakels erfasst wurde. Rasche und umfassende Hilfspakete des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der EU bewahrten das Land im vergangenen Herbst wohl vor der Zahlungsunfähigkeit.

In Krisenzeiten polarisiert sich das innenpolitische Klima. Heftige geschichtspolitische Debatten über den Stalinismus wie über die Waffenbrüderschaft an der Seite der Nationalsozialisten führen bis in die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, als Ungarn, Teil der Donaumonarchie, zwei Drittel seines Territoriums einbüßte. Zudem befindet sich das politische System in der Selbstblockade, der demokratische Grundkonsens ist in Gefahr. Davon profitiert eine rechtsradikale Bewegung, die mit ihren Parolen nach Sündenböcken sucht. Es erscheint derzeit schwer vorstellbar, dass Ungarn die tiefe politische und gesellschaftliche Spaltung in absehbarer Zeit überwindet.

Hans-Georg Golz

Sebastian Garthoff

Szenen aus Budapest

Essay

Bevor ich als Journalist nach Ungarn komme, geben mir die Titelseiten der Reiseführer, Stadtpläne und Postkartenmotive mein Bild vom Land vor: ein Ziehbrunnen in der Hortobágy sowie die erleuchtete Kettenbrücke, unter der die Donau träge dahinfließt. Dahinter sorgt das neogotische Parlament für das gewisse Etwas.

Sebastian Garthoff
Master of Arts (CEU Budapest),
geb. 1984; von 2006 bis 2009
Journalist bei der Wochenzeitung „Pester Lloyd“ in
Budapest.
sebastian_garthoff@web.de

Am Vortag meiner Ankunft im August 2006 bläst ein gewaltiges Gewitter den St.-Stephans-Tag weg, einen der drei Nationalfeiertage Ungarns, und hinterlässt mehrere Todesopfer. Nach dem Hochwasser im Frühjahr ist dies die zweite von drei Katastrophen in diesem ungarischen *annus horribilis*.

Budapest, das ist die Stadt, die 1871 entsteht, als sich die Stadtteile Buda, Óbuda und Pest zur neuen Metropolis der österreichisch-ungarischen Monarchie zusammenschließen. Neben Berlin entwickelt sie sich zur am schnellsten wachsenden europäischen Stadt im *fin de siècle*, die berühmt wird für ihre Gründerzeitgebäude, für ihre Kaffeehäuser, für ihr europäisches Flair. Das Leben in Budapest ist ein *laissez faire*, es treibt nicht voran. Budapest ist eine Stadt, die entkrampft, doch die auf längere Sicht auch bedrückend sein kann. Für einen Neuankömmling ist sie wie ein großer Gemischtwarenladen, der von allem etwas bereit hält.

Ich verstehe kein Wort Ungarisch. Meine ersten Vokabeln soll ich bald lernen. Es sind die Schlagworte einer nicht zur Veröffentlichung gedachten Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, in der er zugibt, die Wähler bewusst belogen zu haben.

Durch eine undichte Stelle gelangt jene „Lügenrede“ an die Öffentlichkeit. Die Bilder vom brennenden Budapest flimmern anschließend auf den internationalen Bildschirmen.

Auch in unserer Redaktion herrscht gespannte Erwartung. Frisch von der Uni oder noch studierend, sind unsere revolutionärsten Erlebnisse die Studentenratswahlen der heimischen *Alma mater* gewesen. Nun knallt es auf der Straße. Es ist zum einen die journalistische Pflicht, vielmehr noch das historische Interesse, das mich auf die Straßen, in das Tränengas und zwischen die nervösen Polizeiknüppel treibt. Seit dem Volksaufstand 1956 hat Ungarn derart schwere Ausschreitungen nicht mehr gesehen. Auch ich will einen Blick auf die Vertreter dieser auf Sparflamme gekochten Revolution werfen, bevor es zu spät ist. Jeder ist plötzlich auf der Straße – Journalisten, Hooligans, Schaulustige –, nicht um zu demonstrieren, sondern um dabei zu sein, wenn etwas los ist.

Die Menge skandiert *Ria, ria, Hungaria* (Auf, auf, Ungarn), und es scheint, sie sind mit dem, was sie tun, und dem, was sie wollen, uneins. Sie wünschen sich eine Revolution und wissen doch nichts damit anzufangen. Die Polizeiaufgebote stoßen vor, stoßen zurück, lassen keine Strategie erkennen. In letzter Konsequenz schießen sie Tränengas in die Menge. Es hält die Radikalen unter den Demonstranten nicht davon ab, ein Polizeiauto zu kapern und es am Blaha Lujza tér, einem der Hauptverkehrspunkte der Stadt, in Brand zu stecken. Als die Polizei mit Pferden auftaucht, werden Steine aus der Straße gerissen und nach ihnen geworfen. Doch auch die Knüppel der Polizisten zu Fuß sitzen locker. Manchmal ist es besser, einfach zu rennen.

Die Schlachtrufe auf den Straßen bleiben in diesen Tagen und Wochen dieselben. *Ria, ria, Hungaria* und *Gyurcsány takarodj* (Gyurcsány verschwinde) werden zu täglichen Begleiterscheinungen. Oft werden Parallelen zum Volksaufstand gezogen. „Der Vergleich mit dem Aufstand 1956 ist abwegig und geschichtsvergessen“, meint András Heltai-Hopp. Auf dem Höhepunkt seiner Karriere ist er einer der bekanntesten Journalisten Ungarns. 1956 sei für Freiheit und Demokratie gekämpft worden, sagt er, der selbst als junger Reporter Augenzeuge der Geschehnisse war. Beides habe Ungarn nun. „Wer 2006 von revo-

lutionärem Umsturz redete, den musste man fragen: Wohin? Zu Unfreiheit und Diktatur?“

Viel Zeit verbringe ich in diesen Tagen im Café Kamara. Direkt gegenüber der Großen Synagoge gelegen, klein genug, um sich allein nicht einsam zu fühlen, scheint es mir als geeigneter Rückzugsort, als Fixpunkt. Die Wände sind mit vergilbten Zeitungsartikeln plakatiert, neben der Toilettentür ist Juri Gagarin gerade von seinem Flug aus dem All zurückgekehrt. Draußen, auf dem Boden der Tatsachen, findet um die Ecke die Großkundgebung des Fidesz statt. Die meisten Gäste tragen eine Rosette mit den ungarischen Nationalfarben am Revers, ein Symbol der Revolution von 1848, oder eine ungarische Fahne mit einem Loch in der Mitte, ein Symbol von 1956. „An diesen Feiertagen ist auf einmal jeder ein Ungar“, sagt die Café-Betreiberin Krisztina. „Ich nicht. Ich bin römisch-katholisch.“

Anstatt 1956 als Datum des nationalen Gedenkens und Heroismus zu begehen, geht der „Feiertag“ am 23. Oktober 2006 in Krawallen unter. Auf dem zentralen Deák Ferenc tér kapern Radikale einen ausgestellten sowjetischen Panzer, der sich auch noch als betriebsfähig erweist. In der Nacht dasselbe Bild wie bereits Wochen zuvor. Die Bilanz am Ende der „Feierlichkeiten“: 167 Personen, darunter 17 Polizisten, werden bei den Straßenkämpfen verletzt. 131 Personen werden wegen Randalierens, Gewalt gegen Polizisten und leichter Vergehen in Haft genommen. Hinzu kommen etliche Millionen Forint Sachschäden. Noch Tage später ist das Tränengas in den Unterführungen nicht ganz verfliegen.

Es sind die stillen Symbole, die den ungarischen Freiheitskampf angemessen würdigen: etwa Beethovens Schicksalssymphonie, die tagsüber durch die Straßen hallt. Es ist das simple „1956“ in weißen Lettern auf schwarzem Grund. Es sind die vielen Menschen, die dem Kampf ihres Landes in Stille gedenken wollen. Doch Ungarn 2006 erlaubt kein stilles Gedenken – zumindest nicht, wenn Politik im Spiel ist.

Das Seuchenjahr 2006 hält noch eine weitere Tragödie bereit: Im November stirbt Ferenc Puskás, Kapitän der „goldenen Mannschaft“, die in den 1950er Jahren den internationalen Fußball dominierte. Puskás ist so

etwas wie der Königssohn, dem an der Ungarn statt (fast) alles gelang. Seine Beisetzung wird zum Staatsakt, und das Volk weint kollektiv. Im Nationalstadion, das offiziell seinen Namen trägt, versammeln sich neben der internationalen Fußballprominenz um Franz Beckenbauer und Michel Platini Tausende, um ihm die letzte Ehre zu erweisen.

Ein Mittvierziger, der die „goldene Mannschaft“ schon nicht mehr spielen gesehen hat, weint um dieses Relikt der Vergangenheit, weint aus tiefstem Herzen, blickt zurück auf die Urahren, auf die alte Zeit. Weiter abseits skandiert eine Gruppe Jugendlicher Puskás' Namen, dazwischen brüllen sie *Ria, ria, Hungaria*, bevor das Stadion in Stille taucht. Als der Sarg unter den Klängen der 9. Sinfonie auf die letzte Ehrenrunde geht, brechen alle Dämme. Die Menschen strömen nach vorne zur Bande, Kerzen in der Hand, Tränen in den Augen. Auf dem Platz vor der St.-Stephans-Basilika wohnen die Menschen anschließend dem über Leinwände übertragenen Gottesdienst bei. Neben Königen findet der Fußballer Puskás in der Basilika seine letzte Ruhe. Jedem, der dies als anmaßend empfindet, ist zu entgegen: Könige gab es viele, Puskás nur einen. Ungarn ist mit seinem Tod um eine Ikone, um eine goldene Erinnerung ärmer.

Es zeigt einmal mehr, wie sehr die Ungarn der Vergangenheit verhaftet sind. Es ist die Erinnerung an jene Zeit Mitte der 1950er Jahre, als sich der Kommunismus mit „Stalins bestem Schüler“ Mátyás Rákosi in Ungarn bereits durchgesetzt hat. Doch die „goldene Mannschaft“ fegt jedes europäische Team aus dem Stadion und ist die erste Mannschaft, die England zu Hause im Wembley-Stadion schlägt. Nach dem verlorenen WM-Endspiel gegen Deutschland 1954 in Bern kehren sich die Vorzeichen um. Verlierer kann das Regime nicht gebrauchen. Stattdessen steht es selbst kurz vor dem Exitus. Nur zwei Jahre später wird der Volksaufstand den Ostblock erschüttern. Doch der Westen kann, will nicht helfen, und das Land hat einmal mehr Grund zu trauern.

Nicht zuletzt ist Ungarn das Land des *Szomorú vasárnap* (Trauriger Sonntag), der „Hymne der Selbstmörder“, und in den Selbstmordstatistiken in Europa vorne dabei, derzeit überboten nur von Litauen, Belarus, Russland und Slowenien. Zu den Selbstmör-

dern gehört auch der Komponist des „Traurigen Sonntag“, Rezső Seress. Von einem Gemälde blickt er heute auf den Pianisten im *Kispipa Vendéglő* herab. In diesem Restaurant, so die Legende, in den dunklen, engen Straßen des Jüdischen Viertels, sei Anfang der 1930er Jahre die „Hymne der Selbstmörder“ entstanden, und von dort hat sie ihren Siegeszug um die Welt angetreten.

Mitten in Budapest, am Fuße der Kettenbrücke, steht eine Statue, die den Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn 1867 allegorisch darstellt. Nach dem schwierigen 20. Jahrhundert ist das kleine Land an der Donau seit 2004 Teil der Europäischen Union. Es identifiziert sich mit dem europäischen Gedanken und strebt keine Grenzrevisionen an. Im Innern aber würden Hände eher verdorren, ehe sie sich einander reichen.

Bereits kurz nach den Ereignissen im Herbst 2006 nehme ich es bewusst wahr: Graffiti und Slogans, die nicht nur gegen die Regierung, sondern vor allem gegen Juden wettern. Als *Tolvaj zsidók* (Judendiebe) werden sie bezeichnet und als *trágya* (Dünger). In meinem Stadtteil Ferencváros, seit wenigen Jahren Budapests Bezirk für Kultur und abendliche Unterhaltung, sind regelmäßig Mülleimer mit dem Schriftzug „Juden unter alles“ in deutscher Sprache verziert. Gereinigt werden sie selten.

Dem „heißen Herbst“ folgt ein heißer Sommer. Doch nicht nur das Quecksilber im Thermometer klettert nach oben, auch die gesellschaftliche Stimmung kocht. Bei der Verteidigung der von der rechtsradikalen Jobbik-Partei gegründeten „Ungarischen Garde“ Ende August 2007 auf der Budaer Burg vor dem Amtssitz des Staatspräsidenten ist mir Ungarn ein größeres Rätsel, als es bisher war. Es sind Radikale da, doch sie verlieren sich in der bunten Menge der tausend Spießbürger. Als die „Ungarische Garde“ aufmarschiert, schwillt das Klatschen zum Orkan an, und Jubel bricht aus. Ein junger Ordner, adrett in Garde-Uniform und mit einem Scheitel wie mit dem Lineal gezogen, lässt mich in den Pressebereich vor. Als er meinen Akzent wahrnimmt, lächelt er.

Auch Mária Wittner ist anwesend. Ihr Name ist in Ungarn ein Begriff. Als junge Arbeiterin kämpft sie mit der Waffe in der Hand

während der Revolution 1956 gegen die Kommunisten. Dreizehn Jahre sitzt sie im Gefängnis, bevor sie begnadigt und erst 1970 freigelassen wird. Viel später erzählt sie, wie man ihr bei der Vernehmung den Gummiknüppel in die Intimteile stieß. Ein halbes Jahrhundert später versammelt sie sich mit Tausend anderen, um der Premiere dieser „Ungarischen Garde“ beizuwohnen, einer rechtsradikalen Organisation, die ihre Mitglieder auch an der Waffe ausbilden will. Wittner erklärt, dass sich „Menschen, die um ihre Heimat bangen, nun gegen den Satan – die gegenwärtige Regierung – und 50 Jahre Kommunismus verbünden“. Die Meute jubelt, mehr noch, als gegen Juden, Homosexuelle und Roma gedonnert wird.

Schon die Nachricht über die Bildung der sonderbaren Garde erregt Unmut, tragen deren Mitglieder doch Uniformen und Insignien, die jenen der ungarischen Faschisten der 1940er Jahre, den „Pfeilkreuzlern“, ähneln. Dennoch wohnen Tausende Sympathisanten der Vereidigung der ersten 55 Gardisten auf der Budaer Burg bei, welche die „Verteidigung der Nation“ zum Ziel haben. Man wolle Aufgaben beim Katastrophen- und Zivilschutz übernehmen. Ebenso finden sich ein katholischer und ein reformierter Pfarrer sowie eine lutherische Pastorin zur Segnung der Garde-Fahne bereit. Die Kirchen lassen danach verlautbaren, dass dies ohne ihr Wissen geschehen sei. In den nächsten Jahren finden Hunderte von weiteren Freiwilligen den Weg in den „eingetragenen Verein“. Ein Verbotverfahren bleibt in der Schwebe. 2009 finden bereits 19 Prozent der Ungarn die „Garde“ „akzeptabel“.

Ungarn ist noch nicht „angekommen“. Der Eindruck entsteht, dass sich noch etwas bewegt, sich bewegen müsste. Doch dieser Eindruck kommt zu selten vor. Mit den gewaltsamen Ausschreitungen auf den Straßen der Hauptstadt geht die Vorstellung vom Musterland unter den neuen EU-Mitgliedstaaten buchstäblich in Rauch auf. Danach produziert das Land mit der „Ungarischen Garde“ und dem drohenden Staatsbankrott während der globalen Krise weitere Negativschlagzeilen. Ungarn ist ein schönes Land. Doch es ist tief gespalten.

Jürgen Dieringer

Ungarn in der Nachbeitrittskrise

Ungarn erlebte einen vergleichsweise ruhigen Systemwechsel. Doch mittlerweile hat das Land einen eher konfliktgeladenen Politikprozess. Den Akteuren des Systemwechsels gelang

Jürgen Dieringer

Dr. phil., geb. 1969; Leiter der Professur für Politikwissenschaft I an der Andrassy-Universität Budapest, Pollack M. tér 1–3, 1088 Budapest/Ungarn. jurgen.dieringer@andrassyuni.hu

es zunächst gut, auf der Basis eines gewissen Grundkonsenses zwischen alter Herrschaftselite und den mannigfaltigen, bereits differenzierten demokratischen Gegeneliten die neue

Demokratie zu institutionalisieren. Der Konfliktaustrag wurde verregelt, die Transformation in geordnete Bahnen gelenkt. Um den Bestand dieses Kompromissystems zu sichern, wurden im politischen System Schranken eingezogen, die eine einseitige Interessendurchsetzung verhindern sollten.

Heute, fast zwanzig Jahre nach Ausrufung der Republik am 23. Oktober 1989, schaffen es diese Institutionen nicht mehr, die politischen Lager zu einem Minimalkonsens zu zwingen. Es kommt zur Politikblockade, weil die insgesamt 69 „Zweidrittelgesetze“, die der Verfassung als „Demokratienschutz“ beigegeben wurden, heute nur noch destruktives Blockadepotential entwickeln. Das System scheint grundlegend reformbedürftig, weil Verfassungsintention und Verfassungswirklichkeit stark auseinanderstreben.¹ Ungarn steckt in einer Adoleszenzkrise.

Die Reform des Systems war auf einen gesellschaftlichen Konsens ausgelegt, der heute nicht mehr besteht. Der Grundkonsens ist eine Funktion der politischen Kultur, welche sich in Ungarn zunehmend in Sphären entwickelt, die eigentlich für einen Systemumbruch typisch gewesen wären. Ein nachholender Kulturkampf findet statt. So werden Faktoren zum destabilisierenden Element, die in der Wendezeit Stabilisatoren des Übergangs waren: eine entpolitisierte Gesellschaft

und damit eine geringe Mobilisierung sowie konzentrierte Machteliten. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche institutionellen und welche politisch-kulturellen Problemlagen die Vollendung der Transformation behindern.

Vier Phasen der Entwicklung

Die ungarische Systemtransformation soll hier in vier Phasen der Entwicklung unterschieden werden: die Phase der Abwicklung des Ancien Régime (1988–1990); die Phase der Systemetablierung und Konsolidierung (1990–1998), die erste etwas überlappend; die Phase der forcierten Europäisierung (1998–2002); schließlich die der Nachbeitrittskrise² seit 2004.

Die Ablösung des alten Regimes geschah als Elitenpakt. Das System kollabierte auf Grund der umfassenden Wirtschaftskrise, die den „ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag“ zwischen sozialistischer Herrschaftselite und Volk – kein erneutes „1956“, dafür Privilegien wie Konsumgüter („Gulaschkommunismus“) und Reisefreiheiten – beendete. Außerdem spielte der Wegfall der sowjetischen außenpolitischen Klammer unter Michail Gorbatschow eine große Rolle. Die Abwicklung des nach dem langjährigen Parteivorsitzenden János Kádár auch als „Kádárismus“ bezeichneten Systems geschah im Zusammenspiel zwischen dem pragmatisch-technokratischen Teil der alten Staatspartei und der demokratischen Opposition. Letztere bestand aus einem liberal-kosmopolitischen und einem national-populistischen Flügel. Als Transformationsarena diente ein Runder Tisch: Die Massen blieben weitgehend ausgeschlossen. Vorteil der Konsenssuche war die Stabilität, Nachteil die Überlagerung der Konflikte, die eines Austrags bedurft hätten, etwa die Frage der strafrechtlichen und moralischen Verantwortung. So wurde dem Land ein Korsett verpasst, das es bis heute nicht sprengen konnte. Die Verfassung stammt trotz Totalrevision aus dem Jahre 1949 und enthält noch immer Überreste aus der sozialistischen

¹ Vgl. ausführlich Jürgen Dieringer, *Das politische System der Republik Ungarn*, Opladen 2009.

² Vgl. Attila Ágh, *Bumpy road ahead in East Central Europe: Post-accession crisis and social challenge in ECE*, in: ders./Alexandra Ferencz (eds.), *Overcoming the EU Crisis*, Budapest 2007, S. 7–35.

Zeit.¹³ Der Versuch einer Totalrevision scheiterte 1997. Der erste Ministerpräsident des modernen demokratischen Ungarn, József Antall, entgegnete Kritikern der Kooperationsstrategie einst lakonisch: „Hättet ihr halt eine Revolution gemacht!“

Die zweite Phase der Transformation etablierte die demokratischen und marktwirtschaftlichen Grundlagen des politischen Systems. Dies ist die Phase der Regierungen Antall/Boross (1990–1994, bürgerlich) und Horn (1994–1998, sozialliberal). Die Regierung Antall verfeinerte und präzierte die institutionelle Ordnung durch einen Pakt mit der stärksten Oppositionspartei, den Liberalen (der sog. Antall-Tölgyessy-Pakt), also konsensorientiert. Die Regierung Horn erwies sich Verdienste – nicht immer freiwillig – durch die Vollendung der wirtschaftspolitischen Transformation. Nach anfänglichen Rückschritten wurden mit dem Bokros-Paket die makroökonomische Stabilisierung eingeleitet, die Privatisierung vorgebracht und der Dialog der Sozialpartner stärker institutionalisiert. 1998 befand sich Ungarn in einer Phase der Stabilität. Der Systemwechsel war institutionell vollzogen. Es wäre nun an der Zeit gewesen, in eine neue Phase einzutreten, eine der institutionellen Feinjustierung und der Schwerpunktsetzung auf die Entwicklung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Entwicklung einer kohärenten Außen- und Nachbarschaftspolitik, der Reform des Gesundheits- und des Bildungswesens, einer Reform der Selbstverwaltungssysteme, einer Parlamentsreform und letztlich einer großen Verfassungsrevision. Nichts von dem ist geschehen. Das System blockierte sich selbst, und die politische Kultur wurde zunehmend konfrontativer.

Ministerpräsident Viktor Orbán legte bei seinem Amtsantritt 1998 den Finger in die Wunden, als er sagte, er wolle weniger als einen Systemwechsel, aber mehr als einen Regierungswechsel. Doch letztlich hat das institutionelle Korsett auch ihm enge Grenzen gesetzt. Das mag auch daran liegen, dass seit 1997/98, dem Beginn der dritten Transformationsphase, der Prozess der Europäisierung stark an Dynamik gewann. Der NATO-Bei-

¹³ Vgl. Herbert Küpper, Die „unvollendete Revolution“: Sozialistische Überreste in der ungarischen Verfassung, in: Südosteuropa, 56 (2008) 2, S. 183–199.

tritt stand an, der EU-Beitritt verlangte von Ungarn die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien. Die Stabilität des politischen Prozesses ist bei Beitrittsverhandlungen essenziell. Es entwickelte sich in der Folge ein außenpolitischer Minimalkonsens, der immerhin zur Einführung eines Europaartikels in die Verfassung führte und die Verbesserung parlamentarischer Kontrollrechte mit sich brachte.¹⁴ Diese Phase des westintegrationsbedingten Burgfriedens endete mit dem Beitritt Ungarns zur EU.

Seither, nunmehr in der vierten Phase der Transformation, sind die latenten Konflikte offen ausgebrochen. Der politische Diskurs radikalisierte sich in der Wortwahl, in der Heftigkeit, letztlich auch in der Methodik. Ein Teil des oppositionellen Protestes wurde vom Parlament auf die Straße verlagert. Die institutionellen Schranken – die Zweidrittelgesetze – verhindern die adäquate Bearbeitung des hausgemachten finanzpolitischen Desasters, zudem eine adäquate Befassung mit der Weltwirtschaftskrise. Auch politisch-kulturell zeigen sich die Risse deutlich: Die Aussage, dass in einem demokratischen System alle demokratischen Parteien miteinander koalitionsfähig sein müssen, gilt für Ungarn offenbar nicht. Partikularinteressen übersteigen das gesamtungarische Interesse deutlich. Das institutionelle Gerüst der ungarischen Demokratie wird erheblich belastet.

Kartellparteien

Ungarn ist das mittelosteuropäische Land mit dem stabilsten Parteiensystem. Die Parteien konnten sich aufgrund des Paktes der demokratischen Opposition mit der Staatspartei bereits während des Systemwechsels programmatisch differenzieren. Das ursprünglich tripolare Parteiensystem mit den Lagern „konservativ“, „liberal“ und „sozialdemokratisch“, wandelte sich in ein bipolares (konservativ-bürgerlich und sozialdemokratisch) mit einer Scharnierpartei (Liberalen). Die Existenz anderer Parteien ist historisch, weniger funktional begründet, und ihre parlamentarische Anbindung scheint sich dem Ende zu nähern.

¹⁴ Vgl. Jürgen Dieringer, Zwischen Parlamentsvorbehalt und Regierungsdominanz: die wachsende Bedeutung des ungarischen Parlaments im europäischen Integrationsprozess, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (2007) 4, S. 764–775.

Sie werden aufgesogen oder marginalisiert. Dass es neuen Parteien nicht gelingt, eine parlamentarische Repräsentation zu erzielen, scheint zunächst daran zu liegen, dass die Parlamentsparteien in einer Art Kartell die Eintrittsschranken hoch legen. Dies gilt insbesondere für den Zugang zu den Medien und für die Parteienfinanzierung. Weiterhin hat das Wahlsystem, ein Grabenwahlsystem mit kompensatorischen Elementen, dafür gesorgt, dass nur ex ante gebildete Bündnisse Siegeschancen haben. Dies erhöht die Magnetfunktion der jeweils größten Partei im Lager und reduziert die Chancen neuer Parteien.

Die soziokulturellen Parameter der Wahlentscheidungen laufen entlang einer Stadt/Zentrum- versus Land/Peripherie-Linie, einer Trennlinie zwischen „Nation“ und Kosmopolitismus, schließlich entlang des Gegensatzes von Postkommunisten und Antikommunisten. Weder die Gegensätze von Arbeit und Kapital noch von religiös und säkular scheinen eine große Rolle zu spielen. Der „typische“ bürgerliche Wähler kommt, stark vereinfacht dargestellt, eher aus Westungarn, aus kleineren Städten und nicht aus Budapest, war nicht Mitglied der Staatspartei und ist eher jünger. Auch die Kirchgänger wählen rechts. Der Wähler der Sozialisten kommt eher aus Ostungarn, aus einer Stadt, ist älter und war eventuell in der Partei und den nachgeschalteten gesellschaftlichen Organisationen der sozialistischen Zeit aktiv. Der liberale Wähler ist idealtypisch hoch gebildet und kommt aus Budapest.

Die klassische Links-Rechts-Gliederung ist in Ungarn also mit Vorsicht zu genießen. Zwar sind die Begriffe einschlägig und werden in Befragungen „richtig“ angegeben, also entsprechend zur Wahlpräferenz. Allerdings ergibt sich Kongruenz mit westeuropäischen Parteiensystemen nur auf der gesellschaftlichen Achse zwischen kosmopolitischer und nationaler Orientierung. Die wirtschaftliche Achse zeigt eine „Rechte“, die staatsallokativ, sowie eine „Linke“, die marktallokativ orientiert ist. Die Gründe hierfür liegen erstens im stärkeren Zugriff der postkommunistischen Netzwerke auf die Produktionsfaktoren; zweitens in der Fixierung der demokratischen Wendeeliten auf die Staatsorgane; drittens im Gegensatz zwischen dem auf die internationale Arbeitsteilung ausgerichteten Ansatz der Linken (Privatisierung, Liberalisierung) und

dem auf ungarische Mittelständler kaprizierten Ansatz der Rechten. Diese Trennlinie ist dem Konflikt Nation versus Kosmopolitismus geschuldet.

Institutionelle Totenstarre

Seit dem Scheitern der Verfassungsreform im Jahre 1997 ist der politische Prozess systemimmanent organisiert. Die Zweidrittelklauseln wirken präventiv auf die Ausgestaltung der politischen Programmatik. Es gelangen nur geringe Modifikationen, vor allem im Zuge des Beitritts zur EU. Hier kommt es zu einer Erweiterung des Souveränitätsbegriffs, indem eine monistische Rechtskonzeption angelegt wird. Eine Öffnungsklausel in der Verfassung etabliert den Vorrang des europäischen Rechts. Europäisches und nationales Recht wird als Teil eines gemeinsamen Rechtskörpers verstanden. Konflikte wie im dualistisch geprägten deutschen System bleiben aus.

Das Parlament hatte indes eine relativ schwierige Entwicklung genommen. Eigentlich steht es nach Artikel 19 der Verfassung im Zentrum des politischen Systems. Gewissermaßen ist das eine mehr oder weniger unintendierte Fortschreibung der Regelung des sozialistischen Systems. Allerdings galt im Kádárismus für keine Institution mehr als für das Parlament, dass Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklafften. Die formalen Rechte des Parlaments sind enorm. Es ist einziger Gesetzgeber, das Parlament ist Wahlorgan für fast alle anderen Staatsorgane: für den Staatspräsidenten, den Ministerpräsidenten, für die Ombudsleute und Verfassungsrichter. Es ist zentraler Ort der Interessenaggregation und wichtiger Kontrolleur der Regierung. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten mit vielen Fraktionswechslern (von den insgesamt 2022 Abgeordneten zwischen 1990 und 2006 wechselten 186 die Fraktion) und kaum parlamentarisch sozialisierten Abgeordneten, mit schwach ausgeprägter Fachexpertise und unterkomplex formulierter Geschäftsordnung zeigt sich mittlerweile eine deutliche Professionalisierung der Abgeordneten⁵. Neue Regelungen zur Fraktionsbildung und zum Fraktionswechsel haben ihre

⁵ Vgl. zu den folgenden Zahlen Gabriella Iloncszki, A képviselők arculatváltása – a csoport-meghatározottságok ereje, in: dies. (Hrsg.), Amatőr és hivatásos politikusok, Budapest 2008, S. 153–181.

Arbeit stabilisiert, wie auch ein Ausbau der parlamentarischen Dienste. In der ersten Legislaturperiode (1990–1994) waren über 90 Prozent der Abgeordneten neu, 1998 gelangten 50 Prozent neue Abgeordnete ins Parlament, 2006 nur noch knapp 30 Prozent.

Trotz aller Fortschritte: Eine Entparlamentarisierung des politischen Systems ist deutlich sichtbar. Parlamentarische Rechte werden teilweise karikiert. Zu nennen wären die Untersuchungsausschüsse, die eigentlich nie zu Ergebnissen führen, weil die Mehrheit mit Verfahrenstricks die Arbeit behindert. Bestenfalls entstehen parallele Meinungen der beiden Blöcke. Der krassste Fall der Missachtung ist das konstruktive Misstrauensvotum gegen Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány im Frühjahr 2009, das dieser gegen sich selbst initiierte, um einen Wechsel im Amt durchführen zu können, ohne den Staatspräsidenten in den Prozess involvieren zu müssen.

Ungarn wurde im Laufe der Zeit immer stärker zu einer „Kanzlerdemokratie“. Die Ministerpräsidenten setzten sich auch ohne formale Richtlinienkompetenz gegenüber dem Staatspräsidenten und dem Parlament durch. Die Macht des Staatspräsidenten, der als Überbleibsel der Systemwechselzeit und angesichts des parlamentarischen Charakters des Systems zu viele Rechte auf sich vereint – etwa das Recht, im Parlament Gesetzesentwürfe einzubringen –, wurde vom Verfassungsgericht beschnitten. So ist der Staatspräsident heute beispielsweise Oberbefehlshaber der Streitkräfte, aber die Befehlsgewalt wurde ihm entzogen.¹⁶ Gegenüber dem Parlament zogen die Ministerpräsidenten ihre Potenz aus zunächst übergroßen Koalitionen. Danach waren die Koalitionen als *Minimum-winning*-Formationen zwar kleiner, zeichneten sich aber durch vergleichsweise hohe Stabilität und Verlässlichkeit aus. Erst in jüngster Zeit kam es zu Minderheitsregierungen, die aber dennoch parlamentarische Mehrheiten organisieren konnten. Gegenüber den Ministern bezieht der Ministerpräsident seine Stärke aus der stetig ausgebauten Schaltzentrale der Regierung, dem Ministerpräsidentenamts, auch *kancellária* genannt.

¹⁶ Vgl. Jürgen Dieringer, Staatspräsident Árpád Göncz – Wegbereiter der ungarischen „Kanzlerdemokratie“ wider Willen, in: Südosteuropa, 53 (2005) 2, S. 272–288.

Die Reform der Exekutive nach dem Masterplan von Gyurcsány stärkte zudem das Kanzler- und das Kabinetts- gegenüber dem Ressortprinzip. Die zentrale Politikformulierung in wichtigen Politikbereichen wurde den Ministerien entzogen und externen Reformausschüssen mit externen Beratern zugewiesen. Die Minister hatten im Kabinett eine allgemeine Reformstrategie zu verabschieden, die von den Ministerien nur noch zu implementieren war. Der Minister vertritt nicht mehr die Interessen des Ministeriums im Kabinett, sondern jene des Kabinetts im Ministerium – und damit die des Ministerpräsidenten, in dessen Händen alle Fäden zusammenlaufen. Es waren vor allem die Ministerpräsidenten Viktor Orbán (1998–2002) und Ferenc Gyurcsány (2004–2009), die den Politikprozess als starke Persönlichkeiten dominierten und den Machtapparat auf sich zuschnitten. Man spricht bereits von einer Art „Präsidentialisierung“¹⁷ des ungarischen politischen Systems, die aus der Person des Ministerpräsidenten erwachse (wohlgemerkt: nicht aus der des Staatspräsidenten). Dies führt wohl zu weit, aber die Stärkung des Ministerpräsidenten ist signifikant.

Der Zentralisierung der Staatsorgane steht ein Selbstverwaltungssystem auf regionaler respektive kommunaler Ebene entgegen, das dysfunktional und fragmentiert ist. Zudem fehlt es an einer Rechtshierarchie, weil die Satzungen der Komitate (regionale Verwaltungseinheiten) und Gemeinden/Städte bzw. der Hauptstadt und seiner Stadtteile gleichrangig sind. So ist Ungarn in 3200 „Kleinkönigreiche“ zergliedert, die Subsidiarität mit „auf der untersten Ebene“ gleichsetzen. Das Zweidrittelregime, dem das Selbstverwaltungsgesetz unterworfen ist, wie auch die „Unterwanderung“ des nationalen Parlaments mit Bürgermeistern verhindern, dass es zu funktionalen Lösungen kommt. Staatsverwaltung, Selbstverwaltung und die Institutionen der Regionalpolitik sind über unterschiedliche, teils artifizielle Ebenen verteilt; demokratisch legitimierte Institutionen auf KomitatsEbene leiden unter einem Mangel an Aufgaben und an Finanzquellen. Abhilfe scheint nur möglich, wenn ein politisches

¹⁷ András Körösenyi, Gyurcsány-vezér. A magyar politika „prezidencializálódása“, in: Péter Sándor/László Vass/Ágnes Tolnai (Hrsg.), Magyarország politikai évkönyve 2006, Budapest 2006, S. 141–149.

Lager eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erzielt. Aber selbst dann scheinen zu viele politische Karrieren betroffen, als dass sich eine Mehrheit für eine Reform organisieren ließe.

Von der repräsentativen zur direkten Demokratie?

Die ungarische Zivilgesellschaft hat keinen leichten Stand. Wie in allen sozialistischen Staaten wurde einst auch in Ungarn bestehendes Sozialkapital mit Absicht zerschlagen und durch ideologisierte, parteigebundene Strukturen ersetzt. Die Zivilgesellschaft hat sich formal, gemessen an der Zahl der Vereinigungen, zwar relativ schnell erholt. Aber dass dieses neu entstandene Sozialkapital durchgehend hochwertig ist, kann getrost bezweifelt werden. Im Widerstand gegen das sozialistische System hatten sich die unterschiedlichsten sozialen Milieus verbündet.¹⁸ Wie auch die Parteien mussten sie danach schmerzhaft Trennungen durchleben. Heute ist die Landschaft der Nichtregierungsorganisationen nicht weniger polarisiert als die Parteienlandschaft.

Die Verbindungslinien von Volk und Staat sind in Ungarn durch korporatistische Strukturen, das Ombudsleutesystem und Elemente direkter Demokratie strukturiert. Das Ombudsleutesystem funktioniert relativ gut. Korporatistische Strukturen fristen bisher eher ein Schattendasein. Volksabstimmungen haben das beste Potential, die staatlichen Akteure zu bremsen. Die Institution des Referendums wurde eher zufällig und relativ spät institutionalisiert und mit einigen Sprüchen des Verfassungsgerichts präzisiert. Seither gilt: Grundsätzlich ist Ungarn eine repräsentative Demokratie, Elemente direkter Demokratie sind die Ausnahme. Werden sie allerdings angewendet, genießen sie Vorrang vor Entscheidungen des Parlaments.

Volksbefragungen wurden meist von den politischen Parteien instrumentalisiert. Zwei Befragungen waren „neutral“ (NATO- und EU-Beitritt), die anderen wurden von der

¹⁸ Vgl. Máté Szabó, Die Zivilgesellschaft in Ungarn. Zwischen EU-Beitritt und globalen Herausforderungen, in: Jürgen Dieringer/Stefan Okruch (Hrsg.), Von der Idee zum Konvent. Eine interdisziplinäre Betrachtung des europäischen Integrationsprozesses, Budapest 2004, S. 81–98, hier S. 82.

Opposition gegen die Regierung gerichtet. In manchen Fällen waren die Initiatoren erfolgreich. Neuerdings zeichnet sich eine wichtige Ergänzung ab. Erstmals richtet sich eine Initiative – aus der Zivilgesellschaft heraus – gegen die politische Klasse als solche. In der Frage der Diäten und Spesen der Parlamentarier kommt es entweder zur Abstimmung, oder das Parlament entscheidet in letzter Sekunde über eine Finanzierungsnovelle. Das ist eine qualitativ neue Entwicklung. Das Referendum kann zum Sprachrohr der Zivilgesellschaft werden und präventive Kontrollen der politischen Klasse etablieren. Es kann mobilisieren in einem Land, das für seine eher apathische, schwer zu mobilisierende Bevölkerung bekannt ist. Damit ist das Referendum eine Alternative zur Politik der Straße und hat das Potential, dem tiefen Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der politischen Klasse und den politischen Institutionen ein Ventil zu geben.

Kein Vertrauen in die Institutionen, kein Vertrauen in die Politik

Die Meinungen und Einstellungen der Ungarn zwanzig Jahre nach der Transformation sind äußerst diffus. Weniger als die Hälfte (47 Prozent) der Befragten sind mit dem Leben allgemein zufrieden. Hinter Ungarn liegt in der EU-27 nur Bulgarien. Nur 39 Prozent der Befragten antworteten im vergangenen Jahr auf die Frage, ob Ungarn von der Mitgliedschaft in der EU profitiert habe, mit Ja. Damit ist Ungarn Schlusslicht. Gleichzeitig bringen 64 Prozent der Befragten dem Europäischen Parlament Vertrauen entgegen (Durchschnitt EU-27: 51 Prozent), der Kommission immerhin 56 Prozent (EU-27: 47 Prozent).¹⁹ Die Zahlen sind im Abgleich mit dem nationalen Kontext beeindruckend: Das ungarische Parlament genießt das Vertrauen von 15 Prozent der Ungarn (nationale Parlamente der EU-27: 34 Prozent), die Regierung von nur 13 Prozent (EU-27: 32 Prozent).¹⁰

Die allgemeine Unzufriedenheit ist innenpolitisch motiviert und hat wenig mit der europäischen Integration zu tun. Viele Ungarn vereint der Eindruck, dass die Systemtransformation nicht abgeschlossen bezie-

¹⁹ Vgl. Eurobarometer 70, 2008.

¹⁰ Vgl. Eurobarometer 69, 2008.

ungsweise nicht richtig vonstatten gegangen sei. Auch sind die Ergebnisse des politischen Prozesses nicht geeignet, Outputlegitimität zu erzeugen. Als Vorreiter gestartet, zeigen die Zahlen des Bertelsmann-Transformationsindex, dass Ungarn an vielen Fronten zurückfällt.¹¹ Diese messbare Unzufriedenheit ist eine Gemengelage aus objektiven Parametern, etwa im Bereich Lebenschancen und soziale Leistungen sowie subjektiven Eindrücken, die sich wiederum in historische, transponierte Pathologien und aktuelle Problemlagen teilen lassen. Wie auch in anderen Staaten der Region zeigen sich Krisensymptome,¹² die weit vor der globalen Wirtschaftskrise manifest waren. Zu nennen ist die Unzufriedenheit mit dem alles dominierenden Parteienstaat, die selbst im Alltag des Bürgers spürbare Korruption, die Arroganz und das Fehlverhalten der politischen Akteure sowie die zirkulierende alt-neue politische Elite, deren etwa 9 000 Mitglieder zwischen verschiedenen Ämtern rotieren und einen umfassenden Elitenwandel behindern.¹³ Historisch determiniert ist die alte Spaltung in Nationale und Kosmopoliten, die neue in Exkommunisten und Antikommunisten, die zu Lagerdenken und Exklusion führen.

Zwei Modernisierungsstrategien, zwei Ungarn

Das Land ist seit Jahrhunderten in ein urbanes und ein volkstümliches Ungarn gespalten. Diese Zweiteilung – verstanden als intellektuelles und soziales Konstrukt – führt zur Etablierung einer Identifikationsstruktur auf der Basis eines „Wir“ und „Die“. Die Polarisierung ist überall spürbar. Das Institutionensystem als Konfliktlösungsstelle kann diese Spannung kaum noch verkraften. Die Konflikte bemächtigen sich der Institutionen, diese werden zum Spielball der Spieler und verlieren ihre Funktion als Spielfeld. Es kommt zu materiell (Politikblockaden) und

¹¹ Vgl. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.), *Sustainable Governance Indicators 2009. Policy Performance and Executive Capacity in the OECD*, Gütersloh 2009.

¹² Vgl. Alina Mungiu-Pippidi, *Is East-Central Europe Backsliding? EU accession is no „End of History“*, in: *Journal of Democracy*, 18 (2007) 4, S. 8–16.

¹³ Zur Elite vgl. insbesondere Zoltán Tibor Pállinger, *Zwischen Polarisierung und Professionalisierung: Entwicklungslinien der politischen Elite Ungarns*, in: *Südosteuropa*, 56 (2008) 2, S. 200–221.

ideell determinierten (Apathie, Radikalisierung) Krisen.

Der ungarische Modernisierungspfad unterscheidet sich als Ergebnis der Polarisierung je nach Regierung. Die rechte Seite verfolgt eine Art gaullistische Modernisierung. Sie stellt die Nation als historisches und ethnisches Gebilde in den Mittelpunkt: Priorität für ungarische Unternehmen, Minderheitenpolitik als wichtiger Bestandteil der Außenpolitik. In der Bevölkerungspolitik gilt das *ius sanguinis*, mit exklusiven Momenten. Diese Konzeption braucht einen starken Staat und den Zugriff der Akteure auf die staatlichen Institutionen, die nicht nur den Rahmen setzen sollen. Agiert wird staatsallokativ und merkantilistisch. Aus dem Zugriffsanspruch auf staatliche Institutionen erklärt sich, dass die Konzeption der Rechten gelegentlich Befürchtungen bezüglich der Qualität der Demokratie aufkommen lässt.

Die eher als „blairistisch“ zu bezeichnende Modernisierungsstrategie des linken Lagers dagegen setzt auf kosmopolitische Konzepte, steht für die Einbettung der ungarischen Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung, für Marktallokation und Wettbewerb. Sie kapriziert sich vorwiegend auf das heutige Ungarn in den Post-Trianon-Grenzen.¹⁴ Im übertragenen Sinne verstanden: Es gilt das *ius soli*, die Konzeption ist grundlegend inklusiv. Hier brauchen die staatlichen Institutionen nicht überstrapaziert zu werden. Befürchtet wird von den Gegnern dieser Strategie allerdings ein „Ausverkauf des Landes“.

Bisher gibt es keine nennenswerten Kräfte, die in der Lage wären, diese beiden Konzepte zu versöhnen und die politische Mitte neu zu besetzen. Eine starke Kraft in der mittleren Position hätte die Möglichkeit, je nach Nähe Partner für eine ausgewogene Strategie zu suchen. Eine Pluralisierung der Lösungsansätze wäre die Folge. Dazu muss das Parteiensystem aber aufgebrochen werden, oder/und ein Teil der schweigenden Masse muss zu partizipatorischem Verhalten übergehen. Vielleicht birgt die Institution des Referendums dieses Potential.

¹⁴ Im Friedensvertrag von Trianon verlor Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg große Teile seines Staatsgebiets.

Attila Ágh

Ungarn in der EU

Im Jahr 2004 ist Ungarn der Europäischen Union (EU) beigetreten; die strukturelle Anpassung an die Arbeitsweisen in der EU ist erfolgreich vollzogen. Gleichwohl befand sich Ungarn in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts in einer Ausnahmesituation, nämlich in einer zwar vorübergehenden, jedoch einige Jahre andauernden Krise. Die gegenwärtige Krise wurde durch das Zusammen-

Attila Ágh

Dr. rer. pol., geb. 1941; Professor am Institut für Politikwissenschaft der Corvinus Universität Budapest, Közraktár u. 4–6, 1093 Budapest/Ungarn. attila.agh@corvinus.hu

treffen verschiedener Faktoren verursacht, die zum einen von den kurzfristigen Anforderungen des EU-

Beitritts sowie den langfristigen Auswirkungen des Systemwandels und zum anderen als Folge der globalen Finanzkrise hervorgerufen wurden. Somit wurde die Nachbeitrittskrise im Grunde durch den doppelten Druck der EU-Erfordernisse und der Inlandsprobleme ausgelöst, d. h. durch die Anforderungen im Zuge der andauernden Reformbestrebungen innerhalb der EU – einschließlich des angestrebten Beitritts zur Eurozone – und durch die fehlende soziale Konsolidierung, die eine erschreckende Reformmüdigkeit bewirkt hat.

Leider überschneiden sich die EU-Nachbeitrittsgegebenheiten mit den kurzfristigen Wirkungen der Abschwächungsphase im ungarischen Konjunkturverlauf und auch mit den Langzeitwirkungen der Reformmüdigkeit, welche wiederum durch die großen Hoffnungen auf soziale Konsolidierung nach zwanzig Jahren des ständigen Wandels und der Arbeitsplatzunsicherheit hervorgerufen worden waren. Die weltweite Finanzkrise trat zu einem Zeitpunkt ein, als sich Ungarn ohnehin bereits in einer finanzpolitisch schwierigen Situation befand, die aber innerhalb weniger Monate, bis Ende 2008, überwunden war; die Schwierigkeiten der darauf folgenden wirtschaftlichen und sozialen Krise bestehen fort. Am 14. April 2009 nahm eine neue Regierung die Arbeit auf.

In Ungarn wie auch in den anderen neuen Mitgliedstaaten zeigt sich die Nachbeitrittskrise mit landeseigenen Spezifika, bei denen Kurz- und die Langzeitprozesse klar voneinander unterschieden werden müssen. Die Krise muss vollständig beschrieben, sollte aber nicht zu einer historischen Dimension verallgemeinert werden, da ihre Überwindung bereits vorhersehbar ist, sobald die derzeitige weltweite Krise es zulässt.

Im Folgenden erörtere ich die Auswirkungen der Übergangskrise in Ungarn, behandle aber gleichzeitig auch die langfristigen Tendenzen, um zu verdeutlichen, dass diese Momentaufnahme Ungarns nur die derzeitigen Turbulenzen beschreibt, nicht aber den gesamten Demokratisierungs- und Europäisierungsprozess. Seit einigen Jahren schon herrscht in Ungarn eine schlechte Stimmung, „Malaise“, aber die Ungarn sind auf lange Sicht noch immer für Demokratisierung und Europäisierung begeisterungsfähig. Die ungarischen Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft lassen sich nur im gegenwärtigen nationalen Kontext verstehen.

Innenpolitik und EU

Jüngste Eurobarometer-Umfragen (EB 70 und 71) haben gezeigt, dass Ungarn sich aufgrund der Nachbeitrittskrise und der Konjunkturflaute zu einem der pessimistischsten Mitgliedstaaten entwickelt hat, da sich die innenpolitischen Spannungen negativ auf die Einstellungen zur EU-Mitgliedschaft auswirken. Wie die Bevölkerungen der anderen EU-Länder projizieren auch die Ungarn innenpolitische Probleme und innerstaatliche Spaltungen auf die EU-Ebene. Sie formulieren ihre Unterstützung der EU-Mitgliedschaft und der europäischen Institutionen durch das Prisma ihrer Einstellungen zum eigenen Land. Die öffentliche Meinung zur EU in Ungarn verrät eine besonders kurzfristige Sichtweise aufgrund der innenpolitischen Situation. Es ist tatsächlich so, dass in Ungarn aufgrund der hohen Erwartungen traditionell eine pessimistische Denkweise besteht; gleichwohl hat sich der ungarische Pessimismus in den vergangenen Jahren noch verstärkt.

Übersetzung aus dem Englischen: Jaiken Struck, South Petherton, England/UK.

Der Einbruch der öffentlichen Stimmung in Ungarn zeichnete sich bereits dadurch ab, dass die Ungarn mit ihrem Leben stets deutlich unzufriedener waren als der durchschnittliche EU-Bürger. Mittlerweile glaubt nur noch ein winziger Prozentsatz der Ungarn, dass sich das Land in eine gute Richtung entwickelt, während sich der Anteil derjenigen, nach deren Auffassung sich die EU in die richtige Richtung bewegt, nahe am EU-Durchschnitt befindet. Die ungarischen Eigenheiten zeigen sich deutlich in der Liste der drängendsten Probleme. Sie enthält dieselben vier Begriffe, die auch in der EU allgemein Priorität haben: Arbeitslosigkeit, Inflation, das Gesundheitswesen und die allgemeine wirtschaftliche Situation. Doch die Ungarn machen sich weitaus größere Sorgen über diese Probleme, und ein viel höherer Prozentsatz überhaupt ist besorgt. Das spiegelt eine Situation wider, die ich als „Falle materialistischer Bedürfnisse“ bezeichne. Gleichzeitig sorgen sich die Ungarn meist deutlich weniger um „post-materialistische“ Fragen wie internationale Sicherheit und Einwanderung. Vor dem Hintergrund dieser nationalen Sorgen wird deutlich, dass die Ungarn zurzeit weniger an der EU als vielmehr an ihren innenpolitischen Problemen leiden.

Die ungarische Besonderheit liegt darin, dass eine beträchtliche Kluft zwischen der mangelnden sozialen Konsolidierung und den sehr hohen Erwartungen an das Sozialwesen besteht. In Ungarn hat die übliche langsame und daher umstrittene Verbesserung des Lebensstandards und öffentlicher Dienstleistungen in den vergangenen zwanzig Jahren – trotz des raschen Fortschritts in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts – größere Enttäuschungen verursacht als in den meisten anderen neuen Mitgliedstaaten. Dieser Umstand verschärfte sich in den vergangenen zwei Jahren durch die Konjunkturflaute und ihre gesellschaftlichen Folgen. Trotz eines eigenen, konjunkturbedingten Musters zählte die sozioökonomische Entwicklung Ungarns im vergangenen Jahrzehnt zur besten und schnellsten unter den neuen Mitgliedstaaten. Das Wirtschaftswachstum lag zwischen 1995 und 2006 bei durchschnittlich vier Prozent pro Jahr, und der Anstieg der Reallöhne betrug zwischen 2001 und 2006 35 Prozent; beides war in der EU beispieldios.

Der enorme Gegensatz zwischen dem objektiv guten Abschneiden des Landes und

den subjektiven Wahrnehmungen seiner Bürger hat zu einer Reihe von Paradoxien bei der Bewertung der EU-Mitgliedschaft geführt. Genau genommen sind die Ungarn in erster Linie nicht mit der EU unzufrieden, sondern mit der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bzw. der beginnenden Rezession mit ihren kurzfristigen sozialen Folgen, d. h. der gegenwärtigen Stagnation oder geringfügigen Verschlechterung des Lebensstandards und den zunehmenden politischen Spannungen im eigenen Land. Diese innenpolitischen Probleme, auf die EU-Ebene projiziert, haben zu drei Paradoxien geführt.

Paradoxon I: Die Ungarn sind zunehmend unzufrieden in der EU, aber sie bewerten die EU weiterhin positiver als die innenpolitischen Entwicklungen.

Die Ungarn sehen immer weniger die Vorteile der EU-Mitgliedschaft, und das positive Bild der EU schwindet von Jahr zu Jahr. Diese öffentliche Wahrnehmung bringt eine wachsende Ernüchterung bezüglich der EU-Mitgliedschaft zum Ausdruck, aber eine noch stärker wachsende Massenttäuschung ist in den vergangenen zwei Jahren aufgrund der Entwicklungen im eigenen Land – Gesundheitsreformen und Umgang mit der Wirtschaftskrise – entstanden.

Paradoxon II: Es herrscht größeres Vertrauen in die EU-Institutionen als in die nationalen.

Die Ungarn haben ein sehr schwaches Vertrauen in die eigenen nationalen Institutionen, vertrauen aber in viel stärkerem Maße als der EU-Durchschnitt den europäischen Institutionen. Zwar neigen die Europäer in den meisten Mitgliedstaaten zu größerem Vertrauen in die Union als in ihre nationalen Institutionen. Aber dieses Phänomen erscheint in Ungarn in einer Extremform, denn die Ungarn zeigen viel tiefere Unzufriedenheit mit den und geringeres Vertrauen in die inländischen Institutionen als der EU-Durchschnitt. Tatsächlich wächst ganz allgemein das Misstrauen gegenüber Institutionen in Ungarn, aber das betrifft die nationalen Institutionen viel stärker als die der EU. Die demokratischen Institutionen in den neuen Mitgliedstaaten sind noch immer schwach und belegen nicht selten ein nur geringes soziales Einfühlungsvermögen, so dass die Menschen

das Gefühl haben, ihre realen Probleme würden von offizieller Seite nicht ernst genommen.

Paradoxon III: Die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU ist viel höher als mit der in Ungarn.

In Ungarn besteht ein starker Gegensatz zwischen der Verfahrens- oder Input-Legitimität und der Ergebnis- oder Output-Legitimität des neuen demokratischen Institutionensystems. Die meisten Menschen bezeichnen die Institutionen durchaus als demokratisch, da ihnen die Grundsätze der Verfahrensgesetze deutlich geworden sind. Die meisten Ungarn sind allerdings der Meinung, sie arbeiteten äußerst ineffektiv, d. h. die Institutionen befänden sich noch immer in einer „Anlauf“-Phase. EU-Institutionen hingegen werden von großen Teilen der Bevölkerung als Modell voll entwickelter, gut funktionierender Einrichtungen angesehen, und es gibt keine öffentliche Debatte über das Demokratiedefizit der EU.

Zum Zeitpunkt des EU-Beitritts befürwortete die Mehrheit der Ungarn die Mitgliedschaft. Diese Zahl ging bis heute auf ein Drittel zurück. Obwohl die Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft in den vergangenen Jahren stetig nachgelassen hat, sind die Ungarn doch nach wie vor Europa-Enthusiasten, wie diverse Daten belegen: Vor allem zählen sie zu den glühendsten Anhängern einer weiteren europäischen Integration und behaupten zudem von sich, großes Interesse an den Arbeitsweisen der EU-Institutionen zu haben. Diese Paradoxien zeigen recht deutlich, dass die Massenunzufriedenheit vor allem durch die nationalen Probleme hervorgerufen wurde, denn die Ungarn haben eine stabile Präferenz für die EU und befürworten die EU und ihre Institutionen in überwältigender Weise.

Folglich könnte man in Bezug auf die ungarischen EU-Einstellungen auf den ersten Blick schließen, dass das Hauptmerkmal der öffentlichen Meinung in Ungarn eine kognitive Dissonanz ist: die Akzeptanz miteinander nicht zu vereinbarender Meinungen. Die Ungarn leiden unter Transformationsmüdigkeit und sind daher unzufrieden mit dem fortwährenden Druck seitens der EU, weitere Reformen durchzuführen und das Land nicht zu-

letzt mithilfe tiefer Einschnitte in den Staatshaushalt auf die Einführung des Euro vorzubereiten. Trotzdem träumen die Ungarn noch immer von einer EU, die alle innenpolitischen Probleme löst und auch im Rahmen der EU selbst ihre hohen Erwartungen erfüllt. Dadurch ist es zu einer Teilung der öffentlichen Meinung zwischen der weiterhin positiven und optimistischen Einstellung zur EU einerseits und der zunehmend negativen und pessimistischen Sicht auf die innenpolitische Entwicklung andererseits gekommen. Zweifellos jedoch wird sich Ungarn innerhalb weniger Jahre von der Wirtschaftsflaute erholen, die letztlich nur ein Teil der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung ist. Diese Erholung wird sicherlich auch zu einer positiveren Bewertung der ungarischen Innenpolitik führen; aufgrund dieser Wende werden die kontroversen und geradezu paradoxen Einstellungen zur EU ebenfalls schwächer und schließlich verschwinden.

Vorläufiges Fazit: Eine geringe Befürwortung der EU-Mitgliedschaft ist in Ungarn paradoxerweise mit einer starken Befürwortung der europäischen Integration und mit großer Wertschätzung für die EU-Institutionen verknüpft.

Der ungarische EU-Kurs

Dieser Prozess zeigt ebenfalls eine interessante Ambiguität, da einerseits eine Art nationaler Konsens hinsichtlich der Hauptziele der ungarischen Europapolitik besteht, in erster Linie die *finalité politique* der EU betreffend, aber andererseits zwischen Regierung und Opposition starke Spannungen wegen grundlegender politischer Vorgehensweisen herrschen, beispielsweise die Agrar- und Energiepolitik in der EU betreffend. Die Opposition unterstützt die kleineren, familiären Landwirtschaftsbetriebe, während die Regierung eine Modernisierung der Landwirtschaft anstrebt, weshalb sie die Zusammenlegung kleinerer Betriebe zu größeren und wettbewerbsfähigeren Unternehmen fördert. In der Energiepolitik hat die Regierung den Schwerpunkt auf die Sicherung der Energieversorgung gelegt, weshalb sie ausgewogene Beziehungen zu Russland aufbaut, während die Opposition auf eine Konfrontation mit Russland wegen dessen Demokratiedefiziten drängt. Die Debatte um die Außenpolitik er-

reichte ihren Höhepunkt im Januar 2009, zur Zeit des russisch-ukrainischen „Gasstreits“. Diese unterschiedlichen politischen Ansätze verhindern jedoch nicht die Übereinstimmung aller Fraktionen in Bezug auf die Befürwortung der EU-Integrationspolitik. Somit erwartet die Öffentlichkeit in Ungarn von der Regierung eine sehr aktive Rolle in den länderübergreifenden EU-Gremien bei der Vertiefung der Integration.

Die Ausarbeitung der ungarischen EU-Strategie bis 2013 begann am 1. August 2007, als die Regierung sie in einer gekürzten Version (*European Policy Guidelines of the Hungarian Government*) veröffentlichte. Die wesentlichen Grundsätze der ungarischen Europapolitik wurden am 30. Juli 2007 von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány in seiner Rede im Rahmen der Botschafterkonferenz des Außenministeriums formuliert. Die Grundsatzrede fasste die Prinzipien der ungarischen Außenpolitik zusammen. Kern der ungarischen Europapolitik ist die aktive Unterstützung der weiteren Integrationsbestrebungen bis hin zur Erarbeitung eigener Initiativen sowohl zur Vertiefung als auch zur Erweiterung der Union. Die Grundsatzrede des Ministerpräsidenten auf der Botschafterkonferenz am 3. Juli 2008 bestätigte diesen Pro-Integrationskurs. Gyurcsány präsentierte seine Regierung als „entschlossenen Anhänger Europas“ und fügte hinzu: „Ich bin von der Idee überzeugt, dass Ungarn sich an so vielen Kooperationsinitiativen wie möglich beteiligen und stark engagiert sein sollte (...). Die Europäische Union ist nicht bloß ein historisches Konglomerat oder ein Verein von Freunden (...). Ungarn sollte zu den Mitgliedstaaten gehören, die eine engere Zusammenarbeit mit den anderen anstreben. In dieser Angelegenheit darf Ungarn nicht zu den Zauderern gehören, sondern muss mit in der ersten Reihe stehen.“ Der Regierungschef erinnerte daran, dass Ungarn das erste Land war, das den Vertrag von Lissabon mit fast hundertprozentiger Unterstützung durch das Parlament ratifizierte.

Am 14. April 2009 übernahm die neue Regierung unter Ministerpräsidenten Gordon Bajnai das Amt. Sie führt die Arbeit der vorherigen fort und erfährt die Unterstützung derselben Parteien (Sozialisten und Liberale) im ungarischen Parlament. Der neue Regierungschef war in der Regierung Gyurcsány Wirt-

schaftsminister gewesen; bei der Regierungs-umbildung wurden lediglich die Posten des Krisenstabs neubesetzt, da sich die neue Regierung vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Krisenmanagement engagieren will. Die pro-europäische Haltung ist sogar noch verstärkt worden durch die Einladung an den früheren ungarischen EU-Kommissar und führenden EU-Experten Péter Balázs, den Posten des Außenministers zu übernehmen. Der bisherige Außenminister Kinga Góncz wurde Spitzenkandidat der Sozialistischen Partei für die Wahl zum Europäischen Parlament.

Ansichten über die Institutionen der EU

Wie die Eurobarometer-Umfragen gezeigt haben, sind die Präferenzen im Politikgestaltungsprozess in allen Mitgliedstaaten recht ähnlich. Wenn sich die strategischen Präferenzen europäischer Bürgerinnen und Bürger aufgrund der Eigenarten des jeweiligen Landes auch recht drastisch unterscheiden mögen, sind die Antworten auf die Frage, „Was soll wo entschieden werden?“ überall sehr ähnlich und fast identisch. Die Entwicklung gemeinsamer Vorgehensweisen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und für den Umweltschutz, die wissenschaftliche Forschung, die Verteidigungs- und Außenpolitik, die Unterstützung der am wenigsten entwickelten Regionen, Energie- und Zuwanderungspolitik sowie Kriminalitätsbekämpfung gelten als grenzüberschreitende Aufgaben der EU-Institutionen. Dementsprechend vertritt die überwältigende Mehrheit der EU-Bürger die Auffassung, dass diese Themen innerhalb der EU gemeinsam bearbeitet werden sollten. Mit der Entwicklung grundlegender Strategien in sozioökonomischen Fragen wie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie für das Gesundheits-, Bildungs-, Wohlfahrts-, Steuer- und Rentenwesen sollte sich nach Meinung der Mehrheit der EU-Bürger hauptsächlich oder teilweise die Regierung des jeweiligen Staates beschäftigen. Die ungarischen Bürger teilen diese Ansicht, und ihre Befürwortung einer strategischen Gabelung unterscheidet sich selbst prozentual in den meisten Fällen kaum.

Aus den Prinzipien der ungarischen Europapolitik ergibt sich, dass die Regierung meist Regelungen auf europäischer Ebene unter-

stützt. Sie befürwortet die bilaterale Zusammenarbeit nur in Fällen, in denen Ungarn noch nicht imstande ist, die EU-Auflagen zu erfüllen (zum Beispiel beim Umweltschutz), aber selbst für diese Fälle hat die Regierung EU-Hilfen empfohlen, um zu den weiter entwickelten Staaten aufzuschließen mit dem Ziel, sich der Gemeinschaftsmethode anzuschließen (beispielsweise bei den Zielen der Lissabon-Strategie). Die Bevölkerung vertritt im Großen und Ganzen eine ähnliche Ansicht und unterscheidet klar zwischen zwei politischen Handlungsfeldern. In den meisten Politikfeldern befürwortet sie die Gemeinschaftsmethode, aber im sozioökonomischen Bereich vertraut sie stärker dem Ansatz der Regierungszusammenarbeit oder entscheidet sich für eine landesspezifische, nationale Lösung.

In Ungarn genießen die innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme die größte Aufmerksamkeit, da die Regierung seit Juni 2006 eine Reihe von äußerst scharfen Restriktionen einsetzt, um die in den vergangenen Jahren aufgelaufenen enormen öffentlichen Defizite abzubauen. Infolgedessen beschränkt sich die Debatte um die Zukunft der EU in Ungarn eher auf Expertendiskussionen und ist nicht Teil einer landesweiten öffentlichen Debatte. Die offizielle ungarische Position ergibt sich meist aus den Absprachen der Führungsschicht auf makropolitischer Ebene, und es gibt nur sehr wenige heikle Themen, die die breitere Öffentlichkeit erreichen und bei denen weit reichende öffentlichen Diskussionen die offizielle Position grundlegend beeinflussen. So konzentrierte sich auch der Europawahlkampf im Frühjahr 2009 noch stärker auf innenpolitische Fragen als 2004, da alle Parteien sich über die Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Krisenmanagements in Ungarn stritten und die speziellen EU-Themen fast völlig vernachlässigt wurden.

Die Ungarn sind der Meinung, dass die grundlegenden „internationalen“ Strategien Aufgabe der EU-Institutionen sein sollten; ihre Unterstützung für diese Institutionen ist den institutionellen Präferenzen aller EU-Bürgern im Allgemeinen sehr ähnlich. Das größte Vertrauen der Ungarn genießt das Europäische Parlament, gefolgt von der Europäischen Kommission; der Europäische Rat stößt auf geringeres Interesse und ist auch etwas weniger angesehen. Dies beantwortet auch die Frage, welche Institution eine domi-

nierende Rolle in der EU spielen sollte: Die Präferenzen der Ungarn liegen zuerst beim Parlament, dann bei der Kommission, und erst drittens beim Rat. Zur Frage nach dem künftigen Präsidenten des Europäischen Rates fällt den Ungarn nicht allzu viel ein, aber sie bevorzugen zweifellos die einflussreichere Stellung des vom Parlament gewählten Kommissionspräsidenten gegenüber dem tatsächlichen Ratspräsidenten.

In der Vorbereitungsphase für die ungarische EU-Präsidentschaft im Jahr 2011 haben sich die Ungarn für eine sechsmonatige Dauer der Ratspräsidentschaft ausgesprochen. Die rotierende Präsidentschaft ist für sie nach wie vor maßgeblich und unbedingt beizubehalten, zumindest bis etwa 2020, d. h. bis zum Ende der planmäßigen EU-Präsidentschaften, da die Ungarn die Sorge kleinerer Länder teilen und ein *directoire* der großen Länder fürchten. Diese Sorge wurde auch von Außenminister Balázs in einem seiner ersten Interviews am 27. April 2009 geäußert. Die Ungarn unterstützen die Idee von Koalitionen zwischen den mittelgroßen und den kleineren Ländern gegenüber Bündnissen mit – und der Nähe zu – großen Mitgliedstaaten, weil sie der Meinung sind, dass die mittelgroßen Mitgliedstaaten eher gemeinsame Interessen vertreten. Nach fünf Jahren Mitgliedschaft kamen die Ungarn zu dem Schluss, dass nationale Interessen im EU-Gefüge mithilfe von Koalitionen erfolgreicher vertreten werden können, in erster Linie naturgemäß die geteilten Interessen von Partnern der Visegrád-Länder (Ungarn, Tschechien, Polen, Slowakei). Die meisten Ungarn sind der Meinung, dass weitere institutionelle Reformen nach dem Lissaboner Vertrag nötig sind, vor allem in der Nachbarschaftspolitik.

Agenda der Ratspräsidentschaft 2011

Ungarn nimmt zunehmend seine Rolle im Präsidentschaftstrio mit Spanien und Belgien ein, so dass es seine strategischen Präferenzen immer mehr im Sinne der nationalen und/oder gemeinsamen Prioritäten der SBH-Präsidentschaft (*Spain, Belgium, Hungary, 2010–2011*) strukturiert. Die folgenden Themen stehen ganz oben auf der Agenda:

1. Lissabon-Strategie und ihre Verlängerung nach 2010 als Post-Lissaboner Strategie-Pro-

gramm, das im Jahr 2011 von Ungarn eingeführt werden kann („Budapester Strategie“);

2. Haushaltsentwurf für eine neue finanzielle Perspektive nach 2013 unter Berücksichtigung der Kohärenzpolitik und der gerechten Unterstützung der Landwirtschaft in den neuen Mitgliedstaaten;

3. Werbung für eine Erweiterung um die westlichen Balkanländer und Ausweitung der erweiterten Europäischen Nachbarschaftspolitik für den Osten mit der intensiven Institutionalisierung von „gemeinsamen Räumen“ oder Leitlinien;

4. Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres in einem Post-Den-Haag-Programm mit gemeinsamen EU-Vorgehensweisen in Bezug auf neue Sicherheitsbedrohungen („Stockholm-Strategie“ im Dezember 2009);

5. Erweiterung des Schengen-Raums um die jüngsten Teilnehmer – Bulgarien und Rumänien – vor dem Hintergrund einer gemeinsamen europäischen Einwanderungs-, Asyl- und Visapolitik.

Agenda der Innenpolitik

Die wichtigsten Themen für Ungarn sind gegenwärtig aufgrund der möglicherweise für 2012/2014 anstehenden Mitgliedschaft in der Eurozone die finanzpolitischen Sorgen, die in ihrer Gewichtung gleich auf die Präsidentschaft folgen. Auf lange Sicht sind der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt die primären, reizvollen, gleichzeitig aber auch heiklen politischen Themen. Ungarn wendet sich gegen die Renationalisierung bestimmter EU-Kompetenzen wie beispielsweise die der Kohärenzpolitik. Für Ungarn sind Kontinuität und die angemessene Finanzierung der EU-Kohärenzpolitik sehr wichtig, da diese Politik als wichtiges Werkzeug zur Steigerung des Wirtschaftswachstums und zur Förderung des Arbeitsmarktes im Land betrachtet wird.

Obleich Ungarn ein wesentlicher Nutznießer auch der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) ist, ist die ungarische Position dennoch offen für eine mögliche Reform der GAP nach 2013. So verfolgen Politikstrategen und Akademiker in Ungarn die aktuelle Überprüfung des Staatshaushalts mit großem Interesse, während

sie der breiten Öffentlichkeit praktisch unbekannt ist. Ungarn unterstützt einen strategiegesteuerten Haushaltsplan und ist daher an einem Abkommen über geplante Vorgehensweisen interessiert. Allerdings wird die Haushaltsprüfung den Finanzierungsrahmen für den Zeitraum von 2007 bis 2013 voraussichtlich nicht wesentlich verändern, weshalb die Finanzierung der derzeitigen Strategien durch neue Haushaltsposten nicht gefährdet werden sollte. Die nationale Position in Bezug auf das Finanzierungssystem der EU favorisiert langsame Veränderungen, einschließlich der Einführung der neuen Gemeinschaftsstrategien (Klima, Energie und Innovation).

Agenda der Außenpolitik

Ungarn liegt in direkter Nachbarschaft zu den westlichen Balkanstaaten. Diese Region ist eine der Hauptgebiete der ausländischen Direktinvestitionen Ungarns, weshalb Ungarn dort existenzielle Interessen verfolgt. Die ungarische Außenpolitik ist von jeher sehr zurückhaltend, was eine Parteinahme in den Balkankonflikten betrifft. So war es auch der Fall bei der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo am 19. März 2008. Die Ungarn unterstützen die Fortführung der Erweiterung, wengleich mit zunehmender Vorsicht – abgesehen von der entschiedenen Befürwortung einer Mitgliedschaft Kroatiens, dafür aber mit mehr und mehr Fragezeichen hinter einem Beitritt der Türkei.

Für Ungarn ist die östliche Dimension der ENP (Europäische Nachbarschaftspolitik) besonders heikel, insbesondere die neue Initiative der Östlichen Partnerschaft. Die Ukraine ist für Ungarn zweifellos ein ENP-Schlüsselstaat, angesichts der direkten Nachbarschaft und der Komplexität der ukrainischen Situation mit ihren Bedrohungen und Chancen. Ungarn gehört zu jenen EU-Mitgliedstaaten, die ein besonderes Interesse an der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine haben. Im Allgemeinen möchte Ungarn die südlichen und östlichen Dimensionen der ENP ausgewogener gestaltet sehen; aber auch im Osten sollte die EU ihre Beziehungen weiter ausbauen, indem sie einen stabileren Kooperationsrahmen anbietet und einen pragmatischeren Ansatz verfolgt. Ungarn betrachtet Russland als strategischen Partner und befürwortet Verhandlungen über neue, umfas-

sende Abkommen. Die bilateralen Beziehungen betreffend ist der offizielle Ansatz Russland gegenüber eher pragmatisch, während die ungarische Opposition viel stärker darauf besteht, Russland mit Hilfe der EU dazu zu drängen, in Übereinstimmung mit europäischen Demokratievorstellungen zu handeln. Tatsächlich stellt das EU-russisch-ukrainische Energiedreieck eines der kontroversesten Themen zwischen der amtierenden Regierung und der Opposition dar. Ungarn ist seit der Aufnahme in die NATO wegen seines mäßigen Engagements bei der Friedenssicherung und bei internationalen Friedensmissionen kritisiert worden. Trotzdem könnte Ungarn nun, wie die Balkanmissionen gezeigt haben, ausgiebigen Gebrauch von seinen vergleichsweise großen Vorteilen in dieser Region machen.

Schluss

Trotz der jüngsten Übergangsschwierigkeiten ist das Abschneiden Ungarns in der EU dennoch recht gut, auch bei der Entwicklung einer mehrstufigen EU- und nationalen Identität. Die allzu hohen Erwartungen sind ein andauernder Faktor, aber der derzeitige tiefe Pessimismus ist nur von kurzer Dauer, und die Begeisterung für die EU überwiegt. Zusammenfassend kann man sagen, dass die überwältigende Mehrheit der Ungarn eine positive Einstellung zur Rolle der EU beim Umgang mit den globalen Herausforderungen hat. Gleichmaßen haben die Ungarn das Gefühl, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist, und die meisten von ihnen denken, dass die Mitgliedstaaten über gemeinsame Werte verfügen.

Es sollte festgehalten werden, dass wir uns inmitten einer weltweiten Finanzkrise befinden und die Zukunft offen ist, die EU-Mitgliedschaft aber einen Schild gegen die globalen Turbulenzen bietet. Auf dem Tiefpunkt seiner eigenen Finanzkrise erfuhr Ungarn erhebliche Unterstützung von Seiten der EU und – mit Unterstützung der EU – der internationalen Finanzorganisationen. Das hat in Ungarn große Wirkung auf die öffentliche Meinung ausgeübt. Ungarn bleibt ein hartnäckiger Verfechter der EU-Integration.

András Inotai

Die globale Krise und Ungarn

Noch bevor sich die gegenwärtige Krise bemerkbar machte, war Ungarns Wirtschaftspolitik ins Zentrum der internationalen und insbesondere der europäischen Aufmerksamkeit geraten.

Diesmal aber nicht im positiven Sinn, wie fast kontinuierlich vor der politischen Wende und über fast zwei Jahrzehnte der Transformation sowie während der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der

Europäischen Union (EU): Was ist mit Ungarn geschehen? Wie ist es möglich, dass das frühere „Modell“ zum „Schlusslicht“ im regionalen Vergleich geworden ist?¹

András Inotai

Dr. sc., Ph.D., geb. 1943;
Professor am Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften,
Országház u. 30,
1014 Budapest/Ungarn.
ainotai@vki.hu

In den meisten Berichten musste Ungarn als schlechtes Beispiel für alle Länder Ostmittel- und Südosteuropas herhalten und diente sogar im breiten internationalen Rahmen den Ländern, die sich im Aufholprozess befinden (*emerging markets*), als Schulbeispiel einer grundsätzlich verfehlten Wirtschaftspolitik. Viele haben den Zusammenbruch der Wirtschaft, den unbegrenzten Tiefflug der Währung oder gar den „Staatsbankrott“ vorausgesagt. In Ungarn selbst gab es verantwortungslose politische Kräfte, die nicht nur für alles – einschließlich der Ausbreitung der globalen Krise auf Ungarn – die seit 2002 amtierende und gegenwärtig ihr zweites Mandat ausfüllende Regierung verantwortlich machten, sondern sogar ernsthaft die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und die Richtigkeit des zwei Jahrzehnte langen Transformationsprozesses in Zweifel gezogen.

¹ Vgl. dazu András Inotai, Wirtschaftsmodell Ungarn? Zwischen Pionierstatus und Schlusslicht. Ms. im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Budapest, Mai 2008. Leicht veränderte ungarische Version: András Inotai, Magyar gazdasági modell? Úttörőből se-reghajtó, in: *Mozgó Világ*, Juni 2008, S. 3–20.

Paradoxe Weise hat die globale Krise, die sich seit dem Herbst 2008 in Europa ausbreitet, alle Fragen relativiert. Natürlich hat die Krise auch Ungarn stark betroffen. Doch es hat sich herausgestellt, dass selbst Länder, die einst als krisenfest galten und zweifellos eine vernünftige Wirtschaftspolitik verfolgten, mitgerissen werden. Es hat sich herausgestellt, dass das Wirtschaftswachstum überall einbricht, die Exporte und die Industrieproduktion dramatisch fallen und nationale Währungen trotz unterschiedlicher makroökonomischer Indikatoren noch mehr an Wert verlieren als der Forint (etwa der polnische Zloty). Dabei geraten neue und qualitative Merkmale zum Vorschein, etwa die Krisenfestigkeit oder -anfälligkeit der Volkswirtschaften, die Widerstandsfähigkeit der sozialen Gefüge oder die Reformbereitschaft oder -müdigkeit der einzelnen Länder.

Dieser Aufsatz beschränkt sich auf die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf Ungarn. Im Vordergrund steht die Frage nach der Krisenanfälligkeit (*vulnerability*) der ungarischen Wirtschaft, die einen guten Ausgangspunkt für tiefer gehende wirtschaftspolitische Analysen liefert.

Das wirtschaftliche Umfeld vor der Krise

Internationale Organisationen und Experten können die Falle einer „Modellbildung“ häufig nicht vermeiden. Sie brauchen „Modelle“, um Prioritäten bewiesen zu sehen oder aber „Modelle“ einer Reihe von Ländern anzubieten und ihnen sogar aufzuzwingen, unabhängig von den unterschiedlichen historischen, politischen, wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Faktoren. Jede Modellbildung birgt erhebliche Gefahren. Erstens stellt sie eine riskante Vereinfachung dar, wenn Länder und Wirtschaftspolitiken in eine „gute“ und in eine „schlechte“ Gruppe eingeteilt werden. Denn in der Tat weisen alle Länder positive wie negative (wachstums- und kohäsionsfördernde wie -hemmende) Elemente in ihrer Wirtschaftspolitik auf. Aufgrund unterschiedlicher Merkmale kann man Ranglisten von Ländern aufstellen. Zweitens birgt die Modellbildung eine Gefahr für das Land, das als „Modell“ vorgestellt wird, denn es könnte sich herausstellen, dass die Entwicklung einen anderen Weg nimmt, das internationale

Umfeld sich ändert oder aber andere Länder zu besseren Leistungen fähig sind. Drittens verspricht die Übernahme eines „Modells“ eine leichte Wahl: Man müsse nur das Modell imitieren, um sich den Schweiß und die Qualen zu ersparen, die für eine nachhaltige Entwicklung unentbehrlich sind.

Trotz der weit verbreiteten Meinung war Ungarn nie ein „Modell“ für andere Länder. Es hatte allerdings seine wirtschaftlichen Spielräume im Sozialismus gut genutzt und sich damit nach der politischen Wende vorübergehende, relevante Vorteile verschaffen können: marktgerechte Privatisierung, Öffnung für ausländisches Kapital, bessere juristische und institutionelle Rahmenbedingungen, mikrowirtschaftliche „Reife“, Offenheit der Gesellschaft dank Reisefreiheit. Zahlreiche dieser Vorteile haben überlebt, und sie wirken heute noch in der mikrowirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Qualität der Auslandsinvestitionen oder im Technologieexport nach. Andere Vorteile, die im geteilten Europa ein wichtiges Plus bedeuteten (etwa Spielräume für „Unternehmen“), kehrten sich bald ins Negative um und stellen heute große Barrieren für eine nachhaltige und wettbewerbskonzentrierte Entwicklung dar, etwa die hohe Zahl von „Zwangsunternehmern“, welche die Regeln der Marktwirtschaft nicht beachten, aber über nicht zu unterschätzende Einflussmöglichkeiten nicht nur auf die Wirtschaftspolitik zu verfügen scheinen.

Der schon vor 1989 erhebliche und immer weiter zunehmende Öffnungsgrad der ungarischen Wirtschaft war ein Gebot der wirtschaftlichen und geographischen Realitäten. Eine kleine Volkswirtschaft kann hohe Wachstumsraten nur dann erzielen, wenn sie sich auf überdurchschnittliche Wachstumsfaktoren, wozu über Jahrzehnte lang der Außenhandel gehörte, stützt. Ohne eine Liberalisierung des Kapitalmarktes ist es für ein mittelmäßig entwickeltes Land im Sog der technologischen Revolution kaum möglich, aus der historisch geerbten Kapitalknappheit eine Tugend zu machen. Schließlich war die Mitgliedschaft in der EU von Anfang an nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem ein (sicherheits-)politisches Ziel aller ungarischen Regierungen. Mit unterschiedlicher Akzentuierung und mit Zeitverschiebung haben sich die meisten ostmitteleuro-

päischen Länder diesen Prioritäten verpflichtet; schon deshalb kann man nicht von einem „ungarischen Modell“ sprechen.

Doch bereits als die ererbten (oder früher ausgearbeiteten) Vorteile in zahlreichen Bereichen Früchte trugen, beging man schwer wiegende wirtschaftspolitische Fehler. Während die erste demokratisch gewählte Regierung die wirtschaftspolitischen Entscheidungen entideologisiert hatte, stand die Zerschlagung der leistungsfähigen Landwirtschaft ganz im Zeichen der Ideologie. Auch das Einfrieren der Wirtschaftskontakte mit der Sowjetunion und mit den wichtigsten Nachfolgestaaten, vor allem Russland, kann kaum als Komponente eines erfolgreichen „Modells“ bezeichnet werden. Nach der erfolgreichen Stabilisierung der Wirtschaft durch das Sparpaket von Lajos Bokros, 1995 Finanzminister, haben mehrere Regierungen schwer wiegende Fehler begangen. Der größte bestand in der Vernachlässigung von strukturellen Reformen (etwa im Gesundheits- und im Bildungswesen, in der öffentlichen Verwaltung, in der Steuerpolitik, auf dem Arbeitsmarkt); eine Rentenreform wurde 1997 vollzogen, nach 1998 aber wieder revidiert. Das 2006 ausufernde Haushaltsdefizit war bei weitem nicht das Produkt eines Jahres, seine Wurzeln reichen in das Jahr 2000 zurück, als die Regierung angesichts des verlangsamten Wachstums in Westeuropa den Akzent auf die künstliche Belebung des Binnenmarktes legte, mit großzügiger Unterstützung des Wohnungsbaus und von Klein- und Mittelunternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit zumindest fragwürdig war. Beides hat zum Haushaltsdefizit beigetragen. Darüber hinaus verkündete die Nationalbank eine antiinflationäre Politik des harten Forint, die exporthemmend und importfördernd wirkte und nur durch überhöhte Zinsen aufrechtzuerhalten war. Aufgrund wirtschaftlicher Rationalität begannen sowohl Unternehmen als auch Individuen, sich in ausländischen Währungen mit weit besseren Zinsbedingungen zu verschulden.

Die Liste der schlechten Prioritäten muss ergänzt werden durch Maßnahmen, mit denen man im Prinzip einverstanden war (etwa die rasche Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Dienst, um die Qualität der Verwaltung zu verbessern, ferner übersteigerte Sozialausgaben, um die soziale Kohäsion zu stärken, oder der Autobahnbau, der Ungarns

europäische und regionale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen sollte). Doch diese Prioritäten haben die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft überfordert, so dass die Verwirklichung der Ziele 2006 zu einem Haushaltsdefizit geführt hat, das durch einheimische Ersparnisse nicht finanziert werden konnte und das die internationale Finanzwelt nicht mehr finanzieren wollte. So entstand die erste, hausgemachte Krise in Ungarn, etwa zwei Jahre, bevor die globale Finanz- und Wirtschaftskrise den europäischen Kontinent erfasste.

Auswirkungen der globalen Krise

Die Haushaltskrise, die sich mit einem Staatsdefizit von 9,2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) manifestierte, rief im Herbst 2006 einen Sanierungsplan auf die Bühne, der sich auf höhere Einnahmen, aber vor allem auf zurückgehende Staatsausgaben konzentriert. Das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung sank um 1,8 % (2007), die staatlichen Investitionen um 20 bis 30 %; das Wachstum ging auf weniger als 2 % zurück. Demgegenüber stieg die Ausfuhr um 14 %, und die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe verzeichneten ein Plus von fast 25 % – Belege für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. In weniger als zwei Jahren, bis zum Vorabend der Krise in Europa, konnte man das Haushaltsdefizit halbieren. Doch einerseits wurde das Defizit von 4,5 % noch immer als zu hoch eingeschätzt (wie üblich, haben internationale „Experten“ nur auf Zahlen, nicht auf Prozesse geschaut). Andererseits war es wahrscheinlich wichtiger, dass der allgemeine Liquiditätengpass alle externen Finanzierungsquellen ausgetrocknet hat. Im Gegensatz zur Krisenbewältigung zwischen 2006 und 2008 wurden dieses Mal alle Sektoren der Wirtschaft, einschließlich des Wachstums, der Investitionen, des Außenhandels und der Kapitalströme, hart getroffen. Diese zweite Krise ist jedoch keine ungarische, sondern eine weltweite, und deshalb wird auch über die Sanierungsmaßnahmen größtenteils nicht von der ungarischen (Wirtschafts-)Politik entschieden. Doch kann der gegenwärtige Stand der Wirtschaft Orientierungspunkte bestimmen, in welchen Bereichen und wie tief die globale Krise Ungarn treffen wird. Dazu dient eine Analyse der Krisenanfälligkeit, die im Folgenden auf vier Ebenen durchgeführt wird.

Zeitfaktor: Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern hat Ungarn seit 2006 zwei Krisen erlebt, eine hausgemachte und eine globale. Diese Tatsache hat erhebliche Folgen sowohl für die reformpolitischen Pläne der Regierung wie für die Erwartungen der Bevölkerung. Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány beteuerte noch am Vorabend der globalen Krise, dank der erfolgreichen Haushaltskonsolidierung befinde sich die ungarische Wirtschaft auf einem bescheidenen, aber spürbaren Wachstumspfad; weitere schmerzhaft Korrekturen bei den Staatsausgaben seien nicht erforderlich. Er hatte sich jedem Gedanken widersetzt, weitere Strukturreformen durchzuführen und Sozialausgaben zu kürzen – politisch verständlich nach dem Debakel des Referendums im März 2008, als die Ungarn mit überwältigender Mehrheit gegen die bereits in Kraft getretenen Gebühren im Gesundheits- und Hochschulwesen votierten, sowie angesichts der labilen innenpolitischen Lage, aber unhaltbar angesichts der wirtschaftlichen Zwänge *vor und unabhängig von* der globalen Krise. Die Bevölkerung schien der Reformen überdrüssig geworden zu sein, teilweise infolge einer demagogischen Politik der Opposition, die das negative Referendum als „Wertschätzung“ der Ungarn bewertet hat, wo es sich doch um eine eindeutige „Selbsttäuschung“ handelte.

Dabei hatte ein Großteil der Gesellschaft die „milde Austerität“ der Haushaltssanierung von 2006 relativ gut überstanden, sowohl aufgrund früher akkumulierten Vermögens als auch dank einer jahrzehntelangen „innovativen“ Praxis der Steuerhinterziehung. Die meisten Ungarn glaubten fest daran, dass die Krise vorüber sei. Diese Selbsttäuschung, der sich sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung hingab, wurde vom brutalen Einschlag der globalen Krise in wenigen Tagen im Oktober 2008 zerschlagen. Beide standen nun vor der Herausforderung, ihre Illusionen aufzugeben und eine neue Strategie zu entwickeln, deren Erfolg grundsätzlich von globalen und nicht von einheimischen Entwicklungen bestimmt wurde.

Finanzpolitische Krisenanfälligkeit: Im Oktober 2008 durchlebte die ungarische Wirtschaft dramatische Tage – nur dank eines raschen Unterstützungspakets des IWF, der

Weltbank und der Europäischen Zentralbank in Höhe von 25 Mrd. Dollar hat sie diese überlebt. Die Finanzierung des inzwischen halbierten Haushaltsdefizit wurde eingestellt, ungarische Staatsanleihen konnten nicht mehr auf den internationalen Märkten verkauft werden. Hinzu kam der rasante Abfluss des in Ungarn gehaltenen (und meist auch hier erwirtschafteten) Vermögens ausländischer Banken, die mehr als 80 Prozent des ungarischen Bankenwesens ausmachen. Mehrere ausländische Tochterbanken hatten die Order erhalten, ihr meist in ungarischen Staatsanleihen vorhandenes Vermögen in Euro zu tauschen und an die Mutterbanken zu transferieren – nicht, weil diese Vermögen irgendeinem Risiko in Ungarn ausgesetzt gewesen wären, sondern weil die Mutterbanken ums Überleben rangen.

Wenn die Bevölkerung auch in einheimischer Währung gespart hätte, könnte man die immer noch vorhandene Haushaltslücke durch dieses Geld decken. Dies war jedoch nicht der Fall. Die ungarische Bevölkerung hatte sich in ausländischen Währungen verschuldet, teilweise in dem Bewusstsein, dass die Haushaltskrise bald vorbei sein würde und sich alle früheren Krisen weit milder ausgewirkt hatten als vorausgesagt. Nicht zuletzt gab es Reserven, die immer wieder dem Fiskus entzogen und verborgen blieben. 2007, als die Haushaltssanierung zu einem realen Einkommensverlust von 1,8 % führte, erhöhte sich der ausländische Schuldenstand der Bevölkerung um 30 %. Es bleibt ungewiss, wie viel davon der laxen Kreditpolitik der Banken und wie viel den verborgenen Reserven und den berechtigten oder falschen Erwartungen der Kreditnehmer hinsichtlich der Dauer und Tiefe der hausgemachten Krise zuzuschreiben war. Da aber jede Haushaltsschuld der Deckung durch ausländische Währungen (meist Euro) bedurfte, erhielt Ungarn aufgrund des globalen Liquiditätsengpasses keine Mittel mehr.

Erst jetzt zeigten sich die Folgen einer von Anfang an verfehlten Geldpolitik der Nationalbank, die alle Kreditnehmer (Unternehmer wie Individuen) zur Verschuldung in ausländischen Krediten ermutigt hatte, mit voller Schärfe. Einen Beweis dafür liefert die offizielle Statistik der Nationalbank. Die Auslandsverschuldung betrug Ende 2008 rund

119 Mrd. Euro; die Nettoverschuldung belief sich auf 56 Mrd. Euro. Letztere stellt etwas mehr als die Hälfte des BIP und 75 % des Exportwertes dar; das waren noch weit bessere Werte als zu Beginn der Transformation, als die Verschuldung drei Jahresexporten entsprach. Noch wichtiger ist indes die Struktur der Verschuldung. Im Gegensatz zur schwierigen Lage vor zwei Jahrzehnten, als praktisch die gesamte Außenverschuldung von der Regierung und der Nationalbank verursacht wurde, betrug der Anteil dieser Akteure an der gesamten Nettoverschuldung Ende 2007 nur mehr ein Drittel, Ende 2008 weniger als ein Viertel.¹² Die Schuldensumme verminderte sich in einem Jahr von 16,3 auf 13,5 Mrd. Euro. Dagegen erhöhte sich die Nettoverschuldung der Bevölkerung und der Unternehmen um rund 8 Mrd. Euro. Die Krisenanfälligkeit des Finanzsektors wurde nicht etwa durch eine unverantwortliche Schuldenpolitik des Staates, sondern von einer nicht weniger unverantwortlichen Verschuldung des privaten Sektors (insbesondere der Privathaushalte) verursacht.

Einen anderen Bereich der finanzpolitischen Krisenanfälligkeit stellt die Entwicklung des ungarischen Haushaltes dar. Um einen nachhaltig ausgeglichenen Haushalt zu erzielen und die Maastricht-Kriterien einzuhalten, wird es nicht genügen, nur die Ausgabenstruktur zu ändern. Wenn die Einnahmeseite nicht in Ordnung gebracht wird, sind weder die Strukturreformen der Ausgaben kurzfristig zu finanzieren noch ist eine wirtschaftlich, sozial und nicht zuletzt moralisch gerechtere Umverteilung der Einkommen und Vermögen zu sichern. Internationale Erfahrungen haben gezeigt, dass fundamentale Strukturreformen in der Anfangsphase mehr und nicht etwa weniger Geld erfordern, denn die vorübergehenden Kosten der Umverteilung, die durch Reformen im Gesundheitswesen, in der öffentlichen Verwaltung und im Bildungswesen entstehen, müssen durch zusätzliche Ausgaben aufgefangen werden. Die positiven Wirkungen der Reformen zeigen sich erst mittel- und langfristig. Nach jahrzehntelangem Nichtstun oder bestenfalls „Zögern“ sowie (halbkorrupter) Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen zwischen Politik und Wirtschaft ist es dringend erforder-

lich, das Steuersystem gerechter und transparenter zu gestalten. Hintertüren müssen geschlossen, Abschreibungsmöglichkeiten begrenzt und Kontrollen verschärft werden.

Wirtschaftspolitische Krisenanfälligkeit: Die Debatte um die Offenheit und die Spezialisierung der ungarischen Wirtschaft dauert bereits seit Jahren. Erstens hat sich die ungarische Wirtschaft, wie fast alle anderen, die in der Vergangenheit rasch wuchsen, erfolgreich in die internationale und europäische Arbeitsteilung integriert. Drei Viertel des BIP werden exportiert, ebensoviel wird importiert. Damit erreicht der Öffnungsgrad 150 %, etwas weniger als in Tschechien und der Slowakei, aber auch weniger als in den Niederlanden, Belgien oder Irland. Die gegenwärtige Krise hat nicht nur den Finanzsektor und das Wachstum der entwickelten Länder stark in Mitleidenschaft gezogen, sondern zum ersten Mal seit Jahrzehnten auch den Außenhandel. Es kann nicht verwundern, dass auch die stark außenhandelsabhängige ungarische Wirtschaft unter der Krise leidet. Der Außenhandel, lange Jahre die Stütze des Wachstums, sank um 30 % in den ersten beiden Monaten 2009 (mit ähnlichen Daten für Ausfuhr und Einfuhr). Dieser Rückgang hat nichts mit der ungarischen Wirtschaft, sondern mit der dramatischen Verschlechterung des internationalen Umfelds zu tun.

Kann man deshalb die Öffnung und Offenheit der Wirtschaft und die damit verbundenen Entscheidungen der Politiker für diese Situation verantwortlich machen? Hätte Ungarn eine Alternative gehabt, und wenn ja, mit welchen Folgen? Es gab Länder, die sich aus ideologischen oder anderen Gründen weniger geöffnet hatten und deswegen „geschützter“ vor der Krise erscheinen mögen. Manche sind sogar stolz auf ihr bescheidenes „Ausgeliefertsein“ gegenüber internationalen Entwicklungen“. Ohne die Spielräume von kleinen Nationalstaaten im 21. Jahrhundert diskutieren oder die „Souveränität“ nationaler Volkswirtschaften hier behandeln zu wollen: Man kann feststellen, dass offene Volkswirtschaften – durch den Außenhandel und das internationale Kapital – zuletzt ein erheblich höheres Wachstum und Einkommen sowie einen besseren Lebensstandard in den vergangenen beiden Jahrzehnten erzielen konnten. Es unterliegt keinem Zweifel, dass –

¹² Ungarische Nationalbank, zit. in: Statistisches Zentralamt, A KSH Jelenti (Bericht des SZÁ), 2 (2009).

die Entstehung eines weltweiten Protektionismus ausgeschlossen – diese Beziehungen zwischen Wachstum und Außenhandel sowie Auslandskapital nach der Krise wiederhergestellt werden dürften.

Zweitens ist die strukturelle Krisenanfälligkeit der Wirtschaft hervorzuheben. Ungarn hat sich auf moderne und technologieintensive Sektoren konzentriert. In der Ausfuhr stellen Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel einen Anteil von fast zwei Dritteln dar, im Vergleich zu 55 bis 60 % in Tschechien und der Slowakei, 45 % in Slowenien, 40 % in Polen und weniger als ein Drittel in den baltischen Staaten. Die Krise trifft insbesondere die den Export tragenden Sektoren hart, denn sie erfasst langlebige Konsumgüter wie Autos, elektronische Erzeugnisse, Anlagen der Telekommunikation oder Haushaltsmaschinen überdurchschnittlich stark. 2008 entfiel über die Hälfte des Exportabsatzes der verarbeitenden Industrie auf Transportmittel (27 %) und elektronische, optische und rechen-technische Produkte (26 %). Darüber hinaus spielen elektrische Anlagen und metallverarbeitende Produkte (je 7,4 %), Kunststoffprodukte (5,2 %) und Maschinen (4,5 %) eine wichtigere Rolle als die Ausfuhr von Lebensmitteln (4,3 %).¹³

Hätte Ungarn eine andere Wirtschaftsstruktur entwickeln sollen? Und wenn ja, welche, und mit welchen Unternehmern und Partnern? Ähnlich wie Tschechien und die verspätete, aber erfolgreiche Slowakei hat Ungarn in zwei Jahrzehnten eine industrielle Produktionsstruktur entwickelt, die kein anderes Transformationsland vorweisen kann und von der einige noch immer träumen (Südosteuropa, aber auch das Baltikum, mit der vorsichtigen Ausnahme von Estland). Die Konzentration auf ausländisches Kapital, das neue Strukturen, kaufkräftige Absatzmärkte und nicht zuletzt führende Tech-

¹³ Fast 96 % der elektronischen und optischen Waren, mehr als 90 % der Transportmittel, fast 90 % der elektrischen Anlagen, 78 % der Maschinen und 77 % der Medikamente, die in Ungarn produziert wurden, haben ihren Absatz auf ausländischen Märkten gefunden. Die durchschnittliche Außenorientierung der verarbeitenden Industrie liegt bei 69 %, wobei nur wenige Sektoren einen höheren inländischen als ausländischen Absatzanteil verzeichnen (Lebensmittelindustrie 31 %, Holz- und Druckindustrie 42 %, chemische Industrie 56 %); vgl. ebd.

nologien nach Ungarn brachte (zusammen mit einer Reihe von Forschungs- und Entwicklungszentren, die in den meisten Transformationsländern weiterhin fehlen), war keine Sackgasse, selbst wenn die gegenwärtige Krise eben diese Sektoren überdurchschnittlich trifft.¹⁴ Man kann die wenig diversifizierte Produktions- und Exportstruktur kritisieren, doch haben alle erfolgreichen Wirtschaften zuletzt auf diese Sektoren gesetzt und nicht auf langsam wachsende oder mit zunehmenden Absatzschwierigkeiten kämpfende und technologisch zurückgebliebene Branchen.

Drittens ist die vermögensbedingte Krisenanfälligkeit der ungarischen Wirtschaft in den Mittelpunkt mancher (populistischen) Diskussionen geraten. Die ungarische Wirtschaft weist einerseits hoch moderne und leistungsfähige transnationale Unternehmen auf, andererseits eine Vielzahl von kaum wettbewerbsfähigen und vom internationalen Markt abgekoppelten kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Manche sind global wettbewerbsfähig, während andere sich erfolgreich in das internationale Zulieferernetz der multinationalen Unternehmen integrieren konnten. Wieder andere bieten nur lokale Dienstleistungen an. Darüber hinaus gibt es einen hohen Anteil von überlebenden Alt-„Unternehmen“, die allen Transformations- und Integrationszwängen getrotzt haben, doch in der globalen Krise kaum werden überleben können. Man sollte bedenken, dass die ungarischen KMU nicht dem Erfolgsweg österreichischer, bayerischer oder norditalienischer Firmen folgen können, denn zum einen hatten sie eine allzu kurze Entwicklungszeit, um sich zu einem größeren, wettbewerbsfähigen Unternehmen zu wandeln. Zum zweiten wurde der Entwicklungspfad von Anfang an durch eine allgemeine Handels- und Kapitalliberalisierung begleitet, und verheißungsvoll wachsende Firmen mussten sich sehr bald internationaler Konkurrenz stellen. Zum dritten haben die meisten ungarischen „Un-

¹⁴ Die Produktion der verarbeitenden Industrie sank im Januar/Februar 2009 um 31,4 %, ähnlich zu vielen anderen exportorientierten Ländern Europas (einschließlich Deutschland). Infolge der Exportorientierung reduzierte sich der Auslandsabsatz um 30 %, derjenige der wichtigsten Branchen zwischen 15 bis 40 %. Nur die Lebensmittelindustrie konnte ihren Absatz um 1 % steigern; vgl. ebd.

ternehmer“ keine Mentalität einer langfristigen Firmenentwicklung: Steuerminimierung (oder gar -hinterziehung) ging einher mit persönlicher Verschwendung, anstatt den erwirtschafteten Gewinn vollständig oder zum großen Teil wieder in das Unternehmen zu investieren.

Viertens soll die Wirtschaftspolitik erwähnt werden. Aus Kreisen der Opposition hört man seit langem, dass der Ausweg aus der Krise die (willkürliche bzw. künstliche) Belebung des Wachstums sei. Nur durch höheres Wachstum und entsprechend zunehmende Beschäftigung könne man finanzielle Engpässe begrenzen oder gar beseitigen. Die von der Regierung gewählte Stabilitätspolitik sei eine Sackgasse. Diese mit demagogischen Parolen verkündete „Strategie“ entbehrt jedoch jeder Realität. Abgesehen davon, dass Wachstum nicht immer automatisch mit mehr Beschäftigung einhergeht, befindet sich die ungarische Wirtschaft im Augenblick nicht in einer Lage, in der man Spielräume gestalten und ausnutzen könnte. Jedes zusätzliche Loch im Haushalt, das eine künstliche Belebung sofort mit sich brächte, würde die delikate Abhängigkeit von ausländischem Kapital erneut ins Rampenlicht stellen. Infolge der hohen Auslandsverschuldung, dem Mangel an einheimischen Ersparnissen und der globalen finanziellen Unsicherheiten kann sich die ungarische Wirtschaft jene Versuche nicht leisten, die sich zahlreiche europäische Länder – mit unsicheren Konsequenzen – erlauben. Selbstverständlich kann man Spielräume erweitern, wenn entweder die Haushaltsausgaben noch drastischer zurückgeschraubt werden oder die Bevölkerung bereit wäre, mehr zu sparen und dementsprechend ihren Lebensstandard zu reduzieren. Als weiteren Faktor ist der Zugang zu zusätzlichen externen Ressourcen zu erwähnen, etwa die Beschleunigung der EU-Transfers.¹⁵ Hier sollte jedoch der Effizienz dieser wichtigen Ressourcen (insgesamt 22,6 Mrd. Euro in der Finanzperiode von 2007 bis 2013) eindeutig der Vorrang gegeben werden. In der gegenwärtigen Situation sollten diese Gelder die Wettbewerbsfähigkeit der KMU erhöhen.

¹⁵ Der Beistandskredit darf nur zur finanziellen Stabilität verwendet werden, nicht aber zur Belebung der Wirtschaft.

Die im vergangenen halben Jahr erfahrene Forint-Abwertung (parallel zu den Währungen Tschechiens, Polens und Rumäniens) könnte die Stütze einer exportorientierten Wirtschaftsstrategie bilden. Es ist kaum vorstellbar, dass eine Abwertung von 25 Prozent nicht zusätzliche Absatzchancen in drei Bereichen öffnet: erstens in allen Euro-Mitgliedstaaten gegenüber Anbietern der Eurozone, zweitens auf Drittmärkten, wo man mit Exporteuren der Eurozone konkurriert, und drittens auf dem Binnenmarkt, wo sich die Absatzposition der einheimischen Produzenten gegenüber importierten Waren und Dienstleistungen verbessert. Ob diese währungsbedingten Vorteile nur auf dem Papier stehen oder aber die Wirtschaftskrise im stark exportabhängigen Ungarn dämpfen können, hängt sowohl vom Verhalten und der Vorbereitung der Unternehmen als auch von der Ausarbeitung und Implementierung einer entsprechenden Wirtschaftsstrategie ab.

In den vergangenen fünf Jahren der EU-Mitgliedschaft hat Ungarn seine Wettbewerbsfähigkeit trotz binnenwirtschaftlicher Schwierigkeiten wahren können. Sein Marktanteil auf den EU-Märkten ist gestiegen (wenn auch nicht so dynamisch wie der von Tschechien, Polen oder der Slowakei). Noch wichtiger ist, dass das erste halbe Jahrzehnt der Mitgliedschaft eine zunehmende Orientierung auf Märkte außerhalb der EU mit sich brachte, so dass dieser Anteil von 18 auf 22 Prozent stieg. Dahinter steht die (Wieder-)Entdeckung wichtiger Märkte wie Russland, China und des westlichen Balkans. Während der Anteil der EU-15 am ungarischen Gesamtexport von 74 auf 57 Prozent sank, verdreifachte sich der Anteil der neuen Mitgliedstaaten an der Ausfuhr (von 7,5 auf 21 Prozent zwischen 2003 und 2008). Vielleicht das wichtigste Merkmal der Wettbewerbsfähigkeit besteht darin, dass das (früher traditionelle) Außenhandelsdefizit mit den neuen Mitgliedstaaten (etwa 500 Mio. Euro im Jahr 2003) zu einem Überschuss von 4,5 Mrd. Euro 2008 wurde. Darüber hinaus hat Ungarn – als einer der wenigen neuen Mitgliedstaaten – auch gegenüber den EU-15 einen erheblichen Überschuss (2,8 Mrd. Euro 2008) erwirtschaften können. Die Tatsache, dass in den Krisenjahren das früher auf mehrere Milliarden Euro aufgelaufene

Handelsdefizit im Jahre 2008 vollständig beseitigt und ein Gleichgewicht zwischen Export und Import erzielt werden konnte, bleibt in allen Analysen unbeachtet.¹⁶

Mentale Krisenanfälligkeit: Neben den notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen spielt auch der mentale Zustand der Gesellschaft eine zentrale Rolle bei der Überwindung der Krise und der Gestaltung der Nach-Krise-Periode. Bedauerlicherweise zeugten die vergangenen Jahre von einer zunehmenden mentalen Krisenanfälligkeit der Gesellschaft.

Erstens muss das mangelnde Krisenbewusstsein hervorgehoben werden. Ungarn hat mehrere Krisen durch- und überlebt und sie entweder mit niedrigen Kosten oder innerhalb einer kurzen Periode gemeistert. Auch das Notstandsprogramm vom Oktober 2006 wurde in diese Kategorie eingereiht. Erst als klar wurde, dass sich die Situation infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise fundamental verändern würde, war eine bescheidene Erhöhung des Krisenbewusstseins zu verzeichnen.

Zweitens bewies die Gesellschaft zuletzt einen recht niedrigen Grad von Reformwilligkeit. Alle sprachen zwar über die Notwendigkeit und Unausweichlichkeit von Reformen, doch alle wollten damit bei den gesellschaftlichen Gruppen beginnen, denen sie nicht selbst angehören. Vom Anfang an hat die innenpolitische Rivalität jeder ernsthaften Reformdiskussion den Boden entzogen. Sowohl Politiker der Regierungskoalition als auch die Opposition haben die Meinung vertreten, dass Ungarn keine Reformen brauche, und wenn doch, dann seien sie eine Gräueltat von Abenteurern gegen die gesamte Bevölkerung. Es überrascht nicht, dass alle Reformen schon in der ersten Phase gestoppt, oder, wie im März 2008, infolge eines Referendums zum Scheitern verurteilt wurden. Die globale Krise mit ihrem beispiellosen Reformzwang könnte an dieser Situation etwas ändern.

Drittens leidet ein Großteil der Bevölkerung am Fehlen einer mehr oder weniger klaren Zukunftsvision. Die Enttäuschung über

¹⁶ In den ersten Monaten 2009 wurde ein erheblicher Überschuss erzielt, nicht unabhängig von der vorübergehend asynchronen Wirkung der Krise auf Export und Import.

die versprochenen, erhofften (und auch erreichten) positiven Ergebnisse des Systemwandels und über sofortige, positive Folgen des EU-Beitritts – möglichst ohne eigene, vom Markt anerkannte Leistung – hat sich zuletzt rasch verbreitet, wieder einmal mit Unterstützung demagogischer Politiker. Die Desillusionierung ist umso gefährlicher, weil sie kein Vakuum schafft, sondern Erwartungen hervorruft, die dieses Vakuum mit einer Rückkehr in die „glorreiche“ Vergangenheit verknüpfen wollen. Von der Bühne zweifelhafter Persönlichkeiten bis zu eindeutigen Kriegsverbrechern führt ein direkter Weg zu Nationalismus, Antisemitismus, Xenophobie, Extremismus und Ausländerfeindlichkeit, ganz zu schweigen von der Verurteilung der Marktwirtschaft, der Bankiers, der transnationalen Unternehmen und aller Elemente, die das „arme ungarische Volk ausbeuten“.

Viertens besteht zwei Jahrzehnte nach der politischen Wende noch immer ein klarer Gegensatz zwischen demokratischen Rechten und individueller Verantwortung. Die Wende hat den auf zwei Pfeilern ruhenden und der Gesellschaft Ende der 1940er Jahre mit der kommunistischen Machterlangung aufgezwungenen Kompromiss beseitigt. Dieser bestand aus einem Mangel an demokratischen Rechten der Gesellschaft im Tausch für ausgedehnte staatliche Vormundschaft (von kostenlosen Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen über eine großzügige Wohnungspolitik bis zu subventionierten Preisen). In den „wunderbaren Jahren“ der Wende sind die demokratischen Rechte wiederhergestellt worden. Niemand hat jedoch erwähnt, dass Demokratie mit größerer individueller (bürgerlicher) Verantwortung einhergehen muss, anstatt weiterhin alle persönlichen Probleme oder die Konsequenzen schlechter und unverantwortlicher Entscheidungen automatisch an den Staat weiterzuleiten.

Der Ruf nach dem Staat ist sogar stärker geworden. Mehrere Maßnahmen, die angesichts der Krise in den entwickelten Ländern, nicht zuletzt in manchen EU-Staaten ergriffen oder vorgeschlagen wurden, geben den Populisten Rückhalt und entkräften die Argumente der Experten. Es ist fast aussichtslos, wirksame Argumente zu finden, wenn man von der Verstaatlichung von Banken in den USA und in Westeuropa hört, und Parallelen zieht zu der uneingeschränkten Liberalisie-

rung der Banken in den Transformationsländern (die, nach Meinung der Demagogen, zum Ausgeliefertsein und zur „nicht tolerierbaren“ Verletzbarkeit der letzteren geführt hatten). Auch die Bevorzugung einheimischer Industrien, um Arbeitsplätze zu erhalten, die nicht wettbewerbsfähig sind, auf Kosten wettbewerbsfähiger Standorte in mehreren ostmitteleuropäischen Ländern birgt die Gefahr eines ideologischen Rückschlags. Schließlich muss die Auswirkung der Krise auf Arbeitnehmer erwähnt werden, die aus den neuen Mitgliedstaaten nach Westeuropa gegangen sind und jetzt – mangels Arbeit oder infolge weiterhin bestehender begrenzenden Regelungen – zurückkehren müssen.¹⁷ (In dieser Hinsicht ist Ungarn kaum betroffen, weil es, im Gegensatz zu manchen anderen Ländern, keine massive Migration erfahren hat.)

Ungarn war in den vergangenen Jahren durch einen Mangel an Solidarität geprägt. In Krisenzeiten könnte man hoffen, dass sich das Solidaritätsgefühl der Gesellschaft verstärkt. Doch davon war bisher nur sehr wenig zu spüren – ganz im Gegenteil: Auf der politischen Bühne herrscht eine beispiellose Polarisierung. Manche Politiker verwechseln klein-karierte Machtambitionen mit den grundlegenden Interessen der Wirtschaft und Gesellschaft. Einen Mangel an Solidarität kann man auch auf Seiten der Steuerzahler beobachten, denn jede „innovative“ Aktion, wie man Steuern umgeht, ist ein Ausdruck mangelnden Solidaritätsgefühls. Dasselbe gilt aber auch für die andere Seite, wo 43 Prozent der Bevölkerung am Sozialtropf hängen und keinen Beitrag zur Wirtschaftsleistung erbringen.

Vom Ausgang der Krise, nicht zuletzt von der Höhe und Verteilung der Kosten, hängt es ab, inwieweit in der gegenwärtigen Lage das Solidaritätsgefühl in der Gesellschaft gestärkt werden kann. Es stehen zwei Jahrzehnte der Transformation, die zweifellos erreichte Tiefe und Struktur der Modernisierung und die Demokratie insgesamt auf dem Prüfstand.

¹⁷ Für Einzelheiten vgl. Katinka Barysch, In the name of EU solidarity. Centre for European Reform, London, 65 (2009) April/May.

Krisztián Ungváry

Belastete Orte der Erinnerung

Das 20. Jahrhundert in Osteuropa war ein Zeitalter der Totalitarismen, die sich gegenseitig durch den Verweis auf die Gefährlichkeit des ideologischen Gegners legitimierten. Verwüstungen, Massenmorde und Deportationen wurden immer mit dem Hinweis einer Präventivmaßnahme vollzogen. In dieser Hinsicht bestehen zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen wechselseitige und enge kausale Verbindungen. Auch in Ungarn sind diese vorhanden und werden auf verschiedene, oft fragwürdige Art und Weise von der Politik und der Gesellschaft reflektiert.

Krisztián Ungváry

Dr. phil., geb. 1969;
Historiker, Trombitás u. 13/a,
1026 Budapest/Ungarn.
kungvary@gmail.com

Das „Terrorhaus“

Das Haus an der Andrassy-Straße 60 in Budapest ist geradezu prädestiniert für ein Museum, denn hier hatte bis 1945 die ungarische rechtsradikale Partei der Pfeilkreuzler ihre Parteizentrale, und anschließend diente es als Hauptquartier der kommunistischen politischen Polizei. Die Adresse galt im Gedächtnis der Nation als Synonym für Schrecken. Obwohl ab 1950 nicht mehr von der Staatssicherheit genutzt, wurde „Andrassy 60“ als Inbegriff stalinistischer Polizeimethoden bis in die 1980er Jahre hinein verwendet.

Die demokratische Transformation in Ungarn veränderte den Umgang mit dem Gebäude zunächst nicht. Bis 2001 erinnerte nur eine bescheidene Gedenktafel an seine Geschichte; die Räume wurden zur kommerziellen Nutzung vermietet. 1994 gelangte für eine Legislaturperiode eine Koalition aus Postkommunisten und Liberalen an die Regierung. Für die Mehrheit dieser Regierungskoalition war die öffentliche Erinnerung an die kommunistischen Verbrechen unangenehm, da diese nicht in ihr reformkommunistisches Weltbild passte. Viele noch aktive Politiker

tragen Verantwortung für die Verbrechen der Diktatur. Da die Beschwörung einer antifaschistischen Staatstradition nach 40 Jahren ungläubig geworden war, konnte die Errichtung einer solchen Gedenkstätte auch nicht als politischer Gewinn verbucht werden. Schweigen stellte in dieser Phase die einzig mehrheitsfähige Konzeption für die Deutung der Geschichte dar.

Mehr als zehn Jahre mussten nach der politischen Wende vergehen, bevor eine museale Darstellung des stalinistischen Totalitarismus verwirklicht werden konnte. Die aus dem liberalen Lager kommende, jedoch nach 1994 konservativ ausgerichtete Partei von Viktor Orbán stellte von 1998 bis 2002 die Regierung. Sie versuchte, die öffentliche Erinnerungskultur in Ungarn radikal zu verändern. Ein Zeichen dafür war im Jahre 2000 die Einführung eines Gedenktages für die Opfer der kommunistischen Verbrechen und die Einführung eines Holocaust-Gedenktages als Beitrag zur transnationalen Erinnerungspolitik.

Im Zeichen des ersten Gedenktages wurde im Jahr 2002 das imposanteste Museum der vergangenen 15 Jahre eröffnet, das „Terrorhaus“. Die Kosten beliefen sich auf über 160 Millionen Euro, die Bauzeit betrug mehr als drei Jahre. Das Haus lehnte sich stark an ähnliche Einrichtungen in Osteuropa und in den USA an (die Museen in Vilnius, Tallinn und Riga, ferner das Holocaust-Memorial Museum in Washington und das Jüdische Museum in Berlin). Nach der Eigendefinition ist das „Terrorhaus“ ein Mahnmal, „eine Statue im Form eines Hauses“. In der Tat operiert die Gedenkstätte überwiegend mit audiovisuellen Mitteln: Die einzelnen Räume vermitteln Geschichte auf höchst emotionale Weise und stehen damit im Gegensatz zu herkömmlichen Ausstellungsmethoden der reinen Information. Das Objekt ist seit 2002 in der kollektiven Erinnerung zum Wallfahrtsort des Gedenkens an die Opfer des Terrors geworden.

Auf *emotional history* trifft man bereits im Vorraum. Auf einem Bildschirm sieht man in einer Endlosschleife drei gequälte alte Menschen, die unter Tränen sagen, dass „es möglich ist zu verzeihen, jedoch nicht möglich, zu vergessen“. Wer, wo, wem, warum, erfährt man an dieser Stelle nicht, und zu diesem konkreten Fall auch nichts im Folgenden. Am Eingang stehen zwei gleich große schwarze und rote Mar-

mortafeln mit einer Widmung für die Opfer der Kommunisten bzw. der Pfeilkreuzler. Man hört dazu düstere Musik. Jeder Hinweis auf Dauer, Opferzahlen oder Unterdrückungsmethoden fehlt. Damit wird die Darstellung zur Karikatur der Totalitarismustheorie, die gerade Zusammenhänge zu erklären versucht, ohne Terrormaßnahmen gleichzusetzen. Im Innenhof des Museums stehen sich auf einer Fotoinstallation eine „Wand der Täter“ und eine „Wand der Opfer“ gegenüber, jedoch ohne Erläuterung, um welche Täter und welche Opfer es sich handelt. Auf drei Etagen erstreckt sich die eigentliche Ausstellung, die in großzügig ausgestatteten Räumen ausgewählte Aspekte beider Diktaturen behandeln.

Politiker der Sozialisten und der Liberalen kritisierten von Anfang an die Idee einer Dokumentationsstätte in diesem Haus und nahmen an den Eröffnungsfeierlichkeiten nicht teil. Außenminister László Kovács forderte im Jahre 2002, anstatt eines „Terrorhauses“ solle man ein „Haus der Erinnerung und Versöhnung“ an anderem Ort errichten. Hier sind einige grundsätzliche Überlegungen angebracht: Versöhnung setzt angemessene Kenntnisnahme und Anerkennung der Schuld voraus. Doch das ist seitens der Täter praktisch nie erfolgt, viel eher herrschen ihrerseits Verharmlosung und Verleugnung vor, wobei eine Gleichsetzung und Aufrechnung der Regime erfolgt. Weite Teile der ungarischen Gesellschaft übernehmen diese Interpretation gerne, da sie sich damit auch entlasten können. Für diese eigentümliche Sichtweise ist die Parlamentspräsidentin Katalin Szili ein gutes Beispiel. Sie sagte bei einer Pressekonferenz, dass die „Sozialisten um Entschuldigung bitten, unabhängig davon, ob die Verbrechen von uns begangen worden sind oder nicht. Wir bitten die ungarische Nation, die Verbrechen der Vergangenheit zu verzeihen, sowie auch wir denjenigen verzeihen, die gegen uns gesündigt haben.“¹

Die Debatten² um das „Terrorhaus“ wurden weiter emotionalisiert durch die Tatsache, dass die Aussteller auf der „Wand der

¹ Zit. nach: Mária Schmidt, *A terror háza múzeum első éve* [Das erste Jahr des Terrorhausmuseums], in: *Magyarország politikai évkönyve*, (2003) 1, S. 330, S. 338. Anschließend forderte Szili einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit.

² Vgl. für eine Zusammenfassung dieser Debatten M. Schmidt (ebd.) sowie Krisztián Ungváry, *A pártmű-*

Täter“ auch Verwandte zweier liberaler Politiker¹³ abbildeten, jedoch ähnlich umstrittene Verwandte des Museumskuratoriums ausparten.¹⁴ Es blieb unklar, welche Kriterien die Auswahl der dargestellten Personen leiteten.¹⁵

Die neue sozialistisch-liberale Regierung beschloss daher, das Museum zu verändern. Alle Versuche schlugen jedoch fehl, weil das Haus politischen Symbolcharakter besaß und ihre Kritiker pauschal als Feinde der Erinnerung, gar als Sympathisanten der Täter verunglimpft wurden. In einer gereizten politischen Atmosphäre wurden Argumente nicht gehört und sachliche Einwände als politische Angriffe gewertet. Die rechte Opposition sah in diesen Versuchen eine direkte Einmischung der Täter, die ihre Spuren verwischen wollen. Dagegen anzutreten war für die postkommunistische Regierung hoffnungslos. Hier erwies sich die Machtlosigkeit einer Geschichtspolitik, die keine anderen Narrative an die Stelle der gültigen setzen konnte.

Die Rede Viktor Orbáns am 23. Februar 2003 zeigte, dass das „Terrorhaus“ weit mehr bedeutete als ein bloßes Museum: „Die Konfrontation mit der Vergangenheit ist die Geschichte des andauernden Scheiterns: ungenügende Wiedergutmachung, zurückgewiesene Anklagen wegen Massenerschießungen, verhöhlte Lustrationsversuche. Der einzig wahre Versuch, uns mit der Geschichte zu konfrontieren, besteht in diesem Haus. Vor einem Jahr dachten wir, dieses Haus, die Andrassy-Straße 60 ist ein lebendiges Leiden. Heute fühlen wir immer stärker und immer

mehr, dass es auch ein lebendiges Gewissen darstellt.“¹⁶

Der Weg zum Holocaust und die Deportation der ungarischen Juden werden im Museum nur am Rande behandelt, mit der Begründung, dass für dieses Thema ein separates Holocaust-Museum errichtet worden sei; darüber herrschte Konsens zwischen allen Parteien. Dieses Museum befindet sich aber nicht an einem zentralen Platz, sondern in einem Außenbezirk in einer renovierten Synagoge und ist seit 2004 öffentlich zugänglich. Die Botschaft der Trennung des Themas erwies sich aus Sicht des nationalen Gedenkens jedoch als fatal: Mit der Zuordnung zu einem jüdischen, religiös-sakralen Objekt wurde der Holocaust als Thema derjenigen, die sich für die jüdische Religion oder das jüdische Volk interessieren, eingeordnet. Diese Sichtweise ist in Ungarn sowohl aus Sicht der Opfer als auch aus Sicht der Täter falsch: Die Opfer waren in ihrer Mehrheit (im Gegensatz zu allen anderen Juden Osteuropas) assimiliert und zu einem relativ hohen Prozentsatz auch getauft. Ihre Mörder machten sie wieder zu Juden, und die Ausstellungsmacher übernahmen unkritisch diese Zuweisung. Auch aus Sicht der Täter und derjenigen, die Bereitschaft zur Vergangenheitsbewältigung zeigen, ist die Botschaft, die von der Synagoge ausgeht, falsch, weil dieser Ort die Konfrontation mit der Verantwortung der Gesellschaft auf ein einziges Symbol reduziert, obwohl in Ungarn weite Kreise materiell von Antisemitismus, Raub und Deportationen profitiert hatten.¹⁷

In dem Raum des „Terrorhauses“, in dem die politische Transformation mittels des

zeum, in: Magyarország politikai évkönyve, (2003) 1, S. 340–357.

¹³ Der Vater Iván Petős diente bei der Grenzwaiche als Major, der Vater von Tamás Bauer war Gründungsmitglied der kommunistischen Polizei. Bauer wurde im Parlament darauf angesprochen, wo er die Verstrickungen seines Vaters im Abrede stellte, obwohl darüber zahlreiche Dokumente existieren.

¹⁴ Der Vater eines Kuratoriumsmitglieds wurde als Komissar für die Neugestaltung der hungaristischen Kunst nach der Pfeilkreuzler-Machtübernahme ernannt, ein anderer Verwandter war als Oberst der Gendarmerie mitverantwortlich für die Deportation der ungarischen Juden, eine dritte Person war aktives Mitglied der sog. Brachialtruppe nach 1956.

¹⁵ Es sind sowohl Regierungsmitglieder als auch einfache Angehörige der Staatspolizei im Unteroffiziersrang ausgestellt worden, ohne jegliche Angaben über die Art ihrer Verstrickung.

¹⁶ M. Schmidt (Anm. 1), S. 335. Nach der politischen Wende sind mehrere Prozesse wegen Kriegsverbrechen gegen Personen eingeleitet worden, die während oder nach der Revolution 1956 an Massenerschießungen teilnahmen. Obwohl die Sachlage relativ eindeutig war und viele Täter vor Gericht gestellt wurden, kam es in keinem Fall zu vollzogenen Gefängnisstrafen. 1994 wurde im ungarischen Parlament ein Gesetz über die Lustration erlassen, das jedoch in seiner Formulierung einer Verhöhnung der Opfer gleichkam, weil es nur einen Bruchteil der von der Staatsicherheit Begünstigten sanktionierte, und dies auch nur dann, wenn der Betroffene in besonders wichtigen Positionen gearbeitet hatte.

¹⁷ Vgl. dazu Krisztián Ungváry, Der Getriebene und der Treiber. Das Verhältnis zwischen ungarischer Politik und deutschen Deportationsplänen, in: Brigitte Mihok (Hrsg.), Ungarn und der Holocaust, Berlin 2005, S. 41–54.

„Wechsels der Uniform“ visualisiert wird, versagt die symbolische Darstellung am deutlichsten. Im nationalen Gedächtnis ist die Wandlung der „kleinen“ Pfeilkreuzler zu „kleinen“ Kommunisten ein festes, und historisch gesehen auch fundiertes Bild, womit auch der Erfolg der KP und ihre massenhafte Mitgliederzahl erklärt wird. Das Museum versucht, dieses Phänomen im Zeichen der Totalitarismustheorie zu deuten: Auf einem sich drehenden Podium sind zwei mit dem Rücken zum Betrachter aufgestellte Figuren zu sehen, die die Uniform der Pfeilkreuzler und der kommunistischen politischen Polizei tragen. Um die Kontinuität zu zeigen, hört man das Schließen von Kleiderschränken, auf einem Bildschirm werden sich umziehende Schatten gezeigt.

Das Konzept der Aussteller, Kontinuität anhand der Mitglieder der politischen Polizei zeigen zu wollen, legt den Verdacht nahe, dass man vor der Thematisierung der nationalen Verantwortung ausweichen wollte. Über die Mitglieder der politischen Polizei der KP ist allein ein Satz zu lesen: „eine Organisation aus linksradikalen Elementen, Kriminellen und ehemaligen Pfeilkreuzler-Henkersknechten“. In der Realität gab es in der Führung der politischen Polizei, also unter den Personen, deren Bilder die Porträtsammlung zeigt, keinen einzigen „Pfeilkreuzler-Henkersknecht“ und auch keinen gewöhnlichen Kriminellen. Viele Mitglieder waren tatsächlich überzeugte Kommunisten, also „linksradikale Elemente“. Bei den Allermeisten könnte aber auch Rache als Motivation zum Eintritt in die Polizei eine Rolle gespielt haben, denn die ersten Mitglieder der politischen Polizei waren überwiegend Juden, die unter der Diktatur als Verfolgte gelitten hatten, nur wenige kamen aus der Emigration. Diese Tatsachen verschweigt die Ausstellung. Die Gründe dafür sind klar: Die Ausstellung will über die Kommunisten nur kompromittierendes Material darstellen. Antifaschismus hat deshalb kaum Platz. Doch hätte eine differenzierte Darstellung selbst dem antikommunistischen Ausstellungskonzept gutgetan; so hätte man erwähnen können, dass die politische Polizei auch gegen Juden, insbesondere gegen „Zionisten“, brutal auftrat. Unter den ersten Opfern der Kommunisten befanden sich zudem die jüdischen Mitglieder der kommunistischen, jedoch nicht moskautreuen Weishaus- und Demény-Fraktionen.

Im nächsten Raum, der sich mit dem antikommunistischen Widerstand befasst, steht folgender Text zu lesen: „Mehrere Zehntausende meldeten sich zur Organisation eines bewaffneten Widerstands (. . .). Die Namen von vielen sind unbekannt. Von anderen erzählt man immer noch kommunistische Lügen. Obwohl sie richtige Helden sind.“ Es ist schwer, diese Sätze anders auszulegen, als mit der Interpretation, dass hier einseitig alle antikommunistischen Bewegungen, auch die rechtsradikalen und rassistischen, als heldenhaft beschrieben und verherrlicht werden sollen. Die Motive des Antikommunismus werden nicht hinterfragt und die Bewegungen nicht genügend differenziert.

Der letzte Satz des Ausstellungskatalogs weist auf völlige Begriffsverwirrung hin: „Das ehemalige Haus der Terrors zeigt uns, dass die Opfer für die Freiheit nicht unnötig waren. Im Kampf gegen die beiden tödlichen politischen Systeme siegten schließlich die Freiheit und Unabhängigkeit.“ Dieser Satz ist typisch, aber er ist falsch. Die Leiden derjenigen, die an der Donau erschossen, im kommunistischen KZ Recsk getötet oder zum Krüppel gemacht wurden, können nur dann als Opfer der Freiheit bezeichnet werden, wenn sie eine Wahl gehabt hätten. Sie mussten jedoch nicht deshalb leiden, weil sie für „Freiheit und Unabhängigkeit“ gekämpft hatten, sondern weil sie als „Juden“ oder als „Bourgeois“ geboren wurden. Hätte das Museum zielbewusst die Konzeption des Totalitarismus vertreten, wäre es zu solchen Fehlgriffen nicht gekommen. So aber entstand eine politisch gut nutzbare Ausstellung, an deren Ende das „Gute“, welches identisch mit der eigenen Nation ist, das „Böse“, also die „Fremden“ besiegt. Diese Sichtweise entstammt einer Version nationaler Identität, welche die Opfer in das Zentrum rückt.

Der Zentralfriedhof

Die Opfer aller wichtigen politischen Prozesse zwischen 1945 und 1962 sind auf dem Zentralfriedhof von Budapest in zwei verschiedenen Parzellen bestattet worden. In Parzelle 298 kamen diejenigen, die bis 1956 von den so genannten Volksgerichten wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hingerichtet worden sind, aber auch solche, die Opfer von Schauprozessen wurden.

Die Urteile der Volksgerichte und die Prozessführung waren von Anfang an umstritten: Da die politische Polizei oft Foltermethoden einsetzte und die Rechtsprechung politischen Erwartungen folgte, sind selbst die Urteile gegen tatsächliche Verbrecher problematisch. Pfeilkreuzler, Kriegsverbrecher, Demokraten, Sozialisten ruhen hier gemeinsam. In der benachbarten Parzelle 301 sind sowohl Opfer von Schauprozessen vor 1956 als auch nach 1956 hingerichtete Revolutionäre bestattet worden. Auch einige Kriminelle fanden hier Platz.

Bis 1989 waren beide Parzellen verwahrlost, die Identifizierung der Bestatteten war unmöglich. Diejenigen, die hier trauern wollten, wurden umgehend von der Geheimpolizei von dem Gelände entfernt. Die erste größere Demonstration für die Rehabilitierung von Imre Nagy und seinen Kameraden fand am 30. Jahrestag ihrer Hinrichtung, am 16. Juni 1988, statt. Die Aktion war das erste sichtbare Zeichen für die Stärke der Opposition, es wurden sowohl im Stadtzentrum als auch auf dem Zentralfriedhof Versammlungen abgehalten. Die Demonstrationen wurden von der Polizei zerschlagen, auf dem Zentralfriedhof jedoch nicht mehr gestört.

Die Frage nach der Rehabilitierung von Nagy und seinen Gefährten bekam während der Jahre 1988/89 eine Schlüsselfunktion. Die Person von Nagy wurde zum Kristallisationspunkt der kollektiven Erinnerung und Identität. Obwohl der Kommunist Nagy die Revolution zunächst nur zögerlich begleitet hatte und erst am 4. November 1956, also am letzten Tag, die totale Konfrontation mit der Sowjetunion auf sich nahm, wurde er durch den Schauprozess zur Symbolfigur für die Idee der Revolution sowie für Freiheit und Unabhängigkeit. Seine Person stand auch für die Negation des Kádár-Systems.

Anlässlich der Wiederbestattungsfeierlichkeiten am 16. Juni 1989 zogen Hunderttausende in die Stadt auf den Heldenplatz, wo die Särge der Hingerichteten zur öffentlichen Ehrung aufgereiht standen; weitere Hunderttausende gingen am Nachmittag zur Wiederbestattung auf den Zentralfriedhof. Das sozialistische System erlebte mit diesem feierlichen Akt seine eigene, symbolische Bestattung. János Kádár, der Verantwortliche für die Hinrichtung Nagys, starb am 6. Juli 1989 in geistiger Umnachtung, während das Oberste Gericht die vollständige Rehabilitierung der Nagy-Regierung verkün-

dete. In wenigen Wochen verlor die kommunistische Partei Ungarns (USAP) mehrere hunderttausend Mitglieder. Die Lenkung der politischen Transformation entglitt der Staatspartei. Nach der politischen Wende wurde dieser Teil des Zentralfriedhofs zur Gedenkstätte erklärt. 1992 ist in der benachbarten Parzelle 300 die von György Jovánovics entworfene, zentrale Gedenkstätte für die Opfer von 1956 eingeweiht worden.

Das Gelände erwies sich bald als geeignetes Schlachtfeld der geschichtspolitischen Interpretationen. Die alternative Gruppe „Inconnu“ setzte noch 1989 in der Parzelle 298 etliche *kopjafa* (Holzbalken im Stil des vorchristlichen Bestattungsbrauchs der Magyaren) als Stilmittel des Gedenkens und der Betonung der Nationalität ein. Als Reaktion auf die Modernität der drei Jahre später eingeweihten Gedenkstätte entstand anschließend ein stilisierter Eingang eines magyarischen Bauerngehöfts mit der Inschrift: „Wanderer, der Du hier ankommst, kannst über dieses Tor nur mit ungarischer Seele eintreten.“ Dahinter stehen drei Marmortafeln mit den Namen der hier Bestatteten: „Sie fanden den Märtyrertod für das Vaterland.“

Bei diesen Sätzen lohnt es sich, die dahinter stehende geschichtspolitische Absicht zu entschlüsseln. Die Bestatteten werden als Opfer einer speziellen, gegen Magyaren gerichteten Verfolgung definiert. Nach dieser Auffassung ist „das Gute“ identisch mit „magyarisch“, die Täter dagegen waren in dieser Logik zwangsläufig keine Magyaren. Dass auch die Täter (Richter, Polizisten, Offiziere, Politiker) sich als Magyaren definierten, störte das Konzept nicht, denn offensichtlich nutzten sie ein anderes Kriterium als das eigene Bekenntnis zur Nation.

Dieser Gedankengang ist in der ungarischen Politik nicht ohne Tradition. Die ungenügende Assimilation bzw. „nichtmagyarische“ Abstammung wurde spätestens seit der Räterepublik 1919 zu einem der meistverwendeten politischen Vorwürfe. Die ethnizistische Logik der Zeit war so stark, dass sogar Antifaschisten betroffen waren: Sie verwendeten dieselben Vorwürfe⁸ gegenüber der un-

⁸ Z.B.: „ungenügend verwurzelt“, „nach Alleinherrschaft strebend“, „im Dienste fremder Interessen stehend“, „geschäftsgierig“, „fremd“, „antimagyarisch“.

garndeutschen Bevölkerung wie die Antisemitismen gegen die Juden und argumentierten, man müsse in den Deutschen die größere ethnische Gefahr sehen. In Weiterführung dieser Linie wurden nach 1945 Stimmen laut, die für die Unschuld des Magyarentums eintraten und alle Schuldvorwürfe gegen Ungarn wegen seiner Rolle im Krieg in die Schuhe der als „fünfte Kolonne Hitlers“ apostrophierten ungarndeutschen Bevölkerung schoben. Viele Menschen wurden vor Gericht gestellt, 189 Todesurteile vollstreckt. Die letzten Kriegsverbrecherprozesse der Kádár-Zeit sind Mitte der 1970er Jahre geführt worden. Die Strafe traf nicht nur die Täter, sondern auch ihre Familien und besonders die Kinder, die auch noch in den 1970er Jahren nicht studieren durften. Insgesamt sind wegen angeblicher oder tatsächlicher NS- oder Kriegsverbrechen und wegen anderer politischer Delikte über 600 000 Personen bestraft worden, ca. sechs Prozent der Gesamtbevölkerung.

Stellvertretend für alle diese Opfer steht der Zentralfriedhof, denn bis 2006 existierte in der Hauptstadt keine zentrale Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus und auch keine Gedenkstätte für den Aufstand von 1956.¹⁹ Das „Terrorhaus“ schließt diese Lücke nicht, denn es steht nach eigener Definition als Mahnung für beide Diktaturen. Durch die sehr dichte Symbolik des Zentralfriedhofs, die Vorgeschichte und die kollektive Erinnerung des Jahres 1989, als Hunderttausende das Gelände aufsuchten, verfügen die Parzellen im Zentralfriedhof über die Ausstrahlungs- und Kristallisationswirkung eines echten „Erinnerungsortes“, die keine andere Gedenkstätte in Ungarn erreichen kann. Daraus ergibt sich, dass die Parzellen auch dann zu einem Ort der kollektiven Erinnerung geworden wären, wenn hier keine nationale Gedenkstätte errichtet worden wäre.

Im Jahre 1994 legte der sozialistische Ministerpräsident Gyula Horn gemeinsam mit der Tochter von Imre Nagy einen Kranz in der Gedenkstätte nieder. Er und andere so-

¹⁹ Seit 2006 gibt es zwei Gedenkstätten für die ungarische Revolution von 1956, die moderne Version der sozialistischen Regierung in Pest auf dem Heldenplatz und eine, mit Regierungsgeldern erbaut, jedoch die Wünsche der Opferverbände weitgehend berücksichtigende, sehr traditionell erarbeitete in Buda. Keine der beiden hat eine ähnliche Funktion erlangen können wie der Zentralfriedhof.

zialistische Politiker versuchten, die Ereignisse als „tragischen Bürgerkrieg“ umzudeuten – diese Version war zwar neu, wissenschaftlich jedoch völlig aus der Luft gegriffen, denn außer einigen Tausend Stasi- und Parteikadern stand während der Revolution niemand auf der Seite der Stalinisten. Darauf antwortete die Opposition, dass sie nicht bereit sei, sich „historische Lügen“ zu identitätsstiftenden Feierlichkeiten anzuhören. Seitdem gedenken Opposition und Regierung getrennt der Revolution von 1956. Die nationale Gedenkstätte Zentralfriedhof war seit 2002 schon häufig Schauplatz politischer Protestaktionen. Opferverbände, Rechtsradikale und Antikommunisten demonstrierten gemeinsam wiederholt gegen die Regierung, während die sozialistischen Regierungsmitglieder (und ihre Koalitionspartner) die Opfer von 1956 ehren wollten.

Die Tatsache, dass in Parzelle 298 sowohl unschuldige Opfer als auch Schwerverbrecher ruhen und dass selbst Massenmörder nicht für ihre Taten, sondern für erfundene Delikte hingerichtet worden sind, wurde mehr als 15 Jahre lang nicht thematisiert. Bis heute werden alle Staatsgäste am 23. Oktober zu Parzelle 301 geführt, und nichtsahnend legen sie auch an Parzelle 298 einen Kranz nieder. Erst 2006 wurden Stimmen laut, dass die unterschiedslose Ehrung an der Gedenkstätte nicht korrekt sei, was jedoch keine weiteren Folgen hatte.

Im Jahre 2007 wurde in der Presse darauf aufmerksam gemacht, dass eine kleine Gruppe von Rechtsextremisten am Hinrichtungstag des „Nationsführers“ am Grabstein, unter dem sie Ferenc Szálasi vermuten, in Parzelle 298 eine Gedenkfeier plane. Obwohl es nicht nachgewiesen werden konnte, dass Szálasi überhaupt an dieser Stelle, etwa unter Pseudonym, bestattet wurde, kam es zum Skandal. Die 1999 eingerichtete Regierungskommission „für nationale Gedenkstätten und Pietätsangelegenheiten“ ließ die Inschriften beider Parzellen untersuchen und gab Empfehlungen zur Neugestaltung. Nach der Untersuchung waren 30 bis 40 Prozent der in den Parzellen bestatteten Opfer tatsächlich Kriegsverbrecher oder sonstige Kriminelle. Die Kommission ließ im Mai 2007 die drei Marmortafeln entfernen und empfahl, dass die zukünftige zentrale Betafelung keine Namen von Opfern mehr enthalten solle (diese sind auf den Grabstätten vermerkt).

Die Situation auf dem Zentralfriedhof wird dadurch erschwert, dass eine Opfergruppe fehlt: Kommunisten, die von ihren Genossen ermordet worden sind. Sie wurden noch 1956 exhumiert und knapp drei Wochen vor der Revolution 1989 feierlich in der Parzelle für die Märtyrer der Arbeiterbewegung wieder bestattet.¹⁰ So hält sich besonders die rechtsnationale Seite auffällig zurück, Kritik an den Parzellen 298 und 301 zu üben. Die Möglichkeit, die Komplexität der Geschehnisse mit neuen Texten darzustellen, ist offensichtlich für die politischen Entscheidungsträger bis heute eine Herausforderung.

Nationale Symbole: Árpád-Fahne und Turul-Vogel

Die Probleme der Erinnerungskultur werden anhand zweier in Ungarn häufig verwendeter Symbole besonders deutlich. Beide haben mehrere Deutungsebenen, die beim Gebrauch jedoch kaum berücksichtigt werden.

Die Árpád-Fahne mit ihren rot-weißen Streifen ist eine uralte Kriegerfahne des Árpád-Geschlechts, die bis ins 13. Jahrhundert im Gebrauch war. Sie steht heute auch im Parlament unter den zwölf historischen Fahnen Ungarns. Die Partei der Pfeilkreuzler wählte nach 1933 diese Fahne, weil man in ihr die „echten Wurzeln des wahren Magyarentums“ gegen den dekadenten kapitalistischen Westen erblickte – alle späteren ungarischen Herrscher und ihre Fahnen kamen nämlich aus Westeuropa, nur das Geschlecht der Árpáden galt als „urmagyarisch“. Die Árpád-Streifen wurden jedoch nach 1944 auch zum Symbol für die Massenmorde der Pfeilkreuzler, weil deren Parteimiliz Armbinden mit Árpád-Streifen trug.

Seit 2002 kommt die Fahne immer mehr in Gebrauch. Die Träger gehören ausschließlich dem rechten bzw. ultrarechten Lager an. Sie berufen sich darauf, dass die Fahne nur ein halbes Jahr lang von den Pfeilkreuzlern „missbraucht“ worden sei, deshalb sei es

¹⁰ Die Trauerzeremonie für den 1949 erhängten László Rajk und seine Mitangeklagten fand am 6. Oktober 1989 statt. Sie wurde zur Massendemonstration und zum Vorläufer der Revolution. Andere kommunistische Opfer aus Schauprozessen sind auch in den folgenden Jahren noch stillschweigend exhumiert und in neuen Parzellen bestattet worden.

Hysterie, wenn die Fahne ausschließlich mit dieser Epoche in Verbindung gebracht werde. Allerdings reflektieren sie die Tatsache nicht, dass die meisten Veranstaltungen, bei denen die Fahne erblickt wird, EU-feindliche, nationalistische, rassistische und antisemitische Züge tragen und damit von der Botschaft der Pfeilkreuzler nicht mehr weit entfernt sind.

Über die Nutzung der Árpád-Fahne findet keine Diskussion zwischen den politischen Strömungen statt. Die Sozialisten und die Liberalen lehnen die Fahne natürlich ab. Die konservative Partei Fidesz versucht einerseits die Fahne von eigenen Veranstaltungen fernzuhalten, unterlässt jedoch in auffälliger Weise jede Kritik an der Nutzung der Fahne, weil sie ihrer rechten Wählerklientel kritische Fragen ersparen will. Mit der stillschweigenden Duldung der Fahne werden jedoch auch solche Ideen in der ungarischen Politik hoffähig, die mit der demokratischen Ordnung nicht kompatibel sind. Um dieses Problem zu lösen, wird versucht, der Fahne eine doppelte Bedeutung zu geben bzw. sich nur an bestimmte Teile der Symbolik zu erinnern.

Ein ähnlicher Prozess ist auch bezüglich des Turul-Vogels festzustellen. Der heilige Vogel der ungarischen Genealogie wurde mit dem erwachenden ungarischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts ins Leben gerufen und verkörperte die militärischen Tugenden der Nation. Dementsprechend wurde er während des Ersten Weltkriegs und danach als Krönung der Heldenfriedhöfe und als Militärsymbol genutzt. Das Stadtbild in Budapest ist von vielen Gedenkstätten mit dem Zeichen des Turul-Vogels geprägt, und auch auf dem Lande findet man verschiedene Turul-Installationen, die teils vor, teils nach dem Ersten Weltkrieg entstanden sind. Allerdings kam nach 1933 eine neue Nutzung dazu, weil mehrere nationalsozialistische Parteien, darunter auch die Pfeilkreuzler, den Vogel zum Symbol erwählten. Auch ein Verband benannte sich nach 1920 nach dem Turul-Vogel: Der Turul-Verband war eine Organisation der durch antisemitische Schlägereien berüchtigten „christlichen“ Universitätsstudenten.

Im Jahr 2005 ist im Budapester XII. Bezirk eine neue Turul-Gedenkstätte für die im Zweiten Weltkrieg verstorbenen Bürger des Bezirks (ca. 400 Personen, davon um die 80 Prozent Ziviltote) eingeweiht worden. Die

Gedenkstätte wurde zum Brennpunkt politischer Kundgebungen: Die Befürworter argumentierten, dass es seit 1945 nicht möglich gewesen sei, an die Gefallenen öffentlich zu erinnern und sie zu ehren. Diese Argumentation übersah jedoch, dass der Turul-Vogel dafür ein fragwürdiges Symbol ist. Wenn es um die zivilen Opfer geht, dann stimmt die Botschaft nicht, denn diese fielen nicht für Volk und Vaterland, sondern wurden unschuldige Kriegsoffer. Falls die Installation für die militärischen Opfer stehen sollte, dann stellt sich die Frage, inwieweit der Kampf an der Seite der deutschen Wehrmacht und der ungarischen Nazis als „Verteidigung des Vaterlandes“ interpretiert werden kann. Die Situation wird dadurch weiter verkompliziert, dass die meisten Kriegsoffer des Bezirks wegen ihrer jüdischen Abstammung von ungarischen Nazis im Januar 1945 ermordet wurden – von Personen also, die den Turul-Vogel als Symbol gerne genutzt haben. Der sinnlose Tod der Zivilopfer und der politisch Verfolgten wird dadurch geradezu verhöhnt.

Zusammenfassung

Der Turul-Vogel ist wie die Árpád-Fahne und das „Terrorhaus“ ein Symbol für einander ausschließende Erinnerungen. Diese Symbole dienen als Kulissen für die selektive Wahrnehmung der nationalen Geschichte. Die Erinnerungskultur in Ungarn ringt seit der Transformation von 1989 um eine mehrheitsfähige, gültige Geschichtsinterpretation und kreist im Wesentlichen um die Aufrechnung der Verbrechen der ungarischen Nazis mit denen der Kommunisten. Dabei spielt die Verherrlichung und Entlastung der eigenen Nation eine wichtige Rolle.

Solange die politischen Parteien nicht bereit sind, die nationale Geschichtsschreibung kritisch zu hinterfragen, dienen die nationalen Gedenkstätten lediglich als Wallfahrtsorte der jeweils eigenen Anhängerschaft. Somit verkörpern Gedenkstätten und Symbole gerade die verkehrte, trennende Funktion in der nationalen Erinnerung, anstatt zu Objekten einer kollektiven Erinnerung zu werden.

Melani Barlai · Florian Hartleb

Die Roma in Ungarn

Der populäre ungarische Schriftsteller Sándor Márai schrieb im Jahr 1938: „Zigeuner. Ist es wirklich so übel, am Rande der Landstraße zu leben, in armseligen Katen, (...) außerhalb jeder gesellschaftlichen Verpflichtung und verkrochen in der zwielichtigen, dumpfen Lehmhütte (...) – ein bisschen auch Geige fiedelnd, hühnerklaubend, (...) in Rauch und Lehm und sich dabei an Indien erinnernd (...)“¹ Um die hier klischeehaft beschriebene Situation der Roma² in Ungarn soll es im Folgenden gehen.

Auf Nationalitätenkarten des 19. und 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet des heutigen Ungarns und der Slowakei³ fehlen die Roma. Erst Ende der 1990er Jahre verwendete ein ungarischer Geograph gelbe Punktsignaturen, die auf diese Bevölkerungsgruppe verweisen.⁴ Im heutigen Ungarn bilden die Roma die größte ethnische Minderheit mit einer Bevölkerungszahl von rund 700 000 (sieben Prozent der Gesamtbevölkerung).⁵ Die Ar-

Melani Barlai

B. A., geb. 1982; wissenschaftliche Angestellte des Lehrstuhls für Europäische Regierungssysteme im Vergleich an der TU Chemnitz; Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz.
melani.barlai@googlemail.com

Florian Hartleb

Dr. phil., geb. 1979; wissenschaftlicher Angestellter des Lehrstuhls für Europäische Regierungssysteme im Vergleich an der TU Chemnitz (s.o.).
florian.hartleb@phil.tu-chemnitz.de

¹ Sándor Márai, Die vier Jahreszeiten, München-Zürich 2009, S. 161 f. (Original: A négy évszak, költmények prózában, Budapest 1938).

² „Rom“ bedeutet übersetzt „Mann“ oder „Mensch“.

³ Durch den am 4. Juni 1920 unterzeichneten Vertrag von Trianon verlor Ungarn als Folge des Ersten Weltkriegs zwei Drittel seines Territoriums, darunter Teile der heutigen Slowakei.

⁴ Vgl. László Sebök, Map of Central and South Eastern Europe, Budapest 1998.

⁵ Das Außenministerium spricht von bis zu 600 000; vgl. Fakten über Ungarn, Kapitel Zigeuner/Roma in Ungarn, Budapest 2004.

beitslosenquote liegt, abhängig von der Region, zwischen 50 und 90 Prozent, in einzelnen ausschließlich von Roma bewohnten Dörfern im Grenzgebiet zur Slowakei sogar bei 100 Prozent.¹⁶

Stereotype

Ein verbreitetes Vorurteil auch in Westeuropa ist die Behauptung, Roma seien heimatlose Nomaden. Ihre Herkunftsregion Nordindien verließen sie im Zuge von Krieg und Verfolgung, unter anderem wegen muslimischer Angriffe, zwischen dem 4. und dem 14. Jahrhundert. Danach wurden sie auf dem europäischen Kontinent sesshaft, doch sie waren Spätankömmlinge: Die Grundstrukturen der späteren Territorialstaaten hatten sich bereits herausgebildet. Die ethnische Gruppe der Roma verfügte über kein historisches Territorium und über kein Mutterland. Damit gehören sie bis heute zu den Streu- oder Diaspora-Ethnien, die zwar starkes ethnisches Bewusstsein, aber kein Nationalbewusstsein entfalten.¹⁷

Spätestens ab dem 16. Jahrhundert sahen „Zigeuner“ Ungarn als ihre Heimat an, und ihre Einwanderung wurde mit Schutzbriefen der Fürsten akzeptiert. Zu jener Zeit geriet ihre Lebensweise, die in manchen Einstellungen und auch in kultureller Hinsicht auf den Hinduismus verweist, mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen noch nicht in Konflikt. Das verdeutlicht einer der ältesten Schutzbriefe von König Sigismund: „(Und) wir verordnen, dass ihr László Vajda und seine Roma Untertanen in jeder Weise beschützt, sie nicht behindert, ihr Leben nicht erschwert, sondern ganz im Gegenteil, ihr sollt sie vor jeder Unannehmlichkeit und jedem Ärger beschützen.“¹⁸ Während der Kriege gegen den türkischen Eroberer deckten die Roma den Bedarf an Handwerkern: Sie besaßen in der Metallproduktion und -verarbeitung, in der Reparatur von Waffen sowie im

Holzschnitzen eine für die Mehrheitsgesellschaft unerlässliche Funktion. Franz Liszt lobte die „freigebigste Gastfreundschaft der Ungarn gegen die Zigeuner“, die beispiellos gewesen sei. Die von ihm bewunderte Musikfertigkeit deutet er als Folge des integrativen Gnadenakts durch das ungarische Volk.¹⁹ „Zigeunerkapellen“ aus Ungarn bereisten zu jener Zeit auf Konzerttours ganz Europa.

Ein weiteres Klischee spricht von einer homogenen Bevölkerungsgruppe. Doch in Wirklichkeit unterscheiden sich ihre Mitglieder hinsichtlich der Sprache, der Traditionen sowie der Lebensweise beträchtlich voneinander. Allein in Ungarn können vier größere Gruppen unterschieden werden. Die *alteingesessenen Roma (Romungrók)* stellen rund 70 Prozent. Sie kamen im 15./16. Jahrhundert nach Ungarn und haben eine eigene Kultur des Musizierens entwickelt. Sie wandelten ihre Muttersprache, das *Romanes*, in eine europäische Sprache um, die viele ungarische Elemente in sich trägt und mit zwei Dialekten die am häufigsten gesprochene Roma-Sprache ist. Der Gebrauch der Muttersprache geht allerdings immer mehr zurück: 1893 gaben noch 30 Prozent der alteingesessenen Roma *Romanes* als ihre Muttersprache an, 1983 nur noch zehn Prozent.¹⁰ Heute dürfte die Zahl noch weit niedriger sein.¹¹

Die *Oláhzeigener* kamen in der zweiten Hälfte des 19. und in der Mitte des 20. Jahrhunderts aus dem Gebiet der Moldau nach Ungarn und bilden heute etwa 21 Prozent der Minderheit. Sie sprechen *Romanes* und den „Oláhdialekt“.¹² Die rumänisch sprechenden Roma, die sich *Béas* (Bergarbeiter) nennen, kamen Ende des 19. Jahrhunderts aus Rumänien, um im Bergbau Beschäftigung zu finden. Ihre ursprüngliche Sprache haben sie fast verloren. Sie sprechen heute einen archaischen Dialekt des Rumänischen. Nur einen kleinen Teil macht die ethnische Untergruppe

¹⁶ Vgl. Flórián Farkas, *óási mértékben emelkedhet az analfabétizmus*, www.romnet.hu/hirek/hir0608121 (30. 3. 2009), Budapest 12. 8. 2006. Farkas ist Rom und Parlamentsabgeordneter der konservativen Fideszpartei.

¹⁷ Vgl. Egbert Jahn, *Ethnische, religiöse und nationale Minderheiten. Begriffe und Statusoptionen*, in: *Ost-europa*, 57 (2007) 11, S. 7–25, hier S. 17.

¹⁸ Elemér Várnagy (Hrsg.), *Grundkenntnisse der Romologie*. Bibliothek der 7 freien Künste, Budapest 1999, S. 120.

¹⁹ Franz Liszt, *Die Zigeuner und ihre Musik in Ungarn*. Dt. von Peter Cornelius, Pest 1861, S. 258 f.

¹⁰ Vgl. István Kemény, *Linguistic Groups and Usage Among the Hungarian Gypsies/Roma*, in: Ernő Kállai (Hrsg.), *The Gypsies/The Roma in Hungarian Society*, Budapest 2002, S. 28–34.

¹¹ Vgl. István Kemény/Béla Janky, *A cigány nemzetiségi adatokról [Über die Daten der Zigeuner]*, in: *Kisebbségkutatás [Minderheitenforschung]*, (2003) 2, o. S.

¹² Vgl. ebd.

der *Sinti*¹³ aus, deren Vorfahren vermutlich vor sechshundert Jahren in deutschsprachiges Gebiet einwanderten. In Ungarn leben kaum Sinti, obwohl aus westeuropäischer Perspektive immer wieder von „Sinti und Roma“ die Rede ist. Die meisten Roma sehen inzwischen Ungarisch als ihre Muttersprache an. So greift eine lediglich auf ihre Sprache(n) bezogene Integrationsdebatte um die Roma zu kurz.

Vor der politischen Transformation

Nicht zuletzt auf Grund ihrer musikalischen Fertigkeiten galten die Roma in Ungarn als integriert – anders als in anderen Teilen Europas. Freilich wurden sie auf diese Rolle reduziert. Schon während der österreichisch-ungarischen Monarchie (1867–1918) sind die Roma diskriminiert und zwangsweise umgesiedelt worden. Im Zweiten Weltkrieg verschärfte sich die Abneigung gegenüber den Roma weiter – bis zum Massenmord unter dem Signum der nationalsozialistischen Rassenideologie. Ein von Heinrich Himmler Ende 1938 unterzeichneter Erlass zur „Regelung der Zigeunerfrage“ mündete auch in den verbündeten und besetzten Ländern Europas in den Genozid. Zwischen Juli 1944 und März 1945 kam es zur Deportation von bis zu 30 000 ungarischen „Zigeunern“, von denen nur etwa 4 000 zurückkehrten.¹⁴ Bezeichnenderweise fehlt es bis heute an einer angemessenen historischen Aufarbeitung dieser Vernichtung, so dass die Zahlen ungenau bleiben.¹⁵ Seit dem Genozid hat das Wort „Zigeuner“¹⁶ einen diskriminierenden Zungenschlag und wird vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma abgelehnt. In Ungarn ist nach wie vor die Bezeichnung *cigány* üblich, auch als Selbstbezeichnung; „Roma“ ist

¹³ Die Bezeichnung stammt aus der nordwestindischen Region Sindh, die Heimat der Vorfahren.

¹⁴ Vgl. Károly Kocsis/Zsolt Bottlik, Die Romafrage in der Karpato-Pannonischen Region, in: Europa Regional, 12 (2004) 3, S. 132–140, hier S. 134.

¹⁵ In Deutschland kam es 1982 zur Aussöhnungs- und Wiedergutmachungspolitik, als Bundeskanzler Helmut Schmidt und Oppositionsführer Helmut Kohl die Verfolgung und Vernichtung der „Zigeuner“ während des Nationalsozialismus offiziell als Völkermord bezeichneten.

¹⁶ Das Wort *Zigeuner* ist eine Fremdbezeichnung, die im Deutschen wahrscheinlich aus dem Ungarischen (*cigány*) entlehnt ist und in ähnlicher Form in vielen europäischen Sprachen vorkommt. Das Wort stammt wohl aus dem Persischen (*ciganch*, Musiker, Tänzer) oder dem Byzantinischen (*aticiganoi*).

dagegen nicht beliebt und wird vor allem in akademischen Kreisen verwendet.¹⁷

In der Nachkriegszeit wurde die Minderheitenpolitik vernachlässigt. Das neue kommunistische System sah über die Deportation der Roma hinweg.¹⁸ Nach der Automatisierungstheorie sollten sich in einer sozialistischen Gesellschaft nationale Fragen von selbst lösen. Die offizielle Politik gegenüber den Roma hatte eher instrumentellen Charakter und diente der innenpolitischen Integration mit dem Ziel der Systemerhaltung und -stabilisierung. Eine Integration der Minderheiten in die sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft wurde zwar wegen des Bedarfs an Arbeitskräften im Zuge der landwirtschaftlichen Kollektivierung unterstützt, aber ihre sprachliche Assimilation wurde verhindert.¹⁹

Die Roma hielten weitgehend an ihrer traditionellen Lebensweise fest, die mit der sozialistischen Arbeitsideologie unvereinbar war. Eine Verbesserung ihrer Lebenssituation brachte die „sozialistische Industrialisierung“ der 1950er und 1960er Jahre: Als Folge der industriellen Entwicklung entstanden zahlreiche Arbeitsplätze, für die man kaum Qualifikationen, sondern vor allem physische Kraft benötigte. Anfang der 1980er waren 85 Prozent der arbeitsfähigen Roma und ca. 45 Prozent der Romni (weibliche Roma) in den Arbeitsprozess eingegliedert, blieben jedoch auf die unteren Einkommensgruppen beschränkt. Eine Untersuchung in den 1970er Jahren ergab, dass nur 11 Prozent der Romni Facharbeiterinnen waren, jedoch 10 Prozent angelernte, 56 Prozent unqualifizierte und 13 Prozent Landarbeiterinnen.²⁰

Von Mitte der 1960er Jahre an erhielten tausende Roma-Familien hygienischere Wohnungen, die aber mit dem Buchstaben „CS“ (*csökentett komfortfokozatú*, geringeres

¹⁷ Vgl. das Interview mit dem Präsidenten der Stiftung für Roma-Bürgerrechte, Aladár Horváth: Magyar nemzet, roma nemzet [Ungarische Nation, Roma-Nation], in: Népszabadság vom 12.7. 2004.

¹⁸ Vgl. Michael Stewart, Die Roma und der ungarische Kommunismus 1945–1989, in: Yaron Matras/Hans Winterberg/Michael Zimmermann (Hrsg.), Sinti, Roma, Gypsies. Sprache, Geschichte, Gegenwart, Berlin 2003, S. 189–230, hier S. 195.

¹⁹ Vgl. Brigitte Mihók, Vergleichende Studien zu Situation der Minderheiten in Ungarn und in Rumänien (1989–1996) unter besonderer Berücksichtigung der Roma, Frankfurt/M. 1999, S. 115–130.

²⁰ Vgl. ebd.

Komfortniveau) versehen waren. Dies führte durch den kontinuierlichen Wegzug der Mehrheitsgesellschaft aus den Wohnblocks zur Marginalisierung und Wohnsegregation. Die offizielle Politik konnte trotz mancher Integrationserfolge wichtige Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Roma-Bevölkerung nicht erfassen; dieser Umstand erklärt auch die schlechte Ausgangsposition der Roma beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft.¹²¹

Nach der politischen Transformation

Mit dem Systemwechsel schien sich die allgemeine Situation der Roma zunächst zu verbessern. Die von József Antall geführte Regierung schuf 1990 eine neue Institution mit landesweiter Befugnis: das Amt für nationale und ethnische Minderheiten, zu dessen Aufgabengebiet auch die Lage der Roma zählte. Die neuen Vereinigungs-, Rede- und Pressefreiheiten gaben auch den Roma die Möglichkeit, eigene Organisationen zu gründen. Seit 1993 sind die Roma als ethnische Minderheit in Ungarn gesetzlich anerkannt. Das führte zur Zunahme örtlicher Selbstverwaltungen (von 477 auf 1300), deren Überleben jedoch nach wie vor problematisch erscheint.¹²² Das Gesetz sicherte nicht ihre finanziellen Grundlagen: Da die Roma über kein „Mutterland“ verfügen, entgeht ihnen sowohl moralische als auch finanzielle Unterstützung von außen. József Oláh, Präsident des Landesverbandes der ungarischen Roma-Akademiker, sieht die „Arbeitsunfähigkeit“ der Selbstverwaltungen in der Tatsache begründet, dass sie bis heute sowohl in den staatlichen Strukturen wie auch in der Zivilgesellschaft kaum verankert sind.¹²³

Die „Homogenisierung“ der Minderheit bringt zahlreiche Probleme, gerade auf kommunaler Ebene. In den Roma-Selbstverwaltungen müssen die Vertreter der vier größten Gruppen zusammenarbeiten. Eine gemeinsame Interessenvertretung nach außen ist erschwert.¹²⁴ Nach wie vor wird der Zusam-

menhalt der Roma-Gemeinschaft vor allem durch Verwandtschaftsbeziehungen gestiftet. Wichtigste Organisationsform ist bis heute die Großfamilie (*satva*, Zelt). Das erschwert die Schaffung größerer Einheiten, da die Familien mitunter rivalisieren.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Großindustrie erfolgte eine rasche Reduzierung der Zahl der Industriebeschäftigten, die besonders stark die unteren Gesellschaftsschichten traf, also jene, die kaum oder nur geringe schulische Bildung und Qualifikation aufweisen konnten. Die wirtschaftliche Umstrukturierung hatte wachsende Arbeitslosigkeit zur Folge. Am Tiefpunkt der Rezession der 1990er Jahre waren nur 29 Prozent der männlichen Roma zwischen 15 und 59 Jahren beschäftigt, während der Beschäftigungsanteil der Männer in der Gesamtbevölkerung 64 Prozent betrug. Vor der Transformation hatten 85 Prozent der männlichen Roma Arbeit. Die Schere klappte bei Frauen noch weiter auseinander: Nur 15 Prozent der Roma im Gegensatz zu 66 Prozent der Nicht-Roma waren berufstätig.¹²⁵

Durch ausländische Kapitalinvestitionen, die sich indes hauptsächlich in Budapest und in den westungarischen Städten konzentrierten, stieg der Bedarf nach Büroräumen. Die Umwandlung der inneren Stadtteile und die Privatisierung früherer Sozialwohnungen mobilisierte die Bevölkerung. Wohlhabendere bevorzugten nun größere und komfortablere Wohnungen in den Außenbezirken. Die bauliche Erhaltung der Innenstadtviertel wurde auch nach der Transformation stark vernachlässigt. Die dadurch entstandenen Slums wurden von den niedrigeren sozialen Schichten bewohnt, hauptsächlich von Roma, die wegen ihres Alters, ihrer Ausbildung oder der Situation auf dem Arbeitsmarkt keine Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg hatten. Der größte Teil der Familien lebt bis heute unterhalb des durchschnittlichen Lebensstandards. Die Kaufkraftparität der Roma pro Kopf liegt weit unter dem Landesdurchschnitt, denn Roma verfügen selten über Kapital, und ihre Lebensumstände sind oft ärmlich. Nach wie vor wohnen sie mehrheitlich „unter sich“, in kleinen Gemeinden,

¹²¹ Vgl. M. Stewart (Anm. 18), S. 189–230.

¹²² Vgl. ebd.

¹²³ Vgl. das Interview mit József Oláh, www.amarodrom.hu/archivum/2007/12 (20. 5. 2009).

¹²⁴ So die Beobachtung der Autorin beim Besuch des Treffens von Vertretern der Roma-Selbstverwaltungen des Komitats Tolna in Fadd im Mai 2007.

¹²⁵ Vgl. István Kemény (Hrsg.), *Romák, cigányok és a láthatatlan gazdaság* [Roma, Zigeuner und die unsichtbare Wirtschaft], Budapest 2000.

typisch für sozial Exkludierte.¹²⁶ Viele werden vom aktuellen Geschehen nicht erreicht, und ein Prozess der Meinungsbildung bleibt aus. Mitunter fehlen sogar gültige Personaldokumente. Aus Angst und Misstrauen gegenüber dem Institutionensystem versuchen viele Roma ihre Abstammung zu verbergen und bekennen sich nicht zu ihrer Minderheit.

Aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Situation sieht sich die Mehrheit der Roma Perspektiv- und Chancenlosigkeit für den gesellschaftlichen Aufstieg gegenüber. Nostalgisch gegenüber dem alten System, in dem sie über einen (geringen) gesellschaftlichen Status verfügt haben, entwickeln sie häufig Apathie gegenüber dem aktuellen politischen System. Bei der Parlamentswahl 2002 standen erstmals Vertreter der Roma-Partei *Lungo Drom* auf den Listen. Bei Kommunalwahlen standen häufig Roma – mit der Folge, dass sie zu Gemeindevertretern, in Einzelfällen auch zu Bürgermeister*innen gewählt werden. Aufgrund des allgemein niedrigen Bildungsstandes der Minderheit können die Roma-Parlamentarier aber bis hin zum Europäischen Parlament ihren Aufgaben, die Interessen der Roma zu vertreten, häufig nur schwer nachkommen. Sie dienen nicht selten als Alibi, um den Parteien Stimmen aus dem Lager der Roma zu sichern. Für die Europawahl 2009 trat die *MCF Roma Ó an*, was von Roma-Vertretern aus anderen Parteien wegen der Aussichtslosigkeit und der generellen Uneinigkeit scharf kritisiert wurde. Ohne Wahlprogramm bekundete sie, für alle zwölf Millionen Roma in Europa eintreten zu wollen. Als Spitzenkandidat fungierte der 21-jährige Zsolt Kis. Als erste Roma-Partei überhaupt war sie 2006 zur Parlamentswahl angetreten und kam auf 0,08 Prozent der Stimmen; bei der Europawahl erhielt sie 0,46 Prozent.

Die Mehrheit der Roma ist nach wie vor kaum in die Arbeitswelt integriert: So fehlt der Kontakt mit der Mehrheitsbevölkerung. Ein großes Problem für die Etablierung einer politischen Kultur der Roma und für ihr Demokratieverständnis stellt ihr niedriger Bildungsstand dar: Roma-Kinder haben durch die segregierte Schulbildung¹²⁷ nicht die glei-

chen Ausgangsbedingungen. Nur schrittweise gibt es hier Verbesserungen: So wurde, gesamt-europäisch bis heute einzigartig, in Pécs das erste Roma-Gymnasium, das Gandhi-Gymnasium, errichtet – 1994 in Eigeninitiative des 2006 verstorbenen Soziologen János Bogdán.¹²⁸ Trotz dieser Bemühungen genießt die Schule in traditionellen Roma-Familien eine eher geringe Wertschätzung. Nach wie vor liegt der Anteil an den Abiturienten bei unter einem Prozent. Weniger als die Hälfte der Roma-Kinder schließt überhaupt die Grundschule ab, und Sonderschulen dienen als Auffangbecken.

Nährboden für Rechtsextremismus

Demokratieschutz bedeutet Minderheitenschutz, doch die Roma sind Parias der ungarischen Gesellschaft¹²⁹ und willkommenes Feindbild für Rechtsextremisten. Weil Ungarn durch die schlechte wirtschaftliche Entwicklung und das chronische Haushaltsdefizit innerhalb eines Jahrzehnts vom wirtschaftspolitischen Musterknaben zum Sorgenkind in der Europäischen Union wurde¹³⁰ und an den Rand des Staatsbankrotts geriet, dienen die Roma häufig als Sündenböcke. Verschwörungstheorien und Fremdenfeindlichkeit finden sich auch in der Mitte der Gesellschaft, selbst bei Akademikern. Durch die derzeitige Pathologie der Gesellschaft, die als Identitätsfindung durch Abgrenzung von nicht zur Eigengruppe gehörenden Menschen zu deuten ist, haben Feindbilder Konjunktur. Einen festen Platz in der gesellschaftlichen Mitte scheint paradoxerweise der Hass auf die eigene Nation zu bekommen: Wenngleich die Jugendlichen beispielsweise in der Silvesternacht traditionell die Nationalhymne singen, vertreten selbst Akademiker häufig die Meinung, „In Ungarn ist alles schlecht“.

Der Rechtsextremismus entfaltet nach der als abgeschlossenen betrachteten Phase der Transformation neue Attraktivität, sowohl

¹²⁶ Vgl. Martin Kronauer, *Exklusion*, Frankfurt/M. 2002, S. 215–225.

¹²⁷ Kinder, die im ersten Schuljahr den Leistungsanforderungen nicht nachkommen, werden oft in Sonderschulen, nach speziellen Lehrplänen unterrichtet.

¹²⁸ Seine Frau leitet bis heute das Gymnasium, das zur Zeit 300 Schüler mit angeschlossenen Internat erzieht.

¹²⁹ Im Internet kursiert das Lied „Majmok“ (Affen). Es diffamiert die Roma im Land als Sozialschmarotzer: „Ich verdiene die Stütze, von der ihr lebt“, heißt es darin.

¹³⁰ So Melani Barlai/Florian Hartleb, *Ungarn – vom Musterknaben zum Sorgenkind der Europäischen Union*, in: *Politische Studien*, 58 (2007) 411, S. 95–104.

subkulturell wie parteiförmig;¹³¹ Die paramilitärische „Ungarische Garde“ (*Magyar Gárda*) marschiert nach ihrer Gründung im Sommer 2007 durch Stadtviertel und Dörfer mit hohem Roma-Anteil und hetzt gegen die Minderheit. Ihr verlängerter Arm ist die Partei Jobbik;¹³² sie erhielt bei der Europawahl aus dem Stand fast 15 Prozent der Stimmen.

Der Anführer der Bewegung, Gábor Vona, ein aus einer traditionellen Bauernfamilie stammender Akademiker, äußerte in der „Deutsche Stimme“, dem Parteiorgan der rechtsextremistischen NPD, dass es der Zweck der Garde sei, Ungarn „physisch, seelisch und auch geistig/geistlich“ zu schützen. Das zentrale Problem des ungarischen Volkes ergebe sich „mit den hiesigen Zigeunern – in Bezug auf deren äußerst unverhältnismäßig große Kriminalitätsrate und die bei ihnen ausgeprägte Arbeitsunwilligkeit.“¹³³

Die Lage der Roma spielte im Rahmen des EU-Beitritts lediglich eine Nebenrolle, obwohl sie als neue EU-Bürger mit allen Rechten und Pflichten die wirtschaftlich ärmste Minderheit in Europa sind. Im Zuge des Beitritts der Visegrád-Staaten gab die Europäische Kommission einen Bericht über die Situation der Roma in der erweiterten EU heraus. Darin wird offen von Versagen bei der Verringerung der Diskriminierung gesprochen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Für Ungarn wurde die schulische Segregation kritisiert: Ungefähr in 700 Schulen würden Roma-Kinder getrennt unterrichtet.¹³⁴

Aufgrund des mangelhaften Befundes ließ die EU im Jahr 2008 ausführlich die Situation der Roma und Sinti in Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei untersuchen. In jedem Land äußerten sich 500 Roma. Die „große Heteroge-

nität“ der Bevölkerungsgruppe wird in den methodischen Ausführungen zwar problematisiert, konnte aber in der Umfrage selbst nicht berücksichtigt werden. Alle befragten Roma in Ungarn gaben an, Ungarisch sei ihre Muttersprache (zum Vergleich: in Bulgarien gaben nur 25 Prozent an, Bulgarisch sei Muttersprache); 90 Prozent teilten die Auffassung, dass ihre Diskriminierung weit verbreitet und im Vergleich zu den anderen Ländern am stärksten ausgeprägt sei. 62 Prozent fühlten sich in den vergangenen zwölf Monaten persönlich als Opfer von Diskriminierung – nach Tschechien (64 %) der höchste Wert.¹³⁵

Doch Monitoring und Konferenzen wirken eher als zahnlöse Tiger denn als effiziente Steuerungsinstrumente für die Implementierung von Minderheitenschutz. So mutet die Forderung, zur Förderung und Durchführung von Projekten müssten die Roma entsprechende Organisationsstrukturen bilden, inhaltsleer an, da sie die Heterogenität der Bevölkerungsgruppe nicht in Rechnung stellt.¹³⁶ Auch die Situation der Roma in den alten EU-Mitgliedstaaten vermag nicht als Vorbild dienen.¹³⁷ Es fehlt an einheitlichen Standards: In Ungarn gelten die Roma als ethnische, in Rumänien beispielsweise als nationale Minderheit.¹³⁸

Perspektiven

Seit den 1990er Jahren ist die Diskriminierung der ungarischen Roma aufgrund schlechter oder versäumter sozialpolitischer Maßnahmen auf allen Ebenen spürbar: sozial, kulturell, institutionell und politisch. Die Transformationsforschung übersieht diese Problematik, da sie für Ungarn in der Regel

¹³¹ Vgl. Melani Barlai/Florian Hartleb, Ungarischer Populismus und Rechtsextremismus. Ein Plädoyer für die Einzelfallforschung, in: Südosteuropa Mitteilungen, 48 (2008) 4, S. 34–51.

¹³² Der Name hat zwei Bedeutungen: Steigerungsform von „gut“ bzw. „rechts“.

¹³³ „Ungarn schützen, das ist unser Ziel“, Interview mit Gábor Vona, dem Chef der ungarischen Garde: in: Deutsche Stimme, 32 (2008) 5, S. 9.

¹³⁴ Vgl. Europäische Kommission/Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, Die Situation der Roma in der erweiterten Europäischen Union, Brüssel 2004.

¹³⁵ Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights, Data in Focus Report. Part 1, The Roma, Budapest 2009.

¹³⁶ Vgl. mit Blick auf Rumänien: Joachim Krauß, Integration mit Widerständen. Die Roma in Rumänien, in: Osteuropa, 57 (2007) 11, S. 241–251, hier S. 249–251.

¹³⁷ Vgl. die Fallstudie im Rahmen des Scottish Universities Roma Network von Lynne Poole/Kevin Adamson, Report on the Situation of the Roma Community in Govanhill/Glasgow, University of the West of Scotland, Glasgow 2008.

¹³⁸ In Westeuropa werden in einer kulturalistischen Einordnung Roma und Sinti meist als kulturelle Minderheit angesehen. Auch dies bietet freilich keine Gewähr vor Diskriminierung.

äußerst positive Zahlen übermittelt und eine staatliche Konsolidierung diagnostiziert hat. Doch Stereotype gegenüber Roma sind in Ungarn omnipräsent. Die Roma, nach wie vor „Fremde in Europa“, sind tatsächlich „anders“ und scheinen sich häufig mit ihren Gewohnheiten der Mehrheitsgesellschaft zu verschließen.¹³⁹ Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft ergeben sich aus dem niedrigen Bildungsstand, aus hohen Kriminalitäts- wie Geburtenraten, aus Alkoholproblemen, aus häufig katastrophalen gesundheitlichen und hygienischen Zustände, aus partieller Arbeitsunwilligkeit und durch ein Leben am gesellschaftlichen Rand als Folge der sozialen Exklusion.¹⁴⁰ Einzelne Beispiele und negative persönliche Erfahrungen führen zu Generalisierungen und letztlich zur Stigmatisierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe.

Die Zuspitzung negativer Eigenschaften führt zu irrationalem Verhalten seitens der Mehrheitsbevölkerung. „Zigeunerbilder in den Köpfen“ sind besonders langlebig und hartnäckig: „Ein häufig anzutreffendes Muster ist die Verwendung idealtypischer Gegensatzpaare: auf der einen Seite die zivilisierte Mehrheitsbevölkerung, die durch die Werte Arbeit, Ehrlichkeit, Ordnung, Ruhe und Friedfertigkeit charakterisiert wird, auf der anderen Seite die Roma als unzivilisierte Minderheit, die aufgrund ihres asozialen Verhaltens diese Werte nicht akzeptiert und in Frage stellt.“¹⁴¹ Bei einer aktuellen Befragung von 2 500 Personen der Mehrheitsbevölkerung zeigten sich 80 Prozent davon überzeugt, dass Roma genauso leben müssten wie sie selbst. Ebenso gaben 84 Prozent der Befragten an, die Sorgen der Roma könnten gelöst

werden, wenn sie „endlich zu arbeiten anfangen“ würden. Dafür fehle ihnen aber der Wille.¹⁴²

Erst wenn Vorurteile auf dem Weg des Miteinanders ausgeräumt werden, wenn alle Bevölkerungsgruppen an breiter Bildung partizipieren können, könnte der Teufelskreis durchbrochen werden. Sonst dürfte sich an der schlimmen gesellschaftlichen Situation der Roma in Ungarn und im restlichen Europa auch im 21. Jahrhundert nichts ändern.

Im Gegenteil: Die Situation könnte eskalieren. In den vergangenen Monaten stieg die Gewalt gegen Roma weiter an. Im Februar 2009 wurden bei einem Brandanschlag in Tatarszentgyörgy, rund 50 Kilometer südwestlich von Budapest, ein Vater und sein fünfjähriger Sohn getötet. Viele der 54 erfassten Angriffe auf Roma in den vergangenen eineinhalb Jahren sind unaufgeklärt. Mittlerweile hilft die US-Bundespolizei FBI nach der drastischen Häufung von Gewalt den ungarischen Behörden bei den Ermittlungen.¹⁴³ Manche Soziologen beschwören bereits bürgerkriegsähnliche Zustände herauf.¹⁴⁴ Die demographische Entwicklung, die voranschreitende Erhöhung der Population der Roma,¹⁴⁵ könnte dazu beitragen, aus der düsteren Prognose Wirklichkeit werden lassen.

¹³⁹ So die eigenen Erfahrungen der „Unzugänglichkeit“ seitens der Autorin im Rahmen einer Feldforschung zur Lebenssituation der Roma in Pécs (Bachelorarbeit; TU Chemnitz 2005). Ein besonderer Dank gilt János Gyurok von der Universität der Wissenschaften Pécs.

¹⁴⁰ Vgl. Michael Stewart, Deprivation, the Roma and the „underclass“, in: Christopher M. Hahn (Hrsg.), Postsocialism: Ideas, Ideologies and Practice in Europe, New York 2002, S. 133–156. Vgl. auch Pierre-André Taguieff, Die Macht des Vorurteils, Der Rassismus und sein Double, Hamburg 2000, S. 248.

¹⁴¹ Joachim Krauß, Bestätigt die Ausnahme die Regel? Stereotypen vom „Zigeuner“ und soziale Wirklichkeit, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde, 23 (2000) 2, S. 228–236, hier S. 230.

¹⁴² Vgl. Umfrage des Progressive Instituts, zit. nach www.balaton-zeitung.info vom 3. 5. 2009 (18. 5. 2009).

¹⁴³ Vgl. Ungarn erhält FBI-Hilfe bei Ermittlungen, in: Der Standard, www.derStandard.at vom 4. 5. 2009 (5. 5. 2009).

¹⁴⁴ So der ungarische Soziologe Tamás Pál im Interview mit der Autorin am 21. 5. 2007 in Budapest.

¹⁴⁵ Einige Wissenschaftler prognostizieren bis zum Jahre 2050 einen Bevölkerungsanteil von 10 %, was sich in Folge der starken Geburtenrate als durchaus realistisch erweisen kann.

Ungarn und seine Nachbarn

Das Volk der Magyaren trat in die europäische Geschichte mit dem Grundmerkmal der Herkunftsvielfalt ein. Nachdem es sich auf seiner Jahrhunderte langen Wanderung vom Ural aus turko-bulgarischen, kawarischen und finnisch-ugrischen Elementen zu einem Stammesverband formiert hatte und weiter nach Westen gezogen war, wurde es im Donau-Karpatenbecken sesshaft.¹ Seine Außenbeziehungen waren nach der Landnahme am Ende des 9. Jahrhunderts nicht mehr mit großräumigen Verschiebungen verbunden.

Zsolt K. Lengyel

Dr. phil. habil., M.A., geb. 1960; Historiker, Direktor des Ungarischen Instituts München, Herausgeber des Ungarn-Jahrbuchs und der *Studia Hungarica*, Bgm.-Schwaiger-Straße 21, 85567 Grafing bei München. lengyel@ungarisches-institut.de

Die Christianisierung des heidnischen Stammesverbands und die Begründung der Staatlichkeit um das Jahr 1000 waren vielmehr das Ergebnis einer geistigen Westbewegung, in der die Herausforderung, ethnisch-kulturelle und rechtlich-soziale Verschiedenartigkeiten in einer steuerbaren und entwicklungsfähigen Einheit zu halten, die Notwendigkeit nach sich zog, das neue Königreich im Osten Mitteleuropas zu Abstimmungen auch mit östlich-südöstlichen Nachbarräumen zu führen.²

Vielsagendes Beispiel für die lateinisch-christliche Westorientierung ist die Übernahme und Einbürgerung der baierisch vermittelten Staatskonzeption zur Zeit des ersten christlichen Königs Ungarns, Stephans I. des Heiligen (1000–1038) aus der Dynastie der Árpáden. Lange Zeit wurde sie vor allem von deutschen Historiographen mit der Abhängigkeit des Stephansreichs vom deutschen Reich erklärt. Eine neue Analyse der ungarisch-deutschen Beziehungen während der Herrschaft der Árpádenkönige beziehungsweise der ottonischen und salischen Kaiser weist nach, dass die Eingliederung Ungarns in die westliche Staatenwelt in deutscher Hin-

sicht vielmehr durch Anlehnung und Emanzipation verlief.³

In der östlichen und südöstlichen Nachbarschaft des frühen ungarischen Königreiches ist zum einen die Integration des Raumes von der östlichen Adriaküste bis zur pannonischen Ebene bemerkenswert. Sie brachte ab dem letzten Drittel des 11. Jahrhunderts eine der eigenartigsten und langlebigsten Verbindungen zwischen ostmitteleuropäischen Nationen hervor, die ungarisch-kroatische Staatsgemeinschaft, die mit Unterbrechungen bis 1918 bestand.⁴ Zum anderen waren die Beziehungen zum byzantinischen Kaisertum sowie jene zur griechischen Orthodoxie im kirchlich-religiösen Leben des Landes von einer epochal zwar begrenzten, aber prägenden Bedeutung. Unter den bis 1301 herrschenden Árpáden nahm Ungarn nicht zuletzt durch seine dynastischen Ehebündnisse mit Byzanz und der Kiewer Rus' eine Brückenstellung zwischen dem lateinischen und dem griechischen Christentum ein.⁵

In der inneren Dimension der mittelalterlichen Nachbarschaftsverhältnisse ergibt die ethnisch-kulturelle Vielfalt der Bevölkerung bereits seit der Staatsgründung einen eigenen Themenbereich, den drei Schwerpunkte füllen: 1. die Beziehungen des ungarischen Staates und der Staatsnation zu den nichtungarischen und nichtchristlichen Völkern im Reich; 2. die Migrationen und Identitäts- sowie Organisationsformen, Assimilationen und Dissimilationen der Nationalitäten; 3. die verschiedenen interethnischen Kontakte

¹ Vgl. Martin Eggers, Beiträge zur Stammesbildung und Landnahme der Ungarn. 1: Die ungarische Stammesbildung; 2: Die ungarische Landnahme, in: Ungarn-Jahrbuch, 23 (1997), S. 1–63; 25 (2001/2002), S. 1–34.

² Vgl. Thomas von Bogyay, Grundzüge der Geschichte Ungarns, Darmstadt 1990⁴, S. 17–55.

³ Vgl. Gábor Varga, Ungarn und das Reich vom 10. bis zum 13. Jahrhundert. Das Herrscherhaus der Árpáden zwischen Anlehnung und Emanzipation, München 2003 (Phil. Diss., KU Eichstätt-Ingolstadt).

⁴ Vgl. Josef Deér, Die Anfänge der ungarisch-kroatischen Staatsgemeinschaft, Darmstadt 1970²; Ludwig Steindorff, Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg-München 2001.

⁵ Vgl. Edgar Hösch, Die ungarische Alternative zwischen Rom und Byzanz im Mittelalter, in: Georg Brunner (Hrsg.), Ungarn und Europa – Rückblick und Ausblick nach tausend Jahren, München 2001, S. 19–33.

hauptsächlich im politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Eine der verwickeltesten Forschungsfragen bezieht sich auf den Beginn der jeweiligen zweiseitigen Beziehungen. In ungarisch-deutscher Hinsicht fällt die Antwort leicht: Die schon zur Zeit Stephans eingewanderten „Gäste“ (*hospites*), die bekannteren unter ihnen aus dem süddeutschen Raum, trugen nicht nur zur Staatskonzeption bei, sondern sicherten mit ihrer Verschmelzung eine der Voraussetzungen für die Herausbildung der ungarischen Aristokratie.¹⁶ Mit ungarisch-rumänischem Bezug ist der fachliche Diskurs über die Anfänge hingegen problembehaftet.

Im mittelalterlichen Stephansreich bildete sich eine Dualität zwischen Königtum und Adel heraus, die das Wechselspiel von zentralistischen und autonomistischen Richtungen belebte.¹⁷ Die Komitate entsandten als regionale Verwaltungseinheiten ihre Vertreter aus dem mittleren und dem Kleinal auf die Reichstage, um in landespolitischen Angelegenheiten mitzureden. Manche taten das nicht einzeln – wie jene im nördlich-nordöstlichen Oberungarn mit slowakischer Bevölkerung –, sondern gemeinsam, nach Abstimmungen auf eigenen Landtagen, wie es in Siebenbürgen, im östlichen Reichsteil der Fall war. Als eine weitere Abweichung lässt sich in den erstgenannten Gegenden für das 15. Jahrhundert auch eine lokale Slowakisierung des ungarischen mittleren Adels nachweisen,¹⁸ während in der siebenbürgischen Woiwodschaft keine ungarischen Adligen bekannt sind, die sich rumänisiert hätten. Umso mehr Fälle sind dort überliefert, in denen sich Rumänen magyarisierten.¹⁹

Die Woiwodschaft im Karpatenbogen war der Zentralmacht sowohl unter- als auch neben-

¹⁶ Vgl. Erik Fügedi, Ispánok, bárók, kiskirályok. A középkori magyar arisztokrácia fejlődése [Gespane, Barone, Potentate], Budapest 1986, S. 11–45.

¹⁷ Vgl. Herbert Küpper, Autonomie im Einheitsstaat. Geschichte und Gegenwart der Selbstverwaltung in Ungarn, Berlin 2002, S. 30–40.

¹⁸ Vgl. András Kubinyi, A szlovákok és Magyarország késő-középkori kormányzata [Die Slowaken und die Regierung Ungarns im Spätmittelalter], in: Imre Molnár (Hrsg.), Szlovákok az európai történelemben. Tanulmányok, Budapest 1994, S. 17–26.

¹⁹ Vgl. Ioan Drăgan, Nobilimea românească din Transilvania între anii 1440–1514 [Der rumänische Adel in Siebenbürgen 1440–1514], București 2000.

geordnet. Die Ursprünge dieser Doppelstellung reichen ins 12. Jahrhundert zurück, als der Landesausbau die Teilung von Großverwaltungsräumen nach sich zog. Die Sonderentwicklung der östlichen Region beruhte auf deren Selbstverwaltung, die seit dem frühen 15. Jahrhundert mit vertraglichen Unionen der drei *ständischen* Nationen – des ungarischen Adels, der Siebenbürger Sachsen und der Szekler¹¹⁰ – gefestigt wurde und sich auf weitere, teilweise geographisch umgrenzte Gruppenautonomien der Szekler und der Sachsen aufgliederte.¹¹¹

Von den Eigenarten des innersevenbürgischen Gegenseitigkeitsverhältnisses ruft die Rolle des rumänischen Volkselements die meisten Diskussionen hervor. Zahlreiche Rumänen stiegen ab dem Spätmittelalter durch persönliche Adelungen, die ihre sprachlich-konfessionelle Assimilierung nach sich zog, in die katholische Oberschicht des ungarischen Standes auf, als Gruppe orthodoxen Glaubens fehlten sie aber im Regionalverbund. Gerade mit Blick auf ihre Assimilierung stellt sich die Aufgabe, die Anfänge der ungarisch-rumänischen Begegnungen zu bestimmen. Dabei stehen sich drei Vorstellungen teilweise unversöhnlich gegenüber, die jeweils eine Theorie der Entstehung beziehungsweise siebenbürgischen Ansiedlung des rumänischen Volkes liefern. Somit sind sie im Wettstreit um die *frühere* Anwesenheit in Siebenbürgen, um das *ältere* historische Recht auf die Region leicht politisierbar.¹¹² Nach der Überlegung, die das Problem der rumänischen Volkwerdung selbst zu überbrücken hilft, hatten sich das im Karpatenbecken siedelnde unga-

¹¹⁰ Ungarischsprachiges Volk (ungeklärter Herkunft) im landnehmenden Stammesverband der Magyaren, auch heute in Siebenbürgen ansässig. Vgl. dazu Harald Roth u. a. (Hrsg.), Die Szekler in Siebenbürgen. Von der privilegierten Sondergemeinschaft zur ethnischen Gruppe, Köln–Weimar–Wien 2009.

¹¹¹ Vgl. Wolfgang Kessler (Hrsg.), Gruppenautonomie in Siebenbürgen. 500 Jahre siebenbürgisch-sächsische Nationsuniversität, Köln–Wien 1990; Konrad G. Gündisch, Ständische Autonomie und Regionalität im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Siebenbürgen, in: Heinz-Dietrich Löwe u. a. (Hrsg.), Minderheiten, Regionalbewußtsein und Zentralismus in Ostmitteleuropa, Köln–Weimar–Wien 2000, S. 21–49.

¹¹² Vgl. Lucian Boia, Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft, Köln–Weimar–Wien 2003, S. 136–177; Unter welchen historischen Umständen wurden die Rumänen zur Mehrheit auf dem Boden ihres heutigen Staates? Ergebnisse einer kleinen Konferenz, in: Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde, 25 (2002) 1, S. 62–71.

rische und rumänische Volk ursprünglich voneinander nur *unterschieden* – vornehmlich sozial, konfessionell und sprachlich.¹³ Deshalb reicht es nicht, herauszufinden, ab wann diese Verschiedenartigkeiten in den gesellschaftlichen Strukturen auftraten, wenn nicht geklärt wird, warum und wie sie sich angingen beziehungsweise zu Gegensätzen verschärften. Die Frage, ob die beiden Nachbarvölker miteinander oder eher nur neben- oder sogar gegeneinander gelebt hätten, rückt den Charakter der ungarisch-rumänischen Begegnungen in den Vordergrund, und zwar von Epoche zu Epoche, nicht bloß um deren angenommenen oder gemutmaßten ersten Zeitpunkt.

In einer erweiterten Binnenperspektive auf das alte Stephansreich ergibt sich der erstaunliche Befund, dass der größere und ältere Teil des ungarischen buch- und bibliotheksgeschichtlichen Erbes seit dem 15. Jahrhundert nicht aus dem Gebiet des heutigen Ungarn, sondern aus Oberungarn, also der heutigen Slowakei, sowie aus Siebenbürgen überliefert ist. Er enthält eine erhebliche Anzahl von Drucken in slawischer und rumänischer Sprache.¹⁴

Grenzüberschreitende Integration

In der staatsrechtlichen Verbindung mit Kroatien war Ungarn das Zielland grenzüberschreitender Integration. In einer über 400 Jahre kürzeren Zeitspanne war es hingegen selbst herausgefordert, sich in ein größeres Nachbarreich, in das der Habsburger, einzugliedern. Aus dem Verhältnis zu dieser Dynastie entstand im 16. Jahrhundert eine Staatsgemeinschaft, die bis zu ihrem Untergang am Ende des Ersten Weltkrieges in territorialer Ausbreitung und innerer Struktur mehrfachen Wandlungen unterworfen war.

Während der ersten Phase dieser Großepoche – der *Türkenzeit* – gehörte Ungarn nur teilweise zur Habsburgermonarchie. Im 16.

¹³ Vgl. László Makkai, *Magyar-román közös múlt* [Ungarisch-rumänische gemeinsame Vergangenheit], Budapest 1989², S. 11–28.

¹⁴ Mit Quellen- und Literaturhinweisen Zsolt K. Lengyel, *A hungarológia mint interdiszciplináris és regionális tudomány. Korszerűsítésének kutatás- és oktatásügyi szempontjai a német nyelvű Kelet-, Kelet-Közép- és Délkelet-Európa-tanulmányok keretében* [Die Hungarologie als interdisziplinäre Regionalwissenschaft], in: *Századok*, 139 (2005), S. 1011–1024, hier S. 1018.

Jahrhundert wurde es als Ergebnis des türkischen Vordringens dreigeteilt: Mittelungarn kam unter osmanische Verwaltung, die ungarische Staatlichkeit zog sich in das nordwestliche, habsburgisch geführte *königliche Ungarn* zurück, und die Woiwodschaft im Osten des Reiches wurde im osmanischen Einflussbereich zum Fürstentum Siebenbürgen, das unter Führung ungarischer Fürsten innen- und außenpolitische Autonomie genoss.

Ursprung und Funktion der siebenbürgischen Eigenstaatlichkeit werden von ungarischen und rumänischen Historikern meist gegensätzlich erörtert. Einvernehmen besteht darüber, dass die Sonderentwicklung des östlichen Reichsteils ausgereift ist, als Mitte des 16. Jahrhunderts die bis dahin selbstverwaltete Region ein eigenes Regierungssystem mit ständischer Verfassung erhielt. Die ungarische Forschung knüpft diese Umgestaltung an die unter den Árpáden angelaufene Regionalisierung des Staates und führt sie auf den habsburgisch-osmanischen Machtkampf zurück. Zusätzlich betont sie, dass die zeitgenössischen Führungsschichten den siebenbürgischen Kleinstaat im Zeichen der ungarischen Einheitsidee als ein notgedrungenes, aber vorübergehendes Phänomen, nämlich als Mittel zur staatlichen Wiedervereinigung betrachteten.

Auch die rumänische Forschung leitet die geopolitischen Gründe für die Herausbildung und die Pufferstellung des autonomen Siebenbürgen aus der Rivalität zwischen den beiden Vormächten ab. In den historischen Zielsetzungen der siebenbürgischen Sonderentwicklung meint sie aber einer Ideologie der Selbständigkeit nachspüren zu müssen, die sich aus der Tradition von lokalen rumänischen Verwaltungseinheiten gespeist und im Bewusstsein der geistigen Zusammengehörigkeit aller Rumänen diesseits und jenseits der Karpaten der ungarischen Staatsidee geradezu entgegenwirkt habe. Die Frühe Neuzeit ist ein weiterer Abschnitt der Geschichte Siebenbürgens, dessen wissenschaftliche Auslegung nachvollziehen lässt, warum diese Region für das ungarische und das rumänische Staats- und Nationalbewusstsein einen hohen und zugleich voneinander abgrenzenden Stellenwert besitzt.¹⁵

¹⁵ Zur Geschichte Siebenbürgens vgl. Harald Roth, *Siebenbürgen*, in: ders. (Hrsg.), *Studienhandbuch Östliches Europa. I: Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas*, Köln–Weimar–Wien 2009², S. 373–381.

Nach der Zurückdrängung der Osmanen aus Ostmitteleuropa, in der *Habsburgerzeit*, gelangte Ungarn als Teil der Donaumonarchie in ein Beziehungssystem, das sich im Westen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts auf das Alte Reich ausdehnte. Durch die jeweilige staatsrechtliche und personalunionistische Verknüpfung mit dem Haus Habsburg und dessen Kron- und Erbländern wirkten die beiden Doppelstaaten neben-, mit- oder gegeneinander. Aus neuen Untersuchungen der *Peregrinationen*, der studentischen Bildungsreisen von Ungarnländern an deutsche Hochschulstandorte, sowie der kulturellen Querverbindungen zwischen deutschen Ländern und Ungarn wird der ungemeine Reichtum dieses Themas erhellt.¹⁶

Die bedeutendste und in der Fachwelt bekannteste ungarische Antwort auf die Anforderung der Integration innerhalb der Donaumonarchie war die *Hungarus*-Konzeption. Demnach gehörten alle Bevölkerungsgruppen Ungarns mit ihren ethnisch-kulturellen Sondermerkmalen der *Natio hungarica* an. Diesen ständischen Patriotismus überlagerte die Vorstellung eines unteilbaren Habsburgerreiches, in dem Ungarn Selbständigkeit genießt. Dynastie und ungarische Stände hatten sich auf diese beiden Prinzipien in einem der wichtigsten österreichischen Staatsgesetze, der „Pragmatischen Sanktion“ von 1722/1723, geeinigt und sie bis zum Anbruch des bürgerlichen Zeitalters mehr oder minder einvernehmlich aufrechterhalten.

Die Suche nach der Einheit in der Vielfalt erlebte ihre letzte Phase im österreichisch-ungarischen Dualismus von 1867 bis 1918. Ungarn bildete nun mit Siebenbürgen und Kroatien einen der beiden Teilstaaten der Habsburgermonarchie. Dabei vertrat es auf der oberen Integrationsebene eine übernationale Großstaatlichkeit, während es auf der unteren die *Hungarus*-Konzeption zu verbürgerlichen suchte, um die Theorie des einheitlichen Nationalstaates praktisch umzusetzen. Diese Doppelstrategie schlug sich auch in der Politik

¹⁶ Vgl. Márta Fata u. a. (Hrsg.), *Peregrinatio Hungarica*. Studenten aus Ungarn an deutschen und österreichischen Hochschulen vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Stuttgart 2006; Zsolt K. Lengyel, *Geschichte, Themenschwerpunkte und Arbeitsziele der Hungarica-Forschung*. Aspekte aus dem deutschsprachigen Raum, in: *Ungarn-Jahrbuch*, 28 (2005–2007), S. 143–172.

gegenüber den Nationalitäten nieder, die wissenschaftlich kontrovers diskutiert wird. Deutsche Historiker beurteilen sie heute auch gemäß der Auffassung der ungarischen Forschung, wenn sie im Spiegel der Schul- und Sprachpolitik sowie der Mehrsprachigkeit den Vergleich zwischen einer erheblich durch den wirtschaftlichen Fortschritt geförderten *freiwilligen* und einer *staatlich gesteuerten* Magyarisierung ziehen.¹⁷ Demnach seien die Assimilierungen in hohem Maß natürliche Begleiterscheinungen der Verbürgerlichung und Modernisierung gewesen. Gleichwohl hätten sich die Nationalitätenprobleme – und mit ihnen die gesellschaftlichen Konflikte – des dualistischen Ungarn stetig verschärft, weil die politische Nationskonzeption, das *Hungarus*-Programm, die im „ethnisierten Nationsbegriff“ wurzelnde Gegenkonzeption nicht in die Schranken zu weisen vermochte.¹⁸

Auffälligerweise erscheint die Ethnisierung, der Nationalismus der Epoche, in den differenzierenden oder verallgemeinernden Zugriffen als Eigenschaft vor allem – oder sogar nur – der staatstragenden ungarischen Seite. Dabei war es in der Doppelmonarchie weit verbreiteter Brauch, politisch-rechtliche Programme auf ethnisch-kultureller Grundlage zu betreiben.¹⁹ Dem Liberalismus individualrechtlichen Zuschnitts kehrten auch die nichtungarischen Politiker den Rücken, als sie territorial zu begründende Gruppenbefugnisse anzustreben begannen. Deswegen muss die zunehmende Anziehungskraft des Nationalen als zeitgenössischer Maßstab bei allen Akteuren der damaligen Beziehungsgeschich-

¹⁷ Vgl. Jörg K. Hoensch, *Ungarische Nation und nationale Minderheiten im Stephansreich, 1780–1918*, in: Hans Lemberg u. a. (Hrsg.), *Studia Slovaca*. Studien zur Geschichte der Slowaken und der Slowakei. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag, München 2000, S. 27–49; László Szarka, *Modernizáció és magyarosítás* [Modernisierung und Magyarisierung], in: *Korunk* [3. Folge], 18 (2007) 12, S. 25–35; Joachim von Puttkamer, *Schulalltag und nationale Integration in Ungarn*, München 2003.

¹⁸ Joachim von Puttkamer, *Kein europäischer Sonderfall*. Ungarns Nationalitätenproblem im 19. Jahrhundert und die jüngere Nationalismusforschung, in: Márta Fata (Hrsg.), *Das Ungarnbild der deutschen Historiographie*, Stuttgart 2004, S. 84–98, hier S. 93. Vgl. ebenso J. K. Hoensch (Anm. 17), S. 49.

¹⁹ Vgl. Günter Schödl, *Nationsbildung als konservativer Entwurf*. Mobilisierung und Instrumentalisierung des Nationalen in der Habsburgermonarchie, in: *Zeitschrift für Siebenbürgische Landeskunde*, 30 (2007), S. 7–16.

ten angelegt werden. Die Führungsgruppen der ungarischen Staatsnation und der Nationalitäten unterschieden sich nicht in der Einstellung gegenüber dem ideologischen Leitgedanken ihrer Zeit, sondern darin, dass sie eine Zeitlang nicht über gleichermaßen wirksame Mittel verfügten, um ihre vornehmlich nationalen Ziele zu verwirklichen.

Der Umschwung in den Machtverhältnissen zugunsten der Nationalitätenbewegungen trat schließlich in der letzten Phase des Ersten Weltkriegs unter diplomatischem und militärischem Druck ein. Er beendete die großstaatliche Integration Ungarns, das aufgrund des 1920 im Pariser Vorort Trianon unterzeichneten Friedensvertrags 71 Prozent seines Gebiets und 62 Prozent seiner Bevölkerung mehrheitlich an die Nachfolgestaaten Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien verlor.¹²⁰

Innere Vereinheitlichung, äußere Bevölkerungsaufteilung

Der letzte Abschnitt der ungarischen Beziehungsgeschichten reicht bis in die Gegenwart. Er sei hier unter dem problematischen Aspekt des *doppelten Blickwinkels* skizziert.¹²¹

Ungarn hat mit der 1947 völkerrechtlich wieder besiegelten Aufteilung seines historischen Staatsgebiets¹²² seinen Vielvölkercharakter eingebüßt. Abgesehen von den Phasen der Gebietsrückgliederungen im Vorfeld und während des Zweiten Weltkriegs ist seine Gesellschaft nach Muttersprache und Nationalität so einheitlich wie nie zuvor. Mit dieser inneren Vereinheitlichung ging eine äußere Aufteilung seiner Bevölkerung einher, in deren Folge in den Nachbarstaaten ungarische nationale Minderheiten entstanden sind.¹²³ Ohne Würdigung dieses widersprüchlichen demographischen Strukturwandels ist

nicht erklärbar, warum Ungarn seit der ersten Hälfte des „kurzen“ 20. Jahrhunderts innerhalb seiner Grenzen die Konzeption des zentralistischen Einheitsstaates anwendet, sie aber in seinen Außenbeziehungen, vor allem in der unmittelbaren Nachbarschaft, kritisiert.

Die deutsche Zeitgeschichtsforschung führt diese zweipolige Sichtweise bisweilen auf einen Ethnozentrismus der ungarischen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eliten zurück, der sich seit 1918 kontinuierlich im „Vorrang der nationalen, über die Staatsgrenzen hinausweisenden Bedürfnisse vor den staatlichen und damit innerungarischen“ Anliegen äußerte.¹²⁴ Dieser Erklärungsansatz verweist auf die nationalitätspolitischen Fehlleistungen der ungarischen Regierungen vor, aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg; einen Schwerpunkt legt er auf die Lage der deutschen Minderheit mit dem Einschnitt der Vertreibung 1946 bis 1948.¹²⁵ Ein weiteres Argument bezieht er aus dem Problemkreis des Antisemitismus der zwischenkriegszeitlichen ungarischen Politik und Gesellschaft, in dem er auch die Gefahren einer Wiederbelebung im Postkommunismus abwägt.¹²⁶ Eine eher der deutschen als der ungarischen Forschung wichtige Frage ist es, ob Ungarn entschlossen genug war und ist, sich von der recht einheitlichen Nationalitätenstruktur seiner Bevölkerung nicht beirren zu lassen, um der Verantwortung als *Heimatstaat* von Bürgern nichtungarischer Herkunft gerecht zu werden – sei deren Anteil im Vergleich zur zahlenmäßigen Stärke der Magyaren in den Nachbarstaaten noch so gering. In die gleiche Kerbe schlägt die Empfehlung, die

¹²⁰ Ignác Romsics, *Der Friedensvertrag von Trianon*, Herne 2005, S. 209.

¹²¹ Vgl. Ignác Romsics, *Hungary in the Twentieth Century*, Budapest 1999.

¹²² Vgl. Ignác Romsics, *Az 1947-es párizsi békeszerződés [Der Pariser Friedensvertrag von 1947]*, Budapest 2006.

¹²³ 2001/2002 waren es rund 2,5 Millionen Personen in Kroatien, Österreich, Rumänien, Serbien, der Slowakei, Slowenien und der Ukraine. Vgl. Nándor Bárdi u. a. (Hrsg.), *Kisebbségi magyar közösségek a 20. században [Ungarische Minderheitengemeinschaften im 20. Jahrhundert]*, Budapest 2008.

¹²⁴ Gerhard Seewann, *Zwischen Positivismus, Anpassung und Innovation. Deutsche Historiker zur Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert*, in: M. Fata (Anm. 18), S. 192–213, hier S. 200.

¹²⁵ Vgl. Norbert Spannenberger, *Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1944 unter Horthy und Hitler*, München 2002; Gerhard Seewann, *Ungarndeutsche und Ethnopolitik. A magyarországi németek és az etnopolitika. Ausgewählte Aufsätze. Válogatott tanulmányok*, Budapest 2000; Ágnes Tóth, *Migrations in Ungarn 1945–1948*, München 2001.

¹²⁶ Karl-Heinz Schlarp, *Das ungarische Numerusclausus-Gesetz von 1920 als erste jüdenfeindliche Gesetzgebung in Europa*, in: Konrad Clewing/Oliver Jens Schmitt (Hrsg.), *Südosteuropa. Von vormoderner Vielfalt und nationalstaatlicher Vereinheitlichung. Festschrift für Edgar Hösch*, München 2005, S. 349–381.

staatsbürgerliche Loyalität der ungarischen Minderheiten gegenüber ihren eigenen Heimatstaaten zu hinterfragen.¹²⁷

Die ungarischen Beziehungsgeschichten haben sich nach dem Ersten Weltkrieg um einen gewichtigen inneren Bezug vermehrt.¹²⁸ Ungarn verhält sich in seinen Beziehungen zu den Nachbarstaaten zumeist auch als *Mutterstaat* der ungarischen Minderheiten und versucht, zur Verbesserung ihrer politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lage beizutragen, außerdem die Kontakte zwischen Magyaren diesseits und jenseits der Staatsgrenzen lebendig und ausbaufähig zu gestalten. Eine der stärksten Triebfedern dieser regionalen Integrationspolitik ist der Wunsch nach ungarischer *Reintegration*. Doch in welchen Formen und mit welchen Inhalten sollte dieser in Erfüllung gehen?

Recht breit erforscht ist der ungarische *Revisionismus* der Zwischenkriegszeit – vor allem seine gewaltbereite Art, die an der Seite des „Dritten Reiches“ auf eine möglichst vollständige Wiederherstellung Altungarns abzielte und territorialpolitische Teilerfolge erreichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Ungarn auf seinen vormaligen Gebietsstand verkleinert und von der zuvor selbst angenommenen westlichen Zwangsbahn schrittweise in den aus Moskau verordneten und gelenkten sowjetischen Hegemonialblock geleitet. Diese östliche Zwangsintegration ordnete die Problematik der nationalen Minderheiten der *internationalistisch-sozialistischen Brüderlichkeit* unter. Sie dauerte bis zu den politischen Um- und Zusammenbrüchen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, die 1991 zur Auflösung des Warschauer Paktes führten.

So öffnete sich der Weg für eine im 20. Jahrhundert erstmals uneingeschränkt demokrati-

¹²⁷ Für die Zwischenkriegszeit Gerhard Seewann, Ungarische und deutsche Minderheiten im Donau-Karpatenbecken 1918–1980: Ein typologischer Vergleich ihrer Entwicklung, in: Edgar Hösch/Gerhard Seewann (Hrsg.), Aspekte ethnischer Identität, München 1991, S. 395–409; Peter Haslinger/Joachim von Puttkamer (Hrsg.), Staat, Loyalität und Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa 1918–1941, München 2007.

¹²⁸ Vgl. Nándor Bárdi, Tény és való. A budapesti kormányzatok és a határon túli magyarság kapcsolattörténete. Problémakatalógus [Fakt und Wirklichkeit. Die Geschichte der Beziehungen zwischen den Budapester Regierungen und den Magyaren jenseits der Grenzen], Pozsony 2004.

sche Außenpolitik Budapests,¹²⁹ die in den vergangenen zwei Jahrzehnten die zwischenstaatlichen Nachbarschaftsbeziehungen und die grenzüberschreitenden ungarisch-ungarischen Kontakte voneinander untrennbar, wiewohl nicht immer gleichmäßig gewichtet hat. Der formelle Anschluss an westeuropäische Strukturen, ihre im internationalen Kontext angesiedelte dritte Priorität, gipfelte 1999 und 2004 im Beitritt zur NATO beziehungsweise zur Europäischen Union.

Die ungarischen Regierungen sind seit 1989 durch die novellierte Staatsverfassung von 1949 verpflichtet, für „das Schicksal der außerhalb der Grenzen“ der Republik Ungarn lebenden Magyaren Verantwortung zu tragen und „zur Pflege von deren Beziehungen zu Ungarn“ beizutragen.¹³⁰ Dieser Fürsorge liegt das Grundprinzip zugrunde, dass besagtes „Schicksal“ dort zu meistern sei, wo die ungarischen Minderheitsgemeinschaften siedeln.

Die heutigen gesamtungarischen Integrationsbemühungen zielen im Gegensatz zur Zwischenkriegs- und Weltkriegszeit nicht auf territorialpolitische und völkerrechtliche Umwälzungen ab. Ihre Wortführer wünschen für die Gemeinschaften jenseits der Landesgrenzen, an europäische Beispiele angelehnt, den Lösungsansatz der innerstaatlichen Autonomie. Einhellig vertreten sie den politisch maßgeblichen Standpunkt, dass Selbstverwaltungsrechte nicht die Assimilation, sehr wohl aber die Integration der Minderheitsmagyaren in ihre Heimatstaaten zu fördern haben. Zudem sollen sie die grenzüberschreitenden Kontakte in Wirtschaft, Kultur und Verwaltung auch zwischen territorialen Untereinheiten begünstigen. Welche Chancen letztere Art der Kooperation verheißt und auf welche Hindernisse sie stößt, zeigt exemplarisch das ungarisch-rumänisch-serbische Netzwerk im Rahmen der Euroregion Donau-Kreisch-Marosch-Theiß.¹³¹

¹²⁹ Vgl. Ralf Thomas Göllner, Die Europapolitik Ungarns von 1990 bis 1994. Westintegration, mitteleuropäische regionale Kooperation und Minderheitenfrage, München 2001; Wolfgang Zellner/Pál Dunay, Ungarns Außenpolitik 1990–1997, Baden-Baden 1998.

¹³⁰ A Magyar Köztársaság alkotmánya [Die Verfassung der Republik Ungarn], 23. 10. 1989, Kapitel I, § 6, Absatz 3; http://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=94900020.TV (25. 5. 2009).

¹³¹ Vgl. Ralf Thomas Göllner, Die Euroregion Donau-Kreisch-Marosch-Theiß. Grenzüberschreitende Netz-

Der ungarisch-ungarischen Kontaktebene lässt sich das internationale Feld der europäischen Bündnisse und Gegenbündnisse sowie der verschiedenen Gestalten der europäischen Idee hinzugesellen: im außenpolitisch-diplomatischen Rahmen sowie unterhalb der staatlichen Sphäre, im Bereich der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Kooperationen oder Konflikte. Eine Schlüsselfrage ist in beiden Fällen, ob es Denkgebilde gab und gibt, welche die Möglichkeiten einer Integration von Nationen beziehungsweise Nationsteilen nicht – oder nicht ausschließlich – aus dem Dogma des zentralisierten und homogenisierten Einheitsstaates aufwerfen, und wie sich die ungarischen sowie nichtungarischen Träger der Beziehungssysteme diesen gegenüber verhalten.

Von den Phasen des immer länger werdenden 20. Jahrhunderts bietet der Postkommunismus das reichste Material für diesen Forschungsansatz. In europapolitischer Reichweite schlägt er ein neues Kapitel insbesondere in den ungarisch-deutschen Beziehungsgeschichten auf. Eine übliche Lesart erschließt deren abstoßenden Tiefpunkt, weil sie ihren historischen Horizont auf die Waffenbruderschaft im Zweiten Weltkrieg eingrenzt.¹³² Nachdem Ungarn mit der risikoreichen Öffnung seiner Westgrenze im September 1989 zum Fall des Eisernen Vorhangs beigetragen und mit diesem Schritt seines beginnenden Systemwandels eine entscheidende Rolle im Vorlauf zum Sturz des SED-Regimes sowie zur deutschen Wiedervereinigung wahrgenommen hatte,¹³³ orientiert es sich in seinen internationalen Beziehungen westlicher Richtung erneut an Deutschland, das diese Annäherung mit eigenen Initiativen zur bilateralen Kooperation erwidert. Diesmal haben sich beide Seiten aber nicht für, sondern gegen eine Diktatur verbündet: Sie sind Partner im Sieg der freiheitlichen Ordnung über das kommunistische Unrechtsregime gewor-

werke als regionalpolitische Entwicklungsstrategie im europäischen Kontext, in: Ungarn-Jahrbuch, 29 (2008) [i. E.].

¹³² Vgl. Gerhard Seewann, Deutsch-ungarische Beziehungen 1918 bis 1944. Verbündete in Niederlage und Revision, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Kulturinstitut der Republik Ungarn (Hrsg.), Ungarn und Deutschland. Eine besondere Beziehung, Tübingen 2002, S. 135–150.

¹³³ Vgl. Andreas Oplatka, Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze, Wien 2009.

den. Entsprechend der föderalistischen Staatsform Deutschlands verhandelt die ungarische Regierung ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Anliegen regelmäßig auch mit einzelnen Landesregierungen. Dabei nimmt Bayern in der Reihe der Donau-Anrainerstaaten einen hervorragenden Platz ein. Als vor zwanzig Jahren die ungarisch-deutschen Beziehungen einem hoffnungsträchtigen Höhepunkt zutrieben, kehrte die Vergangenheit allenfalls mit der Tradition der Westintegration Ungarns zurück, die um die erste Jahrtausendwende herum unter süddeutscher Einwirkung begründet worden war.

Die heutige Partnerschaft Ungarns und Deutschlands tragen zwei Verlierer der beiden Weltkriege. Der jüngste Systemwandel hat der deutschen Seite die *Einheit in der Freiheit* von Staat und Nation, Ungarn hingegen nur die *Freiheit in der* – weiter bestehenden – *Zergliederung* der Nation gebracht. Ungarische Führungsgruppen haben die volle Selbstbestimmung weder eingefordert noch an ihrem Verzicht auf Grenzveränderungen zu eigenen Gunsten je gerüttelt.

Diese Selbstbeschränkung weckt gerade angesichts ihrer Tragweite und Beständigkeit, aber auch wegen der beigesellten Ausgleichsoption bisweilen Misstrauen. Die wohlmeinende Öffentlichkeit wird nachvollziehen, welche Bürde auf der ungarischen Suche nach Alternativen zur Allmacht der Nationalstaaten lastet, wenn die Kritik am Ethnozentrismus anderer Nationen bei gleichzeitiger Betonung der grenzübergreifenden Zusammengehörigkeit aller Magyaren auf Redlichkeit und Glaubwürdigkeit hin geprüft wird. Die Nachbarschafts- und Europapolitik Budapests und der ungarischen Minderheitsparteien darf sich auch zukünftig nicht damit begnügen, dass sie die gesamtungarische Integrationsstrategie mit demokratischen und pluralistischen Prinzipien in Einklang bringt und notfalls vor nationalistischen Missbräuchen schützt. Sie muss diese Harmonie den nahen und entfernteren Nachbarn in Europa auch nachweisen.

APuZ

Nächste Ausgabe

31/2009 · 27. Juli 2009

Bilder

Reinhard Brandt

Dinge – Bilder – Denken

Hans Jürgen Pandel

Schrift und Bild – Bild und Wort

Pablo Schneider

Die Macht der Bilder – Distanzfrage

Daniel Hornuff

Transzendenz im Badezimmer – Bildwelten der Badkultur

Elke Grittmann

Das politische Bild

Gerhard Paul

Kriegsbilder – Bilderkriege

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)
Johannes Piepenbrink
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Ungarn

APuZ 29–30/2009

Sebastian Garthoff

3–5 Szenen aus Budapest

Der Autor schildert aus journalistischer Sicht Szenen aus Budapest, die er während seiner fast dreijährigen Tätigkeit in Ungarn wahrgenommen hat. Manchmal verbergen sich unschöne Wahrheiten hinter den Klischees.

Jürgen Dieringer

6–11 Ungarn in der Nachbeitrittskrise

Ungarn ist Spielball der beiden sich derzeit unversöhnlich gegenüberstehenden politischen Lager. Nur eine „neue Mitte“ könnte eine ausgewogene Modernisierungsstrategie entwickeln.

Attila Ágh

12–18 Ungarn in der EU

Trotz jüngster Übergangsschwierigkeiten ist das Abschneiden Ungarns im EU-Vergleich recht gut. Die Begeisterung für die EU überwiegt den Pessimismus, insbesondere in der aktuellen, globalen Wirtschaftskrise.

András Inotai

18–26 Die globale Krise und Ungarn

Nach der globalen Finanzkrise erleben wir die makrowirtschaftliche Krise. In Ungarn stehen zwei Jahrzehnte der Transformation, die erreichte Tiefe und Struktur der Modernisierung und die Demokratie insgesamt auf dem Prüfstand.

Krisztián Ungváry

26–33 Belastete Orte der Erinnerung

Die Erinnerungskultur in Ungarn kreist um die Aufrechnung der Verbrechen der ungarischen Nazis gegen die der Kommunisten. Solange die Parteien das nicht hinterfragen, dienen Gedenkstätten als Wallfahrtsorte der Anhängerschaft.

Melani Barlai · Florian Hartleb

33–39 Die Roma in Ungarn

Obwohl die Roma in Ungarn Bestandteil der nationalen Kultur sind, erfahren sie alle Formen von Exklusion. Nach der Transformation hat sich ihre Situation weiter verschlechtert. Es könnten bürgerkriegsähnliche Zustände drohen.

Zsolt K. Lengyel

40–46 Ungarn und seine Nachbarn

Die Geschichte Ungarns bietet Integrationen und Desintegrationen in inneren und äußeren Nachbarschaftsverhältnissen als einen ihrer Wesenszüge dar. Der problemorientierte Artikel stellt Epochen übergreifend Beispiele vor.